



Lüneburg: Der rechte Rand

Eine Dokumentation 2004 – 2012



Rund 160 Menschen blockieren die Brücke im Wasserviertel, sie protestieren am Ostersonnabend friedlich gegen einen Aufzug von rund 250 Neonazis in Lüneburg. Gegen die Brückenbesetzer ermittelt die Polizei. Der Vorwurf: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.
Foto: t & w

Lüneburg Rechtsaußen

Eine Dokumentation 2004 - 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Dezember 2013 legte eine Arbeitsgruppe der VVN-BdA Lüneburg eine Dokumentation vor, in der unter dem Titel „Lüneburg Rechtsaußen“ die Aktivitäten des rechten Randes für die Zeit von 2004 bis 2012 aufgelistet wurden. Leider beschloss eine Mehrheit auf einer Mitgliederversammlung der Kreisvereinigung einige Zeit später mit dem Hinweis auf gravierende Schwächen der Schrift, über die bereits veröffentlichten Broschüren hinaus keine weiteren in den Druck zu geben. Es wurde vereinbart, diese Schrift zu überarbeiten und neu herauszugeben. Diese Überarbeitung kam nicht zustande.

Diesem Umstand ist es geschuldet, dass ich mit persönlicher Verantwortung für den Inhalt (und mit dem Einverständnis der Kreisvereinigung) diese Broschüre erneut herausgebe. Es handelt sich um die ursprüngliche Form, die zwar auch aus meiner Sicht einige Schwächen aufweist, allerdings sehr wohl geeignet ist, einem interessierten Publikum vorgestellt zu werden.

Alle Beschwerden, kritischen Anmerkungen und Anregungen gehen deshalb bitte nicht an die VVN-BdA Lüneburg, sondern an meine Adresse als Herausgeber:

Peter Asmussen

Rosenstraße 3

21335 Lüneburg

Druck: Campus-Copy, Lüneburg

Auflage: 200

Lüneburg, Juli 2015

Titelbild-Fotos:

Obere Reihe: VVN-BdA

Zweite Reihe: Falken/Antifa

Dritte Reihe: LZ/Husarenmuseum.de

Unten: LZ

Liebe Leserin, Lieber Leser,

seit Ende der 1980er-Jahre veröffentlichte die Lüneburger VVN-BdA durchgängig Chronologien und Dokumentationen über neofaschistische Aktivitäten am Ort. Ab 1997 wurde mit der Broschüre „Lüneburg Rechtsaußen – Eine Dokumentation“ dazu übergegangen, das Darstellungsspektrum zu erweitern und den gesamten rechten Rand in den Blick zu nehmen. Es wurde die Frage gestellt nach den historischen und aktuellen Quellen und Anknüpfungspunkten für neofaschistische Orientierungen im weitesten Sinne und deshalb auch über das breite Spektrum des rechtsbürgerlichen Lagers am Ort berichtet, sofern es für die Aufgabenstellung relevant war.

Ausgangs- und Bewertungspunkt sind natürlich nicht die aktuell dominierenden Mainstreamdebatten etwa über die Definition einer „neuen Rolle Deutschlands im Verantwortungsgefüge der NATO“, sondern die Erfahrungen aus Faschismus und Krieg: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung“. Dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom April 1945, die Wurzeln des Nazismus zu vernichten, ist das unveränderte Leitmotiv.

Dieser Konsens der antifaschistischen Kräfte Deutschlands 1945, wie er in den zentralen politischen Forderungen nach Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entmonopolisierung auf demokratischer Grundlage seinen Ausdruck fand, ist nicht obsolet geworden.

Der Militarismus etwa, eine der Wurzeln des deutschen Faschismus, wie er heute wieder durch die Rekonstruktion und Manifestation verschiedener Symbole im Lüneburger Stadtbild wiederbelebt wird, findet sich deshalb in dieser Schrift ebenso wieder wie jener in der aktuellen Gestalt, der als Krieg unter dem Slogan einer „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch“ geführt wird. Nicht nur die positiv-propagierende Darstellung dieser Kriegsführung selber zu dokumentieren, sondern auch die praktizierten Mechanismen zu benennen, die einer solchen Kriegsführung Legitimationskraft verleihen können (und z. T. sollen), ist deshalb Aufgabe dieser Schrift.

Alle hier beschriebenen Sachverhalte sind ohne Ausnahme öffentlich zugänglichen Quellen entnommen, zitiert oder/und zusätzlich kommentiert. Die entsprechende Quelle für Texte und Dokumente/Fotos finden sich jeweils hinter dem Eintrag in einer Klammer benannt.

Neben den veröffentlichten Recherchen der VVN-BdA wurde bei den gedruckten Quellen auf die örtliche Presse Bezug genommen, überwiegend auf die Landeszeitung Lüneburg (LZ), sowie auf die Zeitschriften „Antifaschistisches Infoblatt (AI), die „Antifaschistischen Nachrichten (AN) und die Zeitung „junge welt“ (jw).

Im Internet wurde in erster Linie auf die umfangreiche Recherchearbeit der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen zurückgegriffen (www.antifa-lg-ue.org), ebenso auf www.netzwerk-gegenrechts.net. Als weitere Quellen dienten die Internetseiten von www.falken-nordniedersachsen.de (Falken), www.kueste.vvn-bda.de und andere, die jeweils genannt sind.

Da die einzelnen Texte von verschiedenen Verfassern/-innen angefertigt wurden und nicht die Möglichkeiten bestand, alle Texte derart gründlich zu redigieren, dass Wiederholungen vermieden werden, wird bei wiederholter Benennung von einzelnen Sachverhalten um Nachsicht gebeten.

Ein weiteres (für diese Form der Dokumentation unlösbares) Problem bestand darin, neben der chronologischen Auflistung von Sachverhalten und Geschehnissen auch in jedem Fall vertiefende Informationen über bestimmte Institutionen, Gruppen, etc. zu geben, weil der vorgegebene begrenzte Rahmen (eine gewisse Seitenzahl durfte nicht überschritten werden) es nicht immer zuließ. Wo solche vertiefenden Informationen geliefert werden konnten, wurden sie kursiv gedruckt.

Mit der Herausgabe dieser Schrift soll ein Beitrag geleistet werden im antifaschistischen Kampf durch die Benennung und Auflistung verschiedener lokaler Aktivitäten des rechten Randes - sowohl als nachvollziehbare chronologische Auflistung, als Teil einer antifaschistischen Erinnerungskultur, als Anstoß zur Reflexion und Diskussion.

Lüneburg, Juli 2015

Peter Asmussen

*„Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau. ... Ein Chauvinismus (ist) bundesweit bei knapp 20 %
„Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau. ... Ein Chauvinismus (ist) bundesweit bei knapp 20 % der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25,1 % ... die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension. Der Antisemitismus ist bei rund jedem elften Deutschen manifest ... Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ... ist deutlich ... ausgeprägt. Bezogen auf ganz Deutschland ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg rechtsextremen Denkens (geschlossenes rechtsextremes Weltbild) von 8,2 auf 9,0 % zu verzeichnen.“
Friedrich-Ebert-Stiftung(Hg): Decker/Kiess/Brähler, Die Mitte im Umbruch, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012*

2004

27. Januar

Zum internationalen „Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus“ spricht auf Einladung der Stadt Lüneburg der Historiker Nils Köhler über „Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide“ auf einer Veranstaltung im Lüneburger Rathaus. Vier junge Neonazis, die sich schon durch ihre Kleidung als solche zu erkennen geben, wollen sich provokativ Zutritt verschaffen, werden aber durch Mitarbeiter des Kulturamtes daran gehindert. (VVN-BdA)

31. Januar

Lüneburger Neonazis nehmen an einem Aufmarsch mit Kundgebung in Hamburg teil, um dort Interessierte vom Besuch der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ (Wehrmachtsausstellung) abzuhalten. Auf den zwei Zwischenkundgebungen sprechen neben dem berüchtigten Versammlungsleiter Thomas Wulff u.a. der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Holger Apfel, und der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Die Polizei mit ihren ca. 3.200 Beamten löst die Neonazi-Aktionen nicht auf, sondern geht gegen die etwa 6.000 antifaschistischen Gegendemonstranten/-innen mit äußerster Härte vor. Es kommt zu zahlreichen Zwischenfällen, bei denen auch die protestierende Auschwitz-Überlebende (und Vorsitzende des „Auschwitz-Komitees“) Esther Bejarano von den Beamten aus einem Wasserwerfer-Einsatzfahrzeug heraus angegriffen wird und um ihr Leben fürchten muss.

1. Februar

Das „Medienmobil“, ein umgebauter Kleinbus der Lüneburger Gruppe der „Sozialistischen Jugend (SJD) - Die Falken“, wird augenscheinlich von Neonazis großflächig besprüht und die Reifen des Fahrzeugs werden zerstoßen. Es entsteht ein Schaden von 600 Euro. Immer wieder wird dieses Fahrzeug und das Büro der Falken Ecke Lauensteinstraße/ Am Springintgut Ziel von Neonazi-Angriffen. (anders)

24. Februar

Der „Zollernkreis“ führt im „Hotel Scheffler“ (Bardowickerstraße) eine Veranstaltung durch mit dem Titel „Das Haus Hohenzollern nach dem 2. Weltkrieg - Fragen der monarchistischen Idee“. Bei dem Referenten Wolfgang Lühdorff handelt es sich um den „Landesbeauftragten des Zollernkreises für

Hamburg und Schleswig- Holstein“, der zugleich als 2. Vorsitzender des „Preußeninstituts“ fungiert, ein Privatverein, der sich Institut nennt. Der „Zollernkreis“ bezeichnet sich in Eigendarstellungen als „Verehrer des preußischen Staatsgedankens“ und hält starke Kontakte zum Revanchistenspektrum. Auf ihren Jahrestagungen, finden sich Referenten wie Joachim Schoeps, Dr. Otto von Habsburg, Prof. Klaus Mehnert, Prof. Ernst Topitsch, General a.D. Prof. Dr. Hans Speidel, Prof. Dr. Karl Steinbuch, Prof. Dr. Rene König, Prof. Dr. Günter Rohrmoser und Prof. Dr. Bernard Willms. Die Zusammensetzung dieses Kreises erinnert an die Habsburger Front. Mitarbeiter der nationalrevolutionär ausgerichteten „Außerparlamentarischen Mitarbeit“ wie Sven Thomas Frank, der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (Rudolf Kendzia, Frank Schwerdt) und des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes“ trafen hier auf Mitglieder der CDU (Heinrich Lummer), der Vertriebenenverbände (Dr. Herbert Czaja) und rechte Publizisten wie Gerhard Löwenthal oder Bodo Scheurig. (www.apabitz.de/LZ)



10. März

Das „Nördliche Ostpreußen“, welches nach der Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen seinen territorialen Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland noch vor sich hat, wird im Ostpreußischen Landesmuseum von Roland Marske vorgestellt: „Die einmalige Dia-, Multi-, Visions-Show ist eine einfühlsame Begegnung mit Ostpreußen, die Erinnerungen lebendig werden lässt und die Sehnsucht weckt ...“ (www.ostpreussen.net/LZ)

17. April

Statt einer angekündigten „mehrständigen, machtvollen Kundgebung“ müssen die Lüneburger „Republikaner“ nach kurzer Zeit mit ihren 15 Anhängern eine Parteikundgebung abbrechen. Über 70 antifaschistische Gegendemonstranten hatten sich im Clamart-Park eingefunden, um gegen diese Propagandaveranstaltung des rechten Randes zur Europa-Wahl (am 13. Juni) mit Transparenten, Sprechchören und Trillerpfeifen zu protestieren. Anstelle der angekündigten vier Redner/-innen sprechen lediglich Ursula Winkelsett (stellvertretende Bundesvorsitzende und Spitzenkandidatin für die Europawahl) und Hans-Gerd Wichmann (Kreisvorsitzender in Lüneburg) inmitten des menschenleeren Kundgebungsareals. Ihre Reden sind allerdings wegen der Proteste nicht zu hören. Die Polizei „schützt“ diese rassistischen Vorträge mit ca. 150 Beamten, die mit über 40 Mannschaftswagen herangefahren wurden. (Antifa/VVN-BdA)

17. April

Manfred Börm, Funktionär der NPD aus Handorf, lädt zu einem Vortrag von Peter Naumann zum Thema: „Bomben aus zweiter Hand“ nach Neuenkirchen (Landkreis Soltau-Fallingb.ostel), wo es laut DGB eine einschlägige Zielgruppe gibt, nämlich „seit einem Jahr von rechtsextremen Gedankengut beeinflusste 14- bis 17-jährige Jugendliche“, die sich regelmäßig treffen und Kontakte zu den benachbarten Landkreisen und zum NPD-Unterbezirks Lüneburg unterhalten. P. Naumann gilt als Insider der neofaschistischen Szene: Er hat eine lange Knastkarriere hinter sich als (Mit-)Täter von Sprengstoffattentaten in Frankreich, Italien und Deutschland.

Nach öffentlichen Protesten von antifaschistischen Gruppen und des DGB musste die Veranstaltung abgesagt werden. (VVN-BdA/DGB)

15. Mai

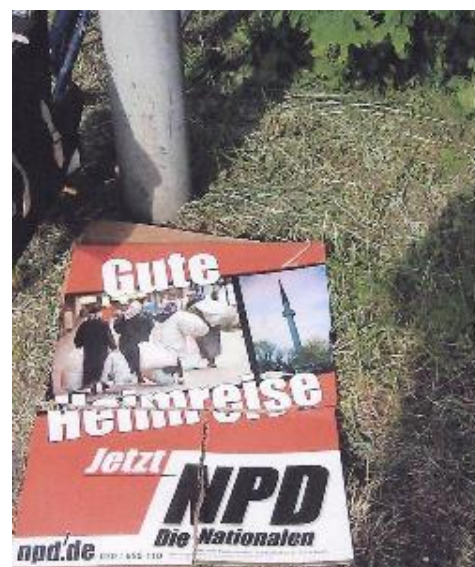
Die Lüneburger Landeszeitung berichtet in einem längeren Artikel über Manfred Börm: „In der NPD zieht auch der Handorfer Bauunternehmer Manfred Börm die Fäden ... (Er wurde) 1979 wegen eines bewaffneten Überfalls auf niederländische NATO-Soldaten und wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Werwolf-Untergrundorganisation) zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt ... 1994 wurde die HJ-ähnliche Wiking-Jugend verboten, deren örtlicher Führer Börm war.“ (LZ)



Ordnungsdienst-Leiter der NPD, Manfred Börm am 15.10.2003 in Braunschweig

Juni

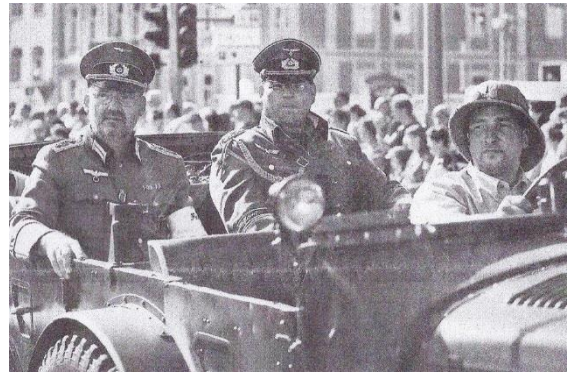
Im Rahmen ihres rassistischen Wahlkampfes für die Europawahl überzieht die NPD mehrere vielbefahrene Lüneburger Straßenzüge mit ihren Propaganda-Tafeln. (VVN-BdA)



(Diese Tafel ging „leider“ zu Bruch)

1. Juni

Eine „Kameradschaft der Angehörigen des ehemaligen Lüneburger Kavallerie-Regiments 13“ der Nazi-Wehrmacht trifft sich zu einer Feierstunde im „Museum für das Fürstentum Lüneburg“, in dem künftig Exponate aus der Tradition dieses Regiments dauerhaft ausgestellt werden sollen. Wilhelm Othmar, der Vorsitzende dieses NS-Vereins, sowie Klaus von Estorff und Otto Pläge berichten von früheren „Heldentaten“. Begleitet werden sie zuvor von einigen Herren (Rüdiger Bertram, Oliver Duddeck, Siegfried Mertens und Werner Kunst), die Uniformen der Dragoner und Ulanen tragen. Zwar haben diese militärischen Formationen mit dem Kav.-Reg. 13 nichts zu tun (lediglich der todbringende „Stammbaum“ dieser Militäreinheit ist identisch), aber zur Erbauung des Publikums werden gerne die „alten Uniformen“ getragen (s. Foto unten). Einige Jahre später und am anderen Ort (zum „Sachsen-Anhalt-Tag“) war diese Form des Histotainment in Dessau Innenstadt zu bewundern (siehe Fotos rechts). (jw/LZ)



Als Träger von Traditions-Uniformen begleiten die Dragohner und Ulanen Rüdiger Bertram, Oliver Duddeck, Siegfried Mertens und Werner Kunst (von links) das 50. Jahrestreffen der Kameradschaft der Angehörigen des ehemaligen Kavallerie-Regiments 13. Foto: be

14. Juni

Die Landeszeitung notiert: "Auf einem Flohmarkt stellte die Polizei bei einem Händler Platten und Bücher mit Nazi-Symbolen sicher." (LZ)

17. Juni

Die Lüneburger Landeszeitung berichtet in einem längeren Artikel über die Geschichte der

freiwilligen Feuerwehr Lüneburg. Deren antirepublikanische Grundhaltung während der Weimarer Republik, die bereits beim „Flaggenstreit“ 1924 zum Ausdruck kam (s. VVN-BdA, Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung, Lüneburg 2013) wird ebenso wenig geschildert wie ihre reibungslose Integration in das NS-System.

16. Juli

Udo Ulfkotte (ehemaliger FAZ-Journalist und Dozent an der Lüneburger Universität) hält einen Vortrag („Krieg in den Städten“) vor Mitgliedern des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“ in der Bezirksregierung Lüneburg und verbreitet seinen antimuslimischen Rassismus. Er malt ein Szenario, in dem die gewaltbereiten Muslime in Deutschland durch ihre Geburtenrate langfristig zur Mehrheit werden. „Dann könnten sie qua Demokratie mit Mehrheiten eigene Ziele umsetzen.“ Der LZ-Redakteur vermerkt, dass bei den

Zuhörern „ein allgemeines Gruseln gegenüber türkisch arabischen Bürgern nicht ausbleibt.“ Ulfkotte gilt als „Hofnarr der Geheimdienste“ und selbstdarstellerischer Herold. Nach einer polizeilichen Durchsuchung seiner Wohnung und Geschäftsräume Anfang April d. J. erklärte er: „Das einzige Mittel, mir den Mund zu verbieten, wäre eine Kugel an der richtigen Stelle.“ (LZ/jw)

31. Juli

Vier Neonazis (drei Männer, eine Frau im Alter zwischen 16 und 21) stehen in Verdacht, verschiedene gefährliche Gegenstände, Steine und Stöcke, auf die Wohnung eines von ihnen als „Ausländer“ diffamierten Lüneburgers geworfen und xenophobe Parolen gegrölt zu haben. „Laut Ermittlern ... gehören sie einer rechtsextremistischen Organisation an.“ (LZ)

7. August

Dr. Dieter Radau, örtlicher CDU-Rechtsaußen, ehemals Mitglied der entsprechenden Fraktion im Rat der Stadt Lüneburg und Aktivist der revanchistischen Pommerschen Landsmannschaft, spricht sich weiterhin für Entschädigungszahlungen an die ab 1945 aus Polen geflüchteten Deutschen aus. In einem Leserbrief kritisiert er eine Rede, die Kanzler Schröder in Warschau gehalten hat mit dem deutlichen Hinweis: „Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Restitutions-Ansprüche aus Deutschland, die die Geschichte auf den Kopf stellen.“ Radau kritisiert, dass die Betroffenen ihr Privatvermögen opfern sollen und bedauert die Ablehnung der Gewährung eines „diplomatischen Schutzes zur Geltendmachung von Individualansprüchen auf Wiedergutmachung völkerrechtswidriger Eigentumsentziehungen.“ (LZ)

24. September

Prof. Werner Patzelt, Gründungsrektor des Dresdener Instituts für Politikwissenschaften, erhält in der Landeszeitung eine Gelegenheit, sich im ausführlichen Interview auszulassen über politischen Extremismus, Rechtswähler in Ostdeutschland und fordert von der CDU „eine stärkere Bindekraft zum rechten Rand ... Zum anderen muss gerade die CDU jene nationalen und patriotischen Töne und Symbole pflegen, die man so lange den Rechtsradikalen

zur freien Selbstbedienung überlassen hat“ und dafür solle sie von den anderen Parteien nicht öffentlich kritisiert werden. (LZ)

25. September

Alfred Heger, redaktioneller „Bespaßer“ des Werbeblattes „lünepost“, regt sich in seiner Kolumne darüber auf, dass „eine Gutmenschin“, wie er sie verächtlich tituliert, in der Landeszeitung in einem Leserbrief kritisiert, dass in der Groß-Disco „Garage“ ein eingeschränktes Zutrittsrecht für Ausländer gilt, welches an der Eingangstür kundgetan wird: „Ausländer nur in weiblicher Begleitung“. Heger rechtfertigt diese Diskriminierung mit einer „normen- und wertdivergenten Grundhaltung“ dieser ausländischen Besuchergruppe. (lünepost)

28. September

Lüneburger Neonazis schmierten in der Dahlenburger Landstraße (Hausnummer 80) an eine Hauswand großflächig mehrere Hakenkreuze und ihre politische Wunschvorstellung hin: „Adolf kommt“. Offensichtlich konnten diese Schmierereien dort mehrere Tage verbleiben, ohne dass sie entfernt wurden. Die Neonazis scheinen sich durch die Wahlerfolge der NPD im Saarland, in Sachsen und auch Nordrhein-Westfalen dazu berufen gefühlt zu haben, ihre Freude darüber in Lüneburg kundzutun. Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen entfernen die Nazi-Schmierereien. (antifa)

30. Oktober

Der Lüneburger „Zollernkreis“ lädt zu einem Vortrag in das Hotel Scheffler: „Bismarck - Verantwortung und der christliche Glaube“. Referent ist Prof. Dr. Ulrich Matzander aus Neumünster, Mitglied der Burschenschaft „Turnerschaft Cimbria Greifswald“ im Coburger Convent“ und dort „Alter Herr“ dieser studentischen Verbindung. Die „Turnerschaft Cimbria“ ist Mitglied des „Coburger Convents“, einer Dachorganisation studentisch-elitärer Verbindungen, die „die Heranbildung der Studenten zu politischer und sozialer Verantwortung, zum guten Deutschen ... (anstrebt). Das korporative Gemeinschaftsleben sollte sich der universellen Geistespflege und der körperlichen Ertüchtigung widmen. Die erzieherische Bedeutung der Mensur (wird) ... bejaht, (ebenso) das Bekenntnis zum Farbentragen.“ Matzander fungiert zugleich als Altpräsident und Fellow beim Rotary Club in Neumünster. (LZ/VVN-BdA)

11. November

Auf Einladung der Lüneburger Sektion der „Deutsch-Atlantischen Gesellschaft“ hält General d. D. Klaus Naumann einen Vortrag im Offizierskasino der Theodor-Körner-Kaserne: „Sicherheit für Europa in einer unruhigen Welt“. Naumann ist bekannt als besonders kriegstreibender General und Agitator, war während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien Chef des NATO-Militärausschusses, auch Befürworter des Krieges gegen den Irak. Naumann will mit der Bundeswehr „... für kollektive Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes zur Verfügung stehen, soweit es deutsche Interessen ... gebieten... Ich glaube sagen zu können, dass sich die Bundeswehr mit ihren Leistungen hinter früheren deutschen Armeen nicht zu verstecken braucht.“(LZ/VVN-BdA)



(Foto: Süddeutsche.de)

Dezember

Michael Maué preist im Schaufenster seiner als „Kunsthändler“ deklarierten Antiquitätenhandlung in der Lünertorstraße Naziorden an und verkauft dort diese Devotionalien neben anderem Nazi-„Kulturgut“ und stellt diese Tätigkeit auch trotz verschiedener Proteste nicht ein. (VVN-BdA)

Dezember

Fred Tureé, Lüneburger Sprecher der Rechtsaußen-Partei „Pro DM/Schill“ und gleichzeitig Vereinsvorsitzender des regionalen Eishockeyclubs „Adendorfer EC“, fühlt sich besonders witzig und sendet der Lüneburger „VNN - BdA“ seine Parteizeitung zu, in der in NPD-Manier agitiert wird über: „Kinderschänder an den Pranger!“, „Schützen die Grüne Kriminelle?“, „Schwule an die Macht!?“ Vorausgegangen war die Veröffentlichung eines kritischen Leserbriefs der VVN-BdA in der örtlichen Presse. (VVN-BdA)

4. Dezember

Manfred Börm aus Handorf, Funktionär der NPD und dort Leiter des Ordnerdienstes, leitet einen Überfall auf Antifaschisten/-innen. Bei dem Wahlkampfauftakt der schleswig-holsteinischen NPD in Steinburg im „Hotel zur Steinburg“ kommt es zu Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten, die vor dem Lokal protestieren. Börm weist an, dass seine Nazis mit Tablettts und Tischen als Schutzschildern sowie Stühlen und Flaschen zum Schlagen auf 70 Gegendemonstranten losstürmen. Von ihrem Überfall ließen die Neonazis erst ab, als herbeigerufene Polizisten zwei Warnschüsse abgeben. Die Polizei zeigt sich überrascht aufgrund der Strategie von politischer Polizei und Verfassungsschutz: „Um den Ort möglichst nicht bekannt werden zu lassen wurde das Lokal, in Absprache mit dem Veranstalter, lediglich durch einige zivile Beamte bewacht.“, erklärt der Polizeisprecher. (RR Februar 2005)



(Nazi-Devotionalienhandlung Maué)

Dezember

In Lüneburg gründet sich eine „Niedersächsische Partei“. Sie „will Deutschland als gleichberechtigten Staat in einem Europa der Vaterländer erhalten. Sie schöpft ihre Orientierung aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis, dem Bekenntnis zum eigenen Volk und der Verwurzelung in der niedersächsischen Heimat. Die Niedersächsische Partei steht für die kulturelle Wertegemeinschaft der Deutschen und die enge Verbundenheit mit der heimatlichen Tradition.“ Ansprechpartner ist der ehemalige Chef der Partei „Die Republikaner“, Uwe Pilz aus Scharnebeck. (VVN-BdA)

2005

6. Januar

Die „B! (Burschenschaft) Frisia Hamburg zu Lüneburg im BDIC“ lädt in die Hasenburg zu einem Vortrag: „Polizeireform in Niedersachsen“. Referent ist Hans-Jürgen Wieben (Leiter der Polizeiinspektion Lüneburg). Diese Burschenschaft wurde am 1.12.2000 in Lüneburg „durch Aufnahme von 6 Studenten der Universität Lüneburg in den Fuchsenstall“ (Eigendarstellung) gegründet. (LZ/VVN-BdA)



7. Januar

Das ARD-Magazin "Panorama" sendet am 04.12.2004 einen Beitrag über die Geschehnisse im „Hotel zur Steinburg“ (s. 4.12.2004) und dokumentiert die Gewalt gegen protestierende Antifaschisten/-innen durch den NPD-Ordnerdienst unter Führung des Handorfers M. Börm.



Auszug aus der Sendung "Panorama" vom 6.1.2004: Ingo Stawitz, Landtagskandidat der NPD für die kommende Wahl in Schleswig-Holstein, beim Steinewerfen© NDR

Zeit-online berichtet in der Ausgabe 1/2005:

„In Schleswig-Holstein haben leitende NPD-Funktionäre linke Demonstranten mit Steinen beworfen (von redaktion)

Nach einem Bericht des TV-Magazins Panorama und des NDRs haben leitende NPD-Funktionäre linke Demonstranten mit Steinen beworfen und später auch verprügelt. Die Panorama-Aufnahmen zeigen beispielsweise Ingo Stawitz, den Landtagskandidaten der NPD für die Wahl in Schleswig-Holstein, beim Steinewerfen. Unmittelbar vorausgegangen war eine Gegendemonstration zur NPD-Auftaktveranstaltung zum Schleswig-Holstein-Wahlkampf am 4. Dezember 2004 in Steinburg bei Itzehoe. Nachdem Demonstranten das NPD-Versammlungslokal mit Steinen beworfen hatten, soll außer Stawitz auch Manfred Börm diese Würfe erwidert haben. Börm ist Mitglied im Bundesvorstand der NPD.

Die Aufnahmen zeigten außerdem, wie die Demonstranten nach den Steinwürfen geflohen sind und NPD-Funktionäre sie verfolgt und auch verprügelt haben. Stefan Köster, ein weiteres Mitglied des NPD-Bundesvorstands, ist zu erkennen, wie er auf eine am Boden liegende Frau eintritt.

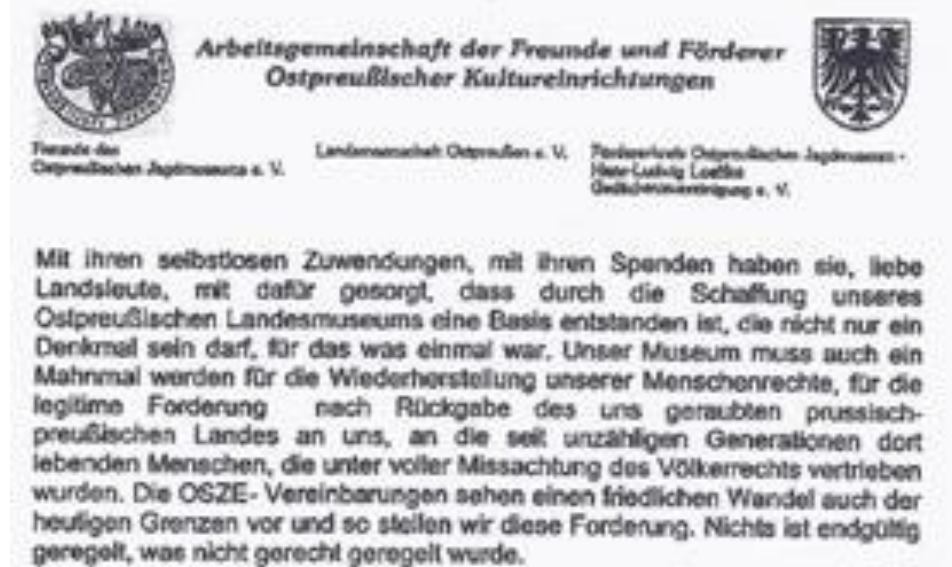
Der Einsatzleiter der Polizei, Uwe Kleinig, berichtete im NDR, dass er "schockiert" war von der Gewalt der Rechten ... Als einer der Rechten mit einem Stuhl auf einen bereits verletzt am Boden liegenden Demonstranten habe schlagen wollen, soll ein anwesender Zivilbeamter der Polizei zwei "Signalschüsse" abgeben haben.

Außer den NPD-Funktionären sollen sich weitere Rechte an der Gewalt beteiligt haben. Die Staatsanwaltschaft in Itzehoe ermittelt nun wegen „schwerer Körperverletzung“ gegen die Mitglieder des NPD-Bundesvorstands, Manfred Börm und Stefan Köster, und auch den schleswig-holsteinischen NPD-Landtagskandidaten Ingo Stawitz. Oberstaatsanwalt Wolfgang Zepter bestätigte am Donnerstag den NDR-Bericht.“

7. Januar

Zu einer Machtprobe zwischen den Revanchistenorganisationen und den am lukrativen Tourismusgewerbe orientierten Kräften kommt es Anfang des Jahres 2005: Der Leiter des Lüneburger „Ostpreußischen Landesmuseums“, Dr. Ronny Kabus, wird von seinem Vorgesetzten, von Gottberg, entlassen, im Umlaufverfahren (auf die Einberufung einer Sitzung des Stiftungsrates der „Ostdeutschen Kulturstiftung“ wurde verzichtet) fristlos gekündigt.

Von Gottberg, ein Multifunktionär der „Landsmannschaft Ostpreußen“ und des „Bundes der Vertriebenen Deutschlands“ fungiert u. a. auch als Vorsitzender des Stiftungsrates der „Ostpreußischen Kulturstiftung“, eine Einrichtung, die das „Kulturzentrum Ellringen“ und das „Ostpreußische Landesmuseum“ finanziert, d.h. die Gelder verteilt, die ihr aus öffentlichen Steuermitteln zufließen. Zudem ist der CDU-Politiker Bürgermeister von Schnega im Kreis Lüchow-Danenberg und arbeitet beruflich als Polizeifachlehrer im Bundesgrenzschutz. Seine politische Linie (und die seiner Mitstreiter im Verwaltungsrat der Ostpreußischen-Kulturstiftung) orientiert sich streng an der revanchistischen Zielsetzung dieser Verbände was zur Folge hat, dass diese Museumspolitik mit dem Beharren auf dem Vorzeigen alter Elchköpfe und der Ansprache lediglich der „alten Vertriebenen“ auf den Widerspruch der „Modernisierer“ wie R. Kabus trifft. Diese nämlich haben sich längst von der „Heim-ins-Reich“-Konzeption (und ähnlicher Zielvorstellungen) verabschiedet und suchen ihren Weg im museums(pädagogischen) Gefüge der Stadt mit örtlichen Touristenattraktionen und einem „engen Kontakt mit polnischen, russischen und litauischen Kollegen“ (Salzmuseums-Leiter Christian Lamschus). Nachdem bereits im Oktober 1992 die örtliche Landsmannschafts-Funktionärin Barbara Loeffke (die Ehefrau des verstorbenen Museumsgründers) dem Museumsleiter Kabus öffentlich vorgehalten hatte, dass er über kein „echtes heimattraues Konzept ... für das deutsche Ostpreußen“ verfüge, vertieften sich in der Folgezeit diese Konflikte. Frau B. Loeffke hielt R. Kabus zudem vor:



„Die Aktivitäten (des Museumsleiters) sind häufig nicht im Sinne der Förderer und vieler Ostpreußen, wenn z.B. Gräfin Dönhoff, Ralph Giordano oder Klaus Bednartz auftreten.“ Als im Jahre 2001 auf einer Mitgliederversammlung eines Lüneburger Museums-Unterstützervereins schließlich R. Kabus recht selbstbewusst betont, das Museum „ist heute, im Gegensatz zu früher, eine Öffentliche Einrichtung“ (was als Affront aufgefasst wurde) und er zudem als eingeladener Vortragender in einer Bundestags- Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ die Zurückdrängung des Einflusses der Vertriebenenverbände auf die Gestaltung der „Ost-Museen“ fordert, wurde ihm von seinem Dienstvorgesetzten von Gottberg fristlos gekündigt.

(Internes Schreiben der „Freunde und Förderer...“)

Die örtlichen konservativen Politiker (wie z. B. der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill, der Abgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Bernd Althusmann, der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lüneburg, Gerhard Scharf) sowie die verantwortlichen Ministerien schlagen sich auf die Seite des von Gottberg oder tauchen bei diesem Konflikt unter. Die „Modernisierer“ protestieren - erfolglos. Die politischen Strukturen mit dem dominierenden Einfluss der Vertriebenenfunktionäre bleiben unangetastet. (VVN-BdA)

18. Januar

Ein Leserinnenbrief von Madlene Lenssen und Gudrun Hinrichs veröffentlicht die LZ. Darin kritisieren die Autorinnen die „... unrühmliche Rolle der Ver

treter der Ostpreußischen Landsmannschaft ... Dieser Verein, der in seiner Satzung ausdrücklich die 1990 erfolgte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht mitträgt, darf nicht unwidersprochen als alleiniger Sachwalter ostpreußischer Meinungen und Interessen dastehen. Wir sind Ostpreußinnen, die ehrenamtlich im Museum mitarbeiten und ausdrücklich die Arbeit von Dr. Kabus unterstützen. ... Dr. Kabus hat Recht, wenn er die rückwärtsge wandte Politik der ewig Gestrigen nicht mitmacht und kritisiert, auch wenn es seine Vorgesetzten sind. ... Vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, dass einzelne Mitglieder des Vorstandes der Ostpreußischen Kulturstiftung, die ja aus der Ostpreußischen Landsmannschaft kommen, ihren Platz verlassen müssen, da sich der Verdacht einstellt, sie missbrauchen das Museum für ihre persönlichen politischen Ziele."

20. Januar

Die Landeszeitung veröffentlicht ein Portrait über von Gottberg:

21. Januar

Bei der Sitzung des Rates der Stadt Lüneburg kommt es zum Eklat: Zwar bedauern die Fraktionen von SPD und FDP die Entlassung von Kabus als Leiter des Ostpreußischen Landesmuseums, aber eine kritische Stellungnahme zum Einfluss der Vertriebenenverbände und zu deren maßgeblichem Funktionär von Gottberg erfolgt nicht. „Lediglich Ulrich Löb von den Grünen scherte aus und wählte derart scharfe Worte gegen Landsmannschaften, dass die FDP- und Teile der CDU-Fraktion den Huldigungssaal verließen ... Löb: Vertriebene wie der Vorsitzende der Ostpreußischen Kulturstiftung, Wilhelm von Gottberg, würden ‚Versöhnung als taktischen Begriff‘ missbrauchen, sie wollten mit Eigentumsforderungen ‚Polen über den Tisch ziehen‘. Ratsvorsitzende Renate Thielbörger (SPD) rief Löb zur Ordnung.“ Die Landeszeitung betitelte diesen Bericht mit der Schlagzeile „Grüne sprengen ruhige Debatte über das Ostpreußenmuseum“. (LZ)

Die Einlassungen des Stiftungschefs

Wilhelm von Gottberg und seine Standpunkte

ca Lüneburg. Das Ostpreußische Landesmuseum ist in die Schlagzeilen geraten. Kritik gab es auch an politischen Positionen des Vorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung, Wilhelm von Gottberg. Die Stiftung ist Trägerin des Museums. Die LZ sammelte Aussagen Gottbergs und sprach mit ihm.

Von Gottberg bekundet sich für Ausgleich und Verständigung mit Polen einzusetzen. So pflege die Landsmannschaft Ostpreußen 17 offizielle Partnerschaften im östlichen Nachbarland. „Deutsche und Polen sind Partner in der EU, es gibt eine europäische Lösung“, sagt von Gottberg. Deshalb habe die Landsmannschaft, deren Vorsitzender er ist, auch ihre Satzung geändert. 1994 stand dort noch zu lesen: „Die Landsmannschaft strebt die Wiedervereinigung Ostpreußens mit ganz Deutschland in Frieden und Freiheit an.“

Für Unruhe in Polen sorgt indes die Preußische Treuhänd. Mitglieder verlangen 60 Jahre nach Kriegsende Entschädigungen oder Rückgabe ehemaligen Besitzes. Die Bundesregierung

weist diese Ansprüche zurück und verweist unter anderem auf den Lastenausgleich der Vergangenheit. Im Ostpreußenblatt (4. 9. 2004) geht Gottberg, der sich angeblich für Ausgleich und Verständigung einsetzt, mit Berlin scharf ins Gericht: Die Regierung sei „juristisch inkompetent“ und habe sich bei Entschädigungsforderungen passiv verhalten, die Treuhänd sei eine legitime „Bürgerinitiative“.

Und weiter, Zitat: Es bestehe für die „Heimatvertriebenen

Partnerschaften in Polen

kein Grund auf besondere Distanz zu gehen. Es ist unstrittig: Die zumutbare Entschädigung für konfisziiertes Eigentum war auch immer eine Forderung der Landsmannschaften.“ Wenn sich die Verbände von der Treuhänd zurückzögen dann deshalb, weil ein Einsatz nicht mit dem „Gemeinnützigkeitscharakter der Verbände zu vereinbaren“ sei. „Die Äußerungen einzelner Repräsentanten der Verbände zur Entschädigungsfrage sind deren private Mei-

nung, soweit sie mit der Haltung der Verbände nicht deckungsgleich sind. Die in der Preußischen Treuhänd engagierten Betroffenen sollten sich dadurch nicht verunsichern lassen.“ Die Anmerkung, dass Deutschland Polen 1939 überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg mit Millionen Toten verursacht hatte, erwähnt Gottberg in seinem Beitrag mit keinem Wort.

Inzwischen hat von Gottberg seine Position „aufgrund der kraftmeierischen Politik der Treuhänd“ revidiert und sagt nun, die Treuhänd wecke mit den Eigentumsansprüchen Ängste in Polen. Davon distanzieren er sich. Gleichwohl müssten die Rechtsstaaten Polen und Deutschland entsprechende Klagen aushalten.

Recht eigenwillig klingt auch ein Gedicht eines Georg Ghytormann von Langenweyde, das von Gottberg zum Jahreswechsel einem weiteren Artikel vorwegstellt: „Wer gerade seine Furche pflügt, den Freund und Kumpel nicht betrügt, wer keinen Lump die Stiefel putzt, und nicht das eigene Nest be-



Wilhelm von Gottberg hat den Vorsitz der Ostpreußischen Kulturstiftung inne. Zudem ist der CDU-Politiker Bürgermeister von Schnega im Kreis Lüchow-Dannewitz. Beruflich arbeitet Gottberg als Polizeifachlehrer im Bundesgrenzschutz. Er wurde 1940 in Woopern/Ostpreußen geboren. Foto: Kassel

schmutzt; wer, gleich wie auch der Wurfel fällt, dem Vaterland die Treue hält, tut auch im neuen Jahre das Wahre.“

Von Gottberg kritisiert zudem die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und sieht darin einen Angriff auf Ehe und Familie. Und ungewollte Schwangerschaften würden flugs zu Krankheiten umgedeutet, meint Gottberg.

Zudem klagt er, kaum jemand wäge es, die „ungeschminkte Wahrheit“ in Sachen Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Ausländerkriminalität zu sagen. „Die Verlogenheit ist in dieser Republik auf der politischen Ebene zum System erhoben worden“, behauptet er.

Der geschasste Leiter des Ostpreußen-Museums hatte einen anderen Beitrag Gottwalds über den aus der CDU ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann kritisiert. Hohmann stolperte über seine Äußerungen über die Juden als „Tätervolk“, die im Bolschewismus bei der Verfolgung Andersdenkender eine große Rolle gespielt hätten. Gottberg schätzt Hohmann als „Christ und Patriot im demokratischen Sinne“. Im Ostpreußenblatt schrieb er, Hohmann habe „zu Recht der Auffassung ... widersprochen, den Deutschen komme aufgrund ihrer zwölfjährigen NS-Vergangenheit eine einzigartige Rolle als Tätervolk zu“.

28. Januar

Niedersachsens Kultusminister Lutz Stratmann versucht im Streit um die Entlassung des Museumsleiters des „Ostpreußischen Landesmuseums“ von Gottbergs Politik zu legitimieren, indem er „die Leistungen der Vertriebenen“ hervorhebt und insbesondere die in deren „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1951 dokumentierte Absicht „auf Rache und Vergeltung zu verzichten“. (LZ)

In einem Leserbrief an die Landeszeitung vom 30.1. wird auf diese ministerielle Auslassung Bezug genommen (Ausriss unten). Der Leserbrief wird nicht veröffentlicht.

Schlimmer aber als dieses politische Ränkespiel zum Machterhalt der Konservativen ist der Hinweis des Ministers auf die Charta der Heimatvertriebenen von 1950: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung...“ Ja ist denn der Minister von allen demokratischen Geistern verlassen? Da überfallen die deutschen faschistischen Truppen von 39/41 bis 1945 die östlichen Länder, werden zum Glück militärisch geschlagen und hinterlassen dort eine Blutspur, die Millionen von Tote zählt - und keine 5 Jahre später erklären die Altnazis in den Vorständen der Vertriebenenverbände doch tatsächlich rotzfrech, auf „Rache und Vergeltung“ großzügig zu verzichten.

Wer waren nun diese Landsmannschafts- Vorständler, die diese Charta unterzeichnet haben und die der Minister Stratmann als anständige deutsche Demokraten lobt ?
Alfred Gille, seit 1937 Mitglied der NSDAP und SS- Scharführer;
Rudolf Wagner, hauptamtlicher Mitarbeiter des SD, SS- Obersturmführer;
Erik von Witzleben, SS- Sturmbannführer;
Walter von Keudell, NSDAP- Mitglied bereits am 20. März 1933;
Gottlieb Leibbrandt, Schulungsleiter der 1934 illegalen NSDAP in Österreich;
Franz Hamm, hat zur Entfesselung des antisemitischen Terrors im früheren Jugoslawien beigetragen und organisierte dort die Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik der Nazis;
Karl Mocker, Funktionär in Henleins sudetendeutscher Nazi- Partei;
Josef Walter, stellvertr. Hauptgeschäftsführer der „Sudetendeutschen Wirtschaftskammer“ der Nazis;
Rudolf Lodgmann von Auen, Mitbegründer der radikal antisemitischen Deutsch- nationalen Partei in der CSR, entwickelte in mehreren Denkschriften Überlegungen zur endgültigen Lösung des „jüdischen Problems“;
Waldemar Kraft, SS- Hauptsturmführer, arbeitete für das Referat II („Volkstumsreferat“) des Reichssicherheitshauptamtes;
Herbert von Bismark, Mitverantwortlicher für die Organisation der Terrorherrschaft der NSDAP als Staatssekretär im Preußischen Innenministerium ab 1. Februar 1933;
Linus Kanther, war tätig als Jurist am NS- Sondergericht Königsberg.

Der Minister ist aufgefordert, die von ihm durchgeführte Zerschlagung der „Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung“ sofort rückgängig zu machen und sich dann von dort kompetent beraten zu lassen. Oder handelt es sich bei den Auslassungen des Ministers zur „Charta der Heimatvertriebenen“ auch nur wieder um die Integration von Rechtsaußen-Wählern/-innen in das konservative Spektrum?

Mit freundlichem Gruß

5. Februar

R. Kabus, ehemaliger Leiter des „Ostpreußischen Landesmuseums“ (s. 8. Januar 2005), muss gegen seine Kündigung vor das Lüneburger Arbeitsgericht ziehen. Bei einem Gütetermin am 4. Februar 2005 erklärte Richter Dr. Klaus Rinck, Kabus sei „...in seiner Kritik nicht gerade schonend mit seinem Arbeitgeber umgegangen. ... Sein Vorschlag: Kündigung und Freistellung sowie 15 000 Euro Abfindung.“ (LZ v.5.2.2005) Bei einer Verhandlung am 20.5.2005 musste R. Kabus diesen Vorschlag akzeptieren. Die Ostpreußen erhöhten die Abfindung

summe um einige 10.000,00 Euro – und bezahlten diesen Betrag mit Steuergeldern. (LZ)

5. Februar

Babette Baronin von Sass erklärt in einem im Werbeblatt „lünepost“ veröffentlichten Leserbrief zum Konflikt im Ostpreußenmuseum ganz in Gutsherinnenart: „Es darf jedoch nicht sein, das sich ein leitender Angestellter seinem Arbeitgeber gegenüber dermaßen unloyal verhält, indem er ihn ständig (und das seit Jahren) bei der Bundesregierung verunglimpft und hinter seinem Rücken Unwahrheiten öffentlich vereinbart. ... Es kann nicht sein, dass der Direktor so eines Museums sich als alleini-

ger Gestalter darstellt und seinen Arbeitgeber öffentlich ignoriert. Das Jahre lange zweigleisige Taktieren des Dr. Kabus hat zu einem gravierenden Vertrauensbruch zwischen ihm und seinem Arbeitgeber geführt mit der natürlichen Konsequenz: der Trennung von ihm.“ (lünepost)

6. Februar

Einige Lüneburger Neonazis bekommen Post aus Hameln: Der Bundesorganisationsleiter der Jugendorganisation der NPD („Junge Nationaldemokraten“), Sascha Wagner, sendet ihnen eine Einladung für ein Vernetzungstreffen zu, welches an „alle Mitglieder und Freunde der REP, DP, DVU, NPD und freien Gruppen in Norddeutschland“ gerichtet ist, um nach dem

„Schulterschluss ... nationaldenkende(r) Menschen“ in anderen deutschen Regionen/Städten diesen auch in Niedersachsen zu praktizieren. (VVN-BdA)

7. Februar

Die Neonaziband "Kategorie C" will am 26.02. in der „Eventfabrik“ in Bardowick auftreten. Andere Wirte hatten ihre Räumlichkeiten für ein derartiges Neonazi-Konzert nicht zur Verfügung gestellt, nachdem sie über den Hintergrund der Band aufgeklärt worden waren. Verantwortlicher für dieses „Event“ ist Christian Sternberg. Gordon Cohrs (Betreiber der „Eventfabrik“) dazu: „Wir sind neutral, bei uns feiern Türken, Jugoslawen und Russen.“ Die

Landeszeitung berichtet: „Er (Cohrs) gehe davon aus, dass es keine rechtsextremen Äußerungen geben werde ... Bei einem KC-Konzert vor zwei Jahren habe es keinen Ärger gegeben... In der Region traten die Musiker bereits in der Vergangenheit in Scharnebeck und in der 'Eventfabrik' auf ... Bei dem Konzert vor knapp zwei Jahren in Bardowick begleiteten rund 100 Polizisten den Auftritt, um Ausschreitungen zu verhindern.“ (LZ)

In einem Flugblatt schreibt die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen über die Band:

Die Band „Kategorie C“ (KC) gründete sich 1997 und entstammt der Bremer Hooligan-Szene. In ihren Texten achten sie penibel darauf, keine eindeutig rechten Äußerungen und Statements abzulassen. Dass aber ihr Publikum zum größten Teil aus organisierten Neonazis und rechten Skinheads besteht, macht deutlich, welchen Sinn und Zweck die Band erfüllt: Sie soll als „unpolitische Kapelle“ Jugendliche und andere mit der organisierten rechtsextremistischen Szene zusammenbringen ... In ihren Aktivitäten bewegt sich KC in eindeutig rechten Gewässern: Mehrmals spielten sie gemeinsam mit eindeutigen Neonazi-Bands oder traten auf Veranstaltungen auf, die von Neonazi-Funktionären organisiert wurden. Außerdem ist KC auf einem verbotenen CD-Sampler mit Neonazi-Bands vertreten und auf ihren Konzerten konnten Neonazi-Aktivistinnen ungestört Werbung für ihre Sache machen oder sogar Reden halten.

Der Sänger der Band, Hannes Ostendorf aus Bremen, war 1991 an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bremen beteiligt und wurde dafür auch verurteilt.

„Kategorie C – Hungrige Wölfe“ ist eine Musikgruppe, die der neofaschistischen Szene zuzuordnen ist und deren Image und Texte vor allem von Gewalt handeln.“

18. Februar

Über das für den 26.2.2005 in Bardowick geplante „Kategorie C“-Konzert berichtet die Landeszeitung: „Veranstalter Christian Sternberg versteht die Aufregung nicht, er spricht von einer Party für Fußball-Fans.“ Gordon Cohrs, der Betreiber der Eventfabrik, sieht auf Grund des erwarteten gewalttätigen Publikums (ca. 400 Personen) keine Möglichkeit, dieses Konzert abzusagen, weil er sich und die Polizei nicht in der Lage sieht „ bei einer kurzfristigen Absage der Veranstaltung unsere Räumlichkeiten beziehungsweise das Gemeindegebiet zu schützen. ... Somit steht fest, dass am 26. Februar circa 400 –

sicherlich sehr aufgebrachte - Fans (...da die Fans teilweise stundenlange Autofahrten für ein Konzert auf sich nehmen) vor unserer Lokalität stehen werden.“(LZ)

21. Februar

Eine Resolution des Rates der Stadt Lüneburg, die „nach einer sehr ernsthaften Aussprache einstimmig verabschiedet“ wurde, spricht sich gegen die Durchführung des Konzerts in Bardowick aus: „Parteien und Gruppierungen, die durch ihr Programm und Auftreten oder durch Appelle an die Ängste der Menschen Ausländerfeindlichkeit schüren, bedrohen die demokratischen Grundlagen von Staat und Gesellschaft. Für Feinde der Demokratie darf es keine Toleranz geben... Sie sind in Lüneburg unerwünscht.“ Alle Gastronomen und Vermieter von Räumlichkeiten werden aufgefordert, nicht an Neonazis zu vermieten.

Am nächsten Tag kündigt der Betreiber der „Eventfabrik“ dem Verantwortlichen des Neonazi-Konzerts den Mietvertrag für die Benutzung seiner Räumlichkeiten auf. (LZ)

24. Februar

Die rechte Hooliganband „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ will statt im Konzertsaal in Bardowick nun auf den Straßen Lüneburgs ihren Pogo tanzen und kündigt einen Aufmarsch an. Im Gästebuch auf der Homepage der Band wird für Lüneburgs Innenstadt angekündigt: „Da bleibt kein Stein auf dem anderen.“ (antifa)

24. Februar

Die Stadt Lüneburg hat die Demonstration der Fans von „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ (Anmelder Andreas Putstock aus Kützen bei Lauenburg, 35 Jahre) nicht genehmigt. Gisa Pahl, die Anwältin des Antragstellers, gehört wie der bekannte Hamburger Szeneanwalt Jürgen Rieger, dem „Deutschen Rechtsbüro“ an und vertritt immer wieder bekannte Neonazis. Sie reicht eine Beschwerde beim Lüneburger Verwaltungsgericht ein und unterliegt. (antifa)

Das Lüneburger „Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ meldet „zum Empfang“ der dennoch erwarteten Neonazis zwei Demonstrationen, eine Kundgebung sowie sechs Mahnwachen an. Die Demonstrationen werden nicht genehmigt mit der Begründung, dass schließlich die Demonstration der Neonazis unter

sagt worden sei. Die Landeszeitung zitiert eine Mitarbeiterin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, zur Lage: „Die Szene ist sehr aufgeregt. Sowohl die unpolitischen Hooligans, als auch die mit rechtsextremistischem Hintergrund.“ (LZ)

28. Februar

Die Landeszeitung berichtet über die Geschehnisse anlässlich des untersagten Neonaziaufmarsches, über einen Polizeieinsatz an diesem Tag: „Bereits in den frühen Morgenstunden kontrollierte die Polizei die Einfallstraßen der Stadt. Bilanz: Gegen 25 Männer und drei Frauen aus dem norddeutschen Raum, die nach Polizeiangaben der rechten Szene zuzuordnen sind, wurden Platzverweise ausgesprochen. Sie wollten, so die Polizei, an der verbotenen Demonstration teilnehmen. Bei der Durchsuchung der Fahrzeuge stellten die Beamten eine täuschend echt aussehende Softairwaffe, Böller, Reizgas und Schutzausrüstung sicher. Einen Platzverweis erhielt nach LZ-Informationen auch Andreas-Putsock, der die schließlich verbotene Demonstration bei der Stadt angemeldet hatte. (LZ)



Die Polizei kontrollierte auch den Wagen von Andreas Putsock, der die schließlich verbotene Demonstration der Hooligan-Szene angemeldet hatte. Auch ihm wurde am Sonnabend auf dem Weg in die Stadt von den Beamten ein Platzverweis erteilt. Fotos: be

28. Februar

Wegen der völlig verdrehten Darstellung in der Landeszeitung vom 28. Februar 2003 über einen Angriff von Neonazis in der Gaststätte „Zum Roten Tore“ veröffentlicht die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen eine Richtigstellung:

„Gegen 13 Uhr zogen 13 bis 15 rechte Hooligans und Neonazis, unter der Führung des bekannten Neonazis Hendrik Ostendorf aus Bremen, vom Parkhaus hinter dem Bahnhof Richtung Innenstadt. Die rechten Schläger aus Bremen und Winsen/Luhe konnten sich zunächst ungestört treffen und verprügelten in der Altenbrückertorstraße zwei Jugendliche, die sie für Teilnehmer der Kundgebung des Netzwerk gegen Rechts hielten. Beide mussten

im Krankenhaus behandelt werden. Einem der Beiden wurde die Jacke, das Handy sowie Geldbörse mit Ausweispapieren gestohlen. Die Neonazis gelangten hinter der Nordlandhalle in den hinteren Bereich des Clamart Parks. Nachdem AntifaschistInnen von den Übergriffen erfuhren, begaben sich ungefähr 80 AntifaschistInnen in die Innenstadt, um weitere Übergriffe zu verhindern. Im Clamart Park stießen sie auf die Gruppe der Neonazis, die sich dann in die Johannisstraße begaben. Die AntifaschistInnen nahmen dann die Verfolgung auf. Die rechten Schläger flüchteten sich in die Gaststätte Vor dem Roten Tore. Da zunächst nicht bekannt war, dass sich die rechten Schläger in der Gaststätte aufhielten, versammelten sich die AntifaschistInnen vor der Gaststätte. Als ein Antifaschist die Gaststätte betrat, wurde er sofort mit Gläsern, Blumenkübeln und anderen Gegenständen beworfen. In diesem Moment begannen die rechten Schläger damit, Blumenkübel, Flaschen und Gläser, Stuhlbeine und andere Gegenstände auf die AntifaschistInnen zu werfen. Diese Gegenstände warfen sie durch die Scheiben! Von einigen AntifaschistInnen wurden Gegenstände zurückgeworfen, bevor sich die Gruppe zurückzog. Kurze Zeit später er-

schien die Polizei an der Gaststätte. Sie nahm 10 rechte Schläger in Gewahrsam und kontrollierte von einigen Passanten und jüngeren AntifaschistInnen, die erst zu diesem Zeitpunkt an der Gaststätte eintrafen, die Personalien und verhängte Platzverweise. Der Neonazi Hendrik Ostendorf, der Bruder des Sängers von "Kategorie C", entzog sich der polizeilichen Maßnahme, indem er vor dem Eintreffen der Polizei den Bereich verließ. Nachdem die rechten Schläger gegen 16 Uhr wieder aus der polizeilichen Gewahrsamnahme entlassen wurden, traf sich die Gruppe an ihren Fahrzeugen im Parkhaus und verließ die Stadt.“ (antifa)

1. März

In der „Reihe für Senioren“ zeigt das „Ostpreußische Landesmuseums“ einen Film des Regisseurs, Werbers und Schriftstellers Hans Quintes „Trajekten. Briefe aus einer anderen Zeit“. Der Film schildert auf romantische Art das Leben rund um das gleichnamige Gestüt und schließlich den „Winter 1944, Mensch und Tier wurde aus ihrer Heimat vertrieben“, ohne ein Wort zur Vorgeschichte, zum deutschen Faschismus, zum Überfall auf Polen und den Krieg gegen die Sowjetunion zu verlieren. (LZ)

Regisseur Hans Quintes versteht sein Geschäft. Auf seiner Internetseite preist er seine Dienste an mit den Worten: „Lassen Sie sich von einem Marketingprofi zu den Themen Marketing, Absatz, Vertrieb und Kundenbegeisterung, aktiv unterstützen. Fachkompetenz gestandener Werber ist wieder in. Sparen sie Kosten - leisten sie sich meinen Kreativkopf. Nur wenn alle Marketinginstrumente perfekt aufeinander abgestimmt sind, wird daraus ein nachhaltiger Erfolg.“

19. März

Die Landeszeitung berichtet, dass die 9. Zivilkammer des Lüneburger Landgerichts unter Vorsitz von Richterin Elisabeth Warnecke in einem Rechtsstreit gegen die Zeitung „Neues Deutschland“ dem Kläger von Gottberg (Rechtsaußen in diversen Vertriebenorganisationen und Vorsitzender der „Ostpreußischen Kulturstiftung“, dem Trägerverein des Lüneburger Ostpreußenmuseums) bei seiner Unterlassungsklage Recht gegeben wurde. Anwaltlich vertreten wurde von Gottberg durch den CDU-Kommunalpolitiker Gunther von Mirbach. Das „Neue Deutschland“ hatte nach Angaben der LZ behauptet, „dass von Gottberg die antisemitische Rede des Bundestagsabgeordneten Hohmann öffentlich verteidigt hatte. ... Zum Hintergrund: Der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann hatte eine Verbindung zwischen den Gräueln der Nazi-Diktatur und Verfolgungen politisch Andersdenkender im kommunistischen Russland hergestellt. An diesen Verfolgungen seien auch Juden beteiligt gewesen, auch sie seien Täter gewesen.“ Daraufhin wurde Hohmann aus der CDU ausgeschlossen, allerdings nicht widerspruchslos: Auch einige CDU-Mitglieder Lüneburgs solidarisierten sich mit Hohmann durch Unterzeichnung einer Erklärung: Britta und Dr. Arno Bohr, Edith Richter, Dr. Hans-Joachim Richter und Marc Wörner aus Lüneburg und Hermann Pahl aus Wittorf.

Diese Rede sei, so von Gottberg vor Gericht, nicht antijüdisch gewesen und deshalb habe er Hohmann „als Christ und Patrioten“ und in diesem Sinne seine Rede verteidigt. (LZ)

Außerdem habe sich Hohmann positiv auf (den späteren Bundespräsidenten) Joachim Gauck bezogen, der bereits am 1.10.2003 ausgeführt habe: „Gnädige Neubetrachtung oder Umdeutung wird den Deutschen nicht gestattet. Das verhindert die zur Zeit dominierende politische Klasse und Wissenschaft mit allen Kräften.“ Sie beharren „fast neurotisch auf der deutschen Schuld.“

„Laut Gerichtssprecher Matthias Steuernagel ist die Zeitung „Neues Deutschland“ nach Wertung des Gerichts über die vom Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit hinausgegangen.“ (LZ)

Im Verfahren in nächsthöherer Instanz einige Zeit später signalisierte das Oberlandesgericht in Celle dem Kläger von Gottberg, dass er keinen Erfolg gegen das „Neue Deutschland“ haben werde. Im Mai 2006 zog von Gottberg seine Klage zurück und das „Neue Deutschland“ darf weiterhin über den Skandal Hohmann/von Gottberg berichten.

Der Historiker Ulrich Herbert von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg kam nach der Analyse von Hohmanns Rede zu folgendem Urteil:

„Was er macht, ist eine Entlastungsargumentation. Die Deutschen müssten sich von der Vergangenheit endlich befreien. Sie müssten diese Schmach des Begriffes Tätervolk ablegen. Und das tut er dadurch, dass er sagt, er würde ja auch andere nicht als Tätervolk bezeichnen, obwohl sie es ja genauso verdient hätten wie die Deutschen. Er geht dann auf die Juden ein durch eine historisch falsche und mitunter abstruse Gleichsetzung von Judentum und Bolschewismus und greift dadurch das zentrale Gedankengut des nationalsozialistischen Antisemitismus auf, der genau mit dieser Verbindung – Judentum und Bolschewismus – den Holocaust begründet und legitimiert hat.“

Der Präsident des „Zentralrats der Juden in Deutschland“, Paul Spiegel, kritisierte die Rede Martin Hohmanns in der ARD: „Die Äußerungen von Herrn Hohmann sind ein Griff in die unterste Schublade des widerlichen Antisemitismus.“ (wikipedia/LZ)

27. April

Günter G. Marklein ist nach eigenem Bekunden Museumsleiter des „Bismarck-Museums der Getreuen zu Jever“ und unterhält dort eine Art Heimathaus, welches dem „Bismarck-Bund e.V.“ angeschlossen ist, der sich in seiner Selbstdarstellung qualifiziert als „der bedeutendste Verein in Deutschland, der sich für die Entwicklung eines deutschen Geschichtsbewusstseins intensiv einsetzt.“ Mit seinem Referat „Königin Louise von Preußen – Legende und Wirklichkeit“ tingelt er zum Vortrag durch bundesdeutsche Krankenhäuser. Am 27. April macht er Station im „Ostpreußischen Landesmuseum“. (VVN-BdA)

8. Mai

Der „Lüneburger Arbeitskreis 8. Mai“ führt im Heinrich-Heine-Haus am Markt zahlreiche Veranstaltungen aus Anlass des Befreiungstages durch. Ein in diesem Rahmen auf dem Lüneburger Marktplatz platziertes Transparent der VVN/BdA wird von einer männlichen Person abgeschnitten, die anschließend flüchtet. Zwei Nazi-Skins bauen sich zeitgleich mit einer Reichskriegsflagge am Marktbrunnen auf (s. Fotos unten)



30. August

Zur Bundestagswahl am 18. September kandidieren auch Neonazis aus der Region. Auf der Landesliste der NPD befinden sich zwei Lüneburger: Hans-Gerd Wiechmann und Mario Kopplin. Als Direktkandidat tritt Hans-Joachim Bäättjer, im Wahlkreis Nr. 037 (Lüchow-Dannenberg - Lüneburg) an. Im Wahlkreis Nr. 044 (Celle - Uelzen) tritt Joachim

Nahtz an. Hans-Gerd Wiechmann kandidiert außerdem noch als Direktkandidat im Wahlkreis Nr. 036 (Soltau-Fallingb. - Winsen Luhe).

Hans Wichmann war bereits von 2000 bis Frühjahr 2005 für die „Republikaner“ aktiv und verließ die Partei im Streit. Er war u. a. Kreisvorsitzender in Lüneburg und zum Schluss auch Landesvorsitzender. Seit kurzem ist er wieder Mitglied der NPD, wo er schon in den 1970er Jahren aktiv war.

Mario Kopplin ist auch ein altbekannter Neonazi der Region. Der in Anklam Geborene ist seit Anfang der 1990er Jahre in Lüneburg für die NPD aktiv. 1993 war er stellvertretender Kreisvorsitzender und 1996 wurde der damals in Hohnstorf lebende Kopplin zum Kreisvorsitzenden gewählt. 1992 war er „Kreisbeauftragter“ für den Lüneburger Partnerkreisverband Anklam. Damals betreuten Westverbände den „Aufbau Ost“ der NPD.

Joachim Nahtz aus Eschede ist seit Jahrzehnten für die NPD aktiv. Auf seinem Hof finden immer wieder Nazitreffen statt, (insbesondere) Sonnenwendfeiern der niedersächsischen NPD. (antifa)

4. September

Bis zum 31. Oktober zeigt das „Museum für das Fürstentum Lüneburg“ eine Ausstellung mit dem Titel „Germania auf dem Meere“, die 1998 vom „Militärgeschichtlichen Forschungsamt“ in Potsdam erstellt wurde. Auf knapp 30 Tafeln werden die Heldentaten der deutschen Kriegsmarine vorgestellt. Lediglich auf einer Tafel wird der deutsche Faschismus ansatzweise kritisch erwähnt.

Zur Eröffnung der Ausstellung spricht Oberst Dr. Hans Ehlert, Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam, der gerne solche und ähnliche Ausstellungen eröffnet. Einige Jahre später eröffnet er gar im Deutschen Bundestag gemeinsam mit Verteidigungsminister Jung eine Ausstellung mit dem Titel „Armee im Einsatz“, die die bewaffneten Einsätze und Kriege der Bundeswehr seit 1994 legitimiert und glorifiziert. Ein zweiter Vortragender stellt sich in der Person des Dr. Michael Epkenhans und in seiner Funktion als Geschäftsführer der „Otto-von-Bismarck-Stiftung“ in Friedrichruh vor, der im Lüneburger Museum die Bundeswehr-Marine „als anerkannter, integraler Bestandteil friedenssichernder multinationaler Streitkräfte“ darstellt. Was der Geschäftsführer einer Stiftung, die sich nach dem (Sozial-)Demokratenhasser Bismarck benennt und im Umfeld von Neuer Rechte, jellow-press, den höfischen Adels

kreisen des Fürst Ferdinand von Bismarck und diverser Revanchistenorganisationen tätig ist, bei der Ausstellungseröffnung zu suchen hat, wird erst auf den zweiten Blick deutlich: Epkenhans wirkte als Verantwortlicher im Bardowicker Heimatmuseum (in seinem Wohnort) an der unseligen Ausstellung über die Dorfgeschichte mit, die ein apologetisches Bild über die NS-Geschichte malt. Besonders die Tafeln über die „Polen-Befreiungsfeiern“ führte zu mehrfachen und heftigen Protesten von Besuchern aus Polen. Als derart ausgewiesener Geschäftsführer und „Museumsfachmann“ führte ihn seine Karriere schnell nach ganz oben, bis 2013 zum Leiter der Abteilung Forschung am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und nunmehr Professor am Historischen Institut (Neuere Geschichte I) der Universität Potsdam. Wie „unabhängig“ er dort lehrt, zeigt seine E-Mail-Adresse an: MichaelEpkenhans@bundeswehr.org . (LZ/nadir/VVN-BdA)

29. September

„Modische Bekleidung im Military-Style-Fashion-Look präsentiert Camouflage, Am Berge 2, seit einem Monat Liebhabern dieser Funktionsbekleidung.“ In einer Anzeige in der Landeszeitung und im „Schlendrian“ vom Oktober 2005 finden die Leser/-innen diese Selbstdarstellung des „Military-Modehauses (Inhaber: Joan Fr. von Bordelus): „Ob Frauen, Männer oder auch Kinder und Jugendliche, der Military-Look bietet für jeden Geschmack das richtige Outfit. Am verkaufsoffenen Sonntag bekommen die Kunden 20 Prozent Rabatt auf das gesamte Sortiment. Clever-Karte-Besitzern kommt jetzt ein Rabatt von fünf Prozent zugute. Parallel zur Bekleidung sind auch Stiefel, Fahnen ... sowie Ausrüstung und Zubehör für Softair- und Paintball-Fans bei Camouflage im Angebot.“



Im einem dem „Camouflage“ schräg gegenüberliegenden „US-Store“ finden die überwiegend männlichen Käufer ein Ergänzungsangebot einschlägiger Militaria-Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, auch die erhoffte Nachwuchskundschaft.



11. Oktober

Für die Ostpreußen-Senioren zeigt das Ostpreußische Landesmuseum den Film „Grün ist die Heide“ (Eintritt 4 Euro incl. Kaffee und Gebäck) aus dem Jahre 1951, die das „Rückkehrrecht“ der Ostpreußen betont.

Zum Inhalt: „Der aus Ostpreußen geflohene ehemalige Rittergutsbesitzer Lüdersen wird mit seiner Tochter in die Lüneburger Heide verschlagen. Es war der Verlust der geliebten Heimat, der hier Lüdersen zum Wilderer werden ließ, was seine Tochter Helga, die sich in den ortsansässigen Förster Walter Rainer verliebt hat, entdeckt. Bei einem gemeinsamen Spaziergang erscheint der Wilderer, doch Helga hindert den Förster, auf ihn zu schießen. Als nun ein Gendarm erschossen wird, fällt der Verdacht auf Lüdersen. Während die Polizei die Heide durchstreift, kommt es zur Entscheidung. Lüdersen trifft bei seinem letzten Spaziergang durch die Heide auf einen anderen Wilderer und wird im Kampf mit

ihm verwundet. Der Förster und die Polizei aber können ihn retten und seinen Gegner, den gesuchten Mörder des Gendarmen, festnehmen. Lüdersen wird rehabilitiert und hofft auf einen Neuanfang im Osten. Und auch dem Glück Helgas mit dem Förster steht nichts mehr im Wege.“ (Wikipedia)

22. Oktober

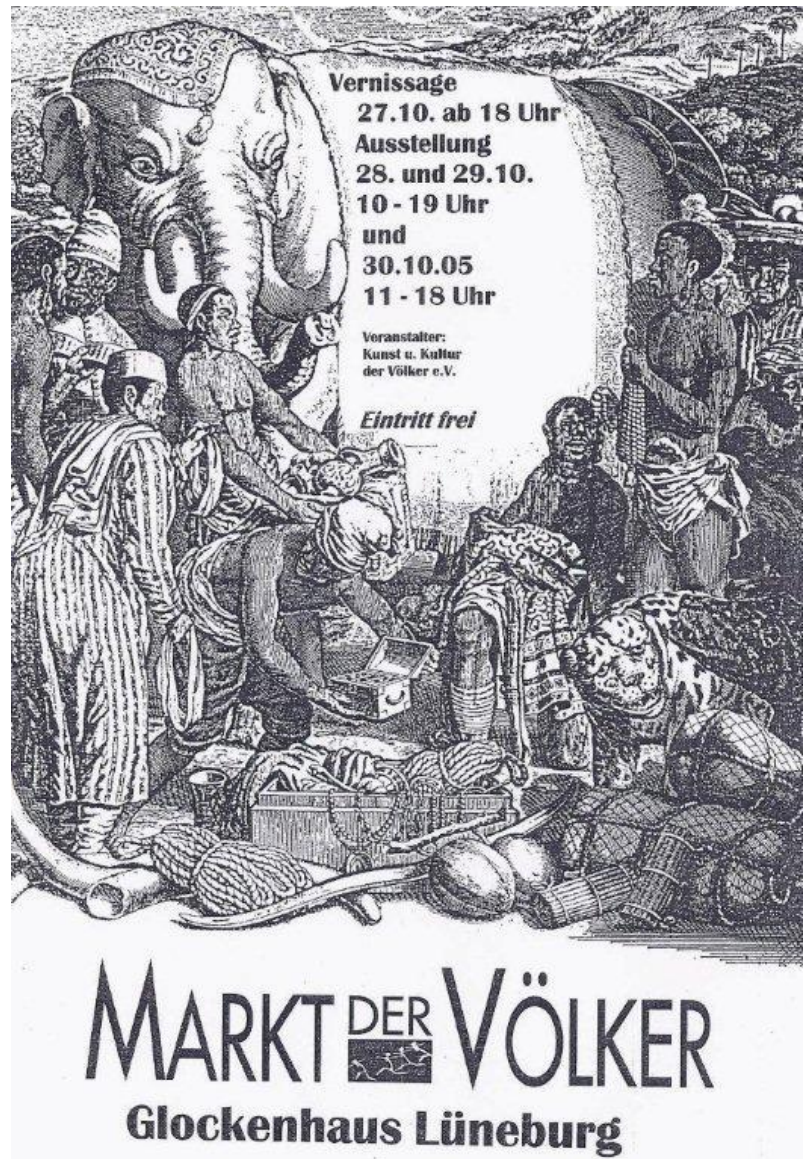
Bei einem Aufmarsch von knapp 100 Neonazis aus dem politischen Spektrum der „Freien Nationalisten“ und der NPD, den ein Großaufgebot der Polizei durch Hamburg-Harburg führt, hielt der Lüneburger NPD-Funktionär Hans-Gerd Wiechmann (56) eine einschlägige Rede unter Mitwirkung von Alexander Hohensee, einem erklärten Nationalsozialisten und Himmler-Verehrer. (antifa)

27. Oktober

Von Prof. Dr. H. Chr. Pietsch (Thomasburg) erscheint in der Landeszeitung ein Leserbrief, in dem er einen Skandal der Rechtskräfte im Bundestag rechtfertigt: Unmittelbar vor der Bundestagswahl vom 28. September bestätigte der Bundestag die eigene Geschäftsordnung, wonach auch die kleinen Bundestags-Fraktionen einen Bundestags-Vizepräsidenten stellen dürfen. Zu dieser Zeit war die „Linkspartei/PDS“ noch nicht in Fraktionsstärke, sondern lediglich mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten. Im Ergebnis der Bundestagswahl wurde diese Partei aber im Osten Deutschlands zweitstärkste Partei, bundesweit die viertstärkste, und errang somit deutlich einen Fraktionsstatus. Entgegen der gültigen Geschäftsordnung wurde der „Linkspartei/PDS“ nun aber kein Vizepräsidenten-Amt zugebilligt, der Kandidat dieser Partei wurde abgelehnt. Prof. Dr. H. Chr. Pietsch legitimiert diesen Skandal nach der Devise „Demokratie muss da aufhören, wo die Sozialisten an Einfluss gewinnen könnten“ mit den Worten: "Im Übrigen vermute ich, dass die Bevölkerung einschließlich der LZ-Leser andere Sorgen hat als die Vergabe gut dotierter Posten an verdiente Altkommunisten.“ (LZ)

28. Oktober

Der Verein "Kunst und Kultur der Völker" veranstaltet einen "Markt der Völker" im Glockenhaus Lüneburg mit einem Einladungsplakat, welches „exotische“ Menschen aus dem Urwald zeigt. (VVN-BdA)



9. November

Im Ostpreußischen Landesmuseum findet eine Filmveranstaltung statt (Eintritt 4 Euro incl. Kaffee und Gebäck): „Die Reise nach Tilsit“, nach einer Erzählung von Herrmann Sudermann in der wunderschönen Landschaft der Kurischen Nehrung gedreht. Ein Wissenschaftler kommentiert den Film.“

Das „Lexikon des Internationalen Films“ schreibt über diesen Film aus dem Jahre 1939 von Feith Harlan: „In Anlehnung an Hermann Sudermanns naturalistisch-mystische Erzählung drehte Harlan einen Film, der formale Qualitäten hat, aber durch rassistische Tendenzen und einen (von der Vorlage abweichenden) "aufbauenden" Schluß den NS-Machthabern zu gefallen suchte.“ (LZ/VVN-BdA)

17. Dezember

Vom 6. bis zum 22. Dezember 2005 findet vor dem Landgericht Lüneburg die Hauptverhandlung gegen den Neonazi Rigolf Hennig aus Verden/ALLER (Jg. 1935) wegen "Verunglimpfung des Staates" (§ 90a StGB) statt. Angeklagt ist er wegen Passagen in einer Sondernummer seiner Zeitschrift „Der Reichsbote“. Er ist Ex-Funktionär der Partei „Die Republikaner“ (REP) und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), zuletzt NPD-Bundestagskandidat, stand schon einige Monaten zuvor in seiner Heimatstadt wegen Volksverhetzung vor Gericht. Hennig, der der Burschenschaft Rugia Greifswald angehört, ist selbsternannter „Staatsratsvorsitzender“ des extrem rechten Phantasiegebildes „Freistaat Preußen“. Der Prozess wird jeweils von 30 bis 60 Neonazis besucht, die aus mehreren Städten der Bundesrepublik anreisen. Der größte Teil gehört der ominösen „Reichsbürgerbewegung“ an, wie Ursula Haverbeck (Collegium Humanum) aus Vlotho. Anwesend waren auch die NPD-Mitglieder Karl-Heinrich Goebel (Hamburg), Sven Wellhausen und Daniel Fürstenberg. (Verden/Rotenburg) sowie der Lüneburger NPD-Mann Hans-Gerd Wiechmann. Nach vier Verhandlungstagen wird Hennig zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt. Verteidigt wird er von Rechtsanwältin Sylvia Stolz, die auch

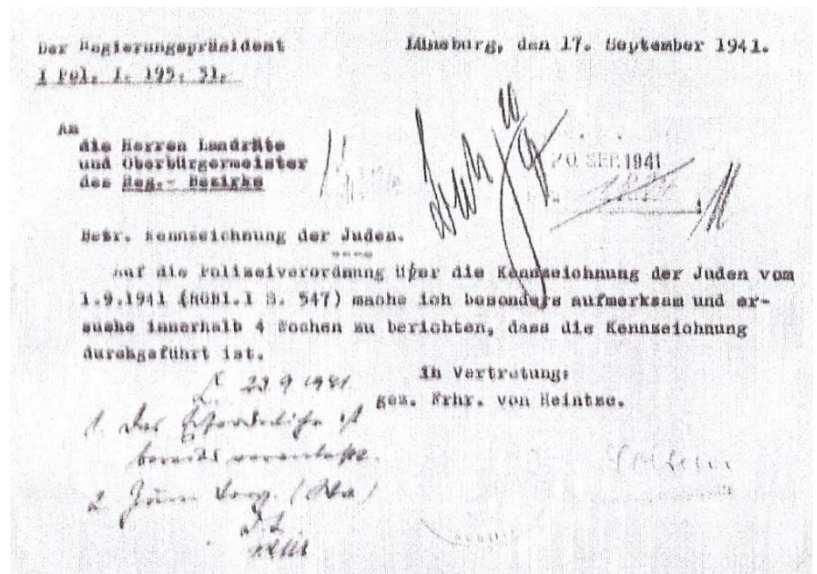
Wahlverteidigerin im Mannheimer Prozess gegen den Revisionisten Ernst Zündel ist. Als „Assistent“ der Verteidigung fungiert Horst Mahler. Während die Prozessbesucher am letzten Verhandlungstag das Landgericht verlassen, greifen knapp zwanzig Nazis einen Fotografen an. Der Neonazi Manuel Goroncy aus Verden stößt dabei mit seinem Knie dem Fotografen ins Gesicht. Andere Neonazis aus der Region Verden hatten sich mit Flaschen bewaffnet. Der Fotograf konnte nach kurzem Gerangel aus der Situation befreit werden. Nachdem mehrere AntifaschistInnen vor dem Landgericht erschienen, verließen die Nazis den Ort des Geschehens. (antifa)

Dezember

Etwa 25 Neonazis treffen sich bei einer „weihnachtlichen Zusammenkunft“ des „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“ in Reppenstedt. Unter ihnen hochrangige Funktionäre wie die Mitglieder des NPD-Bundesvorstands Peter Marx und Frank Rohleder sowie der stellvertretende Vorsitzende der niedersächsischen NPD, Adolf Dammann.

Auf einer anderen Weihnachtsfeier in der Region, nämlich jener der Vertriebenen-„Landsmannschaft Schlesien“ wird die BdV-Kreisvorsitzende, Barbara Loeffke, begrüßt. Als weiterer Gast tritt dort der Neonazi Klaus-Dieter Hoffmann aus Bad Bevensen auf. Hoffmann berichtet über seine „Volkstumsarbeit“ im Osten und rühmt sich damit, 12 Tonnen Brot aus Bundeswehrbeständen nach Polen zu den dortigen „deutschen Volksgenossen“ gebracht zu haben. (antifa)

Aus den Judenverfolgern werden geachtete Bürger der Stadt: Freiherr v. Heintze, zunächst Stellvertreter, dann Lüneburger Regierungspräsident, kommentarlos und zur freundlichen Beachtung für die Nachwelt in einer Ahnengalerie im Erdgeschoss des „Behördenzentrums Auf der Hude“ ausgestellt – noch heute.



2006

Anfang Januar

In einem Informationsflugblatt mit der Überschrift und Forderung „Temple of Football dichtmachen! Schöner leben ohne Nazi-Läden!“ berichten antifaschistische Organisationen über das Treiben in diesem Neonazi-Laden in der Altenbrücker Torstraße. (antifa)

„Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit befindet sich am Rand der Lüneburger Innenstadt der Laden „Temple of Football“. Ein flüchtiger Blick in das Schaufenster lässt einen Laden für Bekleidung junger Leute erahnen. Erst ein zweiter Blick macht deutlich, dass es sich um ein nicht ganz normales Geschäft handelt. Bekleidungsstücke mit Aufdrucken wie Pit Bull, Troublemaker, Hooligan, Pro Violence, Brachial oder Thor Steinar verraten, dass hier vorwiegend Hooligans und Nazi-Skinheads angesprochen werden sollen. Im Februar 2005 ist der Inhaber dieses Ladens, Christian Sternberg, zum ersten mal öffentlich bekannt geworden: Er wollte ein Konzert mit der rechten Hooligan-Band Kategorie C im Landkreis Lüneburg durchführen. Nach Protesten konnte das Konzert und Nazitreffen aber noch rechtzeitig verhindert werden.

„Temple of Football“: Am 2. Juni 1998 eröffnete das Geschäft „Buy or Die“ in der Straße Neue Sülze. Dieser Laden hatte vorher seinen Sitz in Hamburg und wurde von den beiden bekannten Lüneburger Neonazis Hans und Michael Grewe geführt. Christian Sternberg übernahm ihn von den beiden Grewe-Brüdern und eröffnete ihn in Lüneburg. Hauptauslegeware des Geschäftes war und ist Skinhead- und Hooliganbekleidung. Nachdem Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Nazishop „Buy or Die“ immer wieder aufmerksam gemacht haben, wurde das Geschäft Anfang August 2000 in „Temple of Football“ umbenannt. Wobei die Zuschreibung „Temple“ auf eine eingeschränkte Wahrnehmung der Realität des Betreibers schließen lässt, denn die Größe des Ladens erinnert doch eher an ein Mauselloch. Der Laden ist zu einem Treffpunkt geworden, dessen Mischung Brisanz birgt. Denn Christian Sternberg ist es gelungen, neben einem anfangs ausschließlich extrem rechten Kundenkreis, nun auch unpolitische Hooligans anzuziehen. Der Laden ist ein zentraler Punkt, der die regionale rechte Szene mit den Accessoires des rechten Lifestyles versorgt. Neben einem breiten

Sortiment an Marken, die keinen rechten politischen Hintergrund haben, wie Ben Sherman, Chevignon, Everlast, Fred Perry, Ralph Lauren oder New Balance, vertreibt Christian Sternberg aber auch Marken wie Thor Steinar und Troublemaker, die der rechten Szene zuzuordnen sind. Außerdem verkauft er die Marke Sport Frei, die auf den Bremer Hooligan-Anführer und Nazikader Henrik Ostendorf angemeldet ist. Hendrik Ostendorf ist für die NPD im "NPD-Bundesordnerdienst" auf Demos aktiv und arbeitet für deren Parteizeitung "Deutsche Stimme". Auch wenn der Laden zunächst nicht mit einem reinen Nazishop zu vergleichen ist, kann man aufgrund einiger dort gehandelter Marken, dem größten Teil der Kundschaft und dem Betreiber selbst, den Laden als Teil einer rechten Erlebniswelt und der lokalen extrem rechten Szene ansehen.

Der Nazis neue Kleider: Das Geschäft mit Nazidevotionalien, Naziklamotten und Musik im Internet blüht, in den Läden trifft man sich, kann in CDs Reinhören, probiert Klamotten an und schwatzt über Neuigkeiten. Dazu wird Laufkundschaft angezogen, die sonst wenig Berührung mit organisierten Neonazis hätte. Naziläden bieten enorme finanzielle Möglichkeiten und Treff- und Anlaufpunkte für die Szene. Vor allem über Klamottenläden etablieren sich rechte Labels. Wobei szenetypische Codes einerseits Zugehörigkeit vermitteln und das Selbstbewusstsein sowie die "corporate identity" der Szene nach Innen stärken und andererseits Nazisymboliken, wie beispielsweise die Verwendung bestimmter Runen, im Alltag nach Außen etabliert werden. Sichtbares Ergebnis dieser Entwicklung ist die Entstehung einer rechten Popkultur mit allem, was auch aus anderen Szenen bekannt ist: Konzerte mit den eigenen Bands, eigene Labels und Marken, Fanzines, Tatoostudios, Securities und Vertriebe. Mode im „Nazi-Style“ anzubieten, wird auch für andere Geschäftsleute attraktiv. In einigen Regionen wird die rechte Optik zur alles Dominierenden, Rechtssein wird zur Normalität. Neu sind Absatz- und Verfeinerungstendenzen: Zwar begegnet einem auch heute noch der klassische Neonazi im Springerstiefel-Seitenscheitel-Outfit, aber Nazis, die richtig schick sein wollen, greifen zu anderen Mitteln – vor allem übernehmen sie bewährte Symboliken anderer Jugendkulturen. Das Bedürfnis nach nazi-untypischen Stilen wird durch neue Angebote gesättigt. Beispiele sind etwa die Marke Rizist, die

im Stil eines Graffiti-Schriftzugs gestaltet und mit der Silhouette eines schwer bewaffneten Scharfschützen unterlegt ist, oder der „rock'n'rollig“ verpackte Schriftzug der Band Hate Society, ein in Flammen stehender Bandname und ein wahlweise als „Hate“ oder „Heil Hitler“ zu entschlüsselnden Logo „H8“ aus Herz-As und schwarzer Billardkugel. Sichtlich sind Nazis bemüht, Klischees über Bord zu werfen und sich – möglichst leger und poppig – am rechten Rand des Mainstreams einzurichten. Bislang am erfolgreichsten gelang dies wohl mit der Marke THOR STEINAR. Mit rechter Ideologie und Symbolik lässt sich auf dem Markt „gutes Geld“ verdienen, schließlich bedient man die Nachfrage nach einer nationalen Identität, die schick und unverkrampft daherkommt. Auch wer bisher beispielsweise Hip-Hopper war, soll jetzt bei der Nationalen Bewegung mitmachen dürfen und sich dazu keine Glatze mehr schneiden müssen. Die Ideologie wird beibehalten, die Szene öffnet sich aber verschiedenen Stilen.

Stop THOR STEINAR

Eine der Marken, die seit etwa zwei Jahren innerhalb der deutschen Nazi-Szene in diesem Sektor boomt, ist die Marke Thor Steinar aus Königs Wusterhausen, die von dortigen Neonazis vertrieben wird. Diese Marke ermöglicht es den Aktivisten der extremen Rechten sich „stilvoll“ in hochwertiger Qualität zu kleiden, ohne dabei auf extrem rechte Symbolik verzichten zu müssen. Diese ist jedoch so codiert, dass sie nur die Anhänger und Sympathisanten der eigenen Szene entschlüsseln können. Doch Kleidungsstücke von Thor Steinar finden sich mittlerweile nicht nur auf jedem Neonazi-Aufmarsch, sondern auch zunehmend in unpolitischen Bereichen der Jugendkulturen. Ende 2004 musste das Logo der Marke, zwei zusammengefügte germanische Runen, vom Markt genommen werden, da es sich um faschistische Symbolik handelte. Ein Gericht untersagte die weitere Verwendung. Mit einem neuen Logo wird die Marke weiter vertrieben. Weitere Informationen: www.stop-thorsteinar.de.vu

Eine sichtbare Konsequenz ist das Verschwinden von Berührungspunkten anderer Szenen und Subkulturen gegenüber Nazis und ihrer Ideologie. Mode und Unterhaltung (Kultur) stehen scheinbar im Mittelpunkt. Die Inhalte werden nicht reflektiert

und teilweise sogar übernommen. Auch bei Veranstaltungen der NPD wird inzwischen dem kulturellen Bereich größerer Raum eingeräumt, da dadurch ein breiteres Spektrum angesprochen werden kann und Leute, die nur wenig Interesse an klassischer Parteiarbeit haben, bei der Stange gehalten werden können. Wirtschaftlicher Erfolg sorgt für eine Professionalisierung in der Neonaziszene. Ein nicht unbeträchtlicher Personenkreis verdient seinen Lebensunterhalt mit der Weltanschauung, kann sich rund um die Uhr der Organisation der Szene und der Verbreitung und Vermarktung rassistischer, antisemitischer, homophober und nationalistischer Ideen widmen, die ideologische Begründung für Hass liefern und damit Menschen zu Gewalt aufstacheln.

Schöner leben ohne Naziläden:

Mit der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ soll das bisher weitgehend ungestörte Treiben und Wirtschaften der Naziläden bundesweit be- und verhindert werden. Die Knotenpunkte der Naziszene und andere rechte Strukturen sollen öffentlich gemacht, die Akteure benannt und die schleichende Übernahme subkultureller Milieus zurückgedrängt werden. Darüber hinaus soll eine nicht-rechte, alternative Jugendkultur gefördert und antifaschistische Initiativen gestärkt werden.

Antifa Jugendplenum Lüneburg Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen



28. Januar

Knapp 120 Neonazis führen am Stadtrand von Lüneburg einen zwei km langen Aufmarsch durch. Möglich wird dieser Aufmarsch durch eine massive Unterstützung durch die Polizei. Mehr als 2800 eingesetzte Beamte riegeln das Aufmarschgebiet hermetisch ab. Dennoch gibt es Widerstand: Eine Demonstration des Lüneburger „Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ mit ca. 2000 Teilnehmenden sorgt für eine kurzfristigen Blockade des Neonazi-Aufmarsches. (LZ)



Polizeiwagen an Polizeiwagen: Mehr als 2800 Einsatzkräfte schützten die beiden Demonstrationzüge. Damit erlebte Lüneburg den größten Polizeieinsatz seiner Geschichte. Foto: be



Rechtsextremist Christian Worch hatte den **Aufmarsch** der Neonazis als Demonstration angemeldet: Er und rund 120 rechte Gesinnungsgenossen marschierten durch Lüneburg. Foto: be

31. Januar

Zwischen dem 26. 09. 2005 und dem 31.01.2006 findet eine bundesweite Identifikationskampagne „für Optimismus und neues Selbstbewusstsein“ statt mit dem Slogan „Du bist Deutschland“, für die auch in der Lüneburger Lokalpresse geworben wird. Die Parole „Denn Du bist Deutschland“ wurde bereits von der NSDAP benutzt. (Ludwigshafen, 1935)



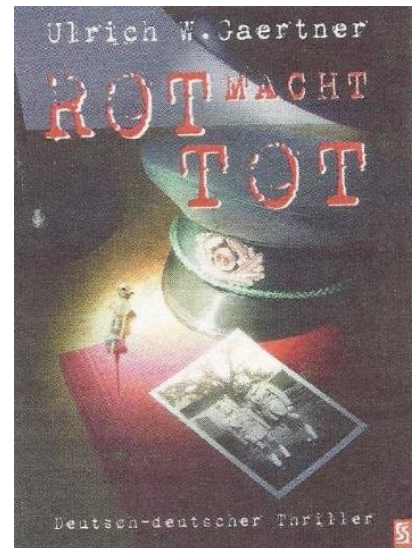
20. Mai

Mit regionaler Schwerpunktbildung und einer langfristig angelegten Kampagne suchen Hamburger Neonazis ihre politischen Gegner zu zermürben und sich im südlichen Randbezirk fest zu setzen. Bei einer Kundgebung in Hamburg-Harburg redet Hans-Gerd Wiechmann (NPD) vor ca. 40 Neonazis, unter ihnen Christian Worch und sein „Ziehsohn“ Alexander Hohensee. (küste.vvn-bda)

27. Mai

Eine Ahnung darüber, warum eine Terrorbande mordend jahrelang durch die Bundesrepublik ziehen konnte, ohne dass die Polizei in Richtung eines neofaschistischen Hintergrundes ermittelt (NSU), gibt ein in der Landeszeitung vorgestelltes Buch. Verfasser ist der pensionierte Lüneburger Chefermittler des 1. Fachkommissariats der Lüneburger Polizei, Gaertner. „Er spinnt eine spannende Story, in der 1980 ein

Killer aus der Truppe Erich Mielkes bei Blockade über die Elbe kommt und in der Theodor-Körner-Kaserne einen übergelaufenen DDR-Agenten liquidiert ...“ und auf dem Lüneburger Marktplatz eine wüste Schießerei beginnt. Nach dem Motto „Der Feind steht links“ trägt das Buch den Titel „Rot macht tot“. (LZ/VVN-BdA)



17. August

Über die bei den anstehenden Kommunalwahlen am 10. September in Stadt und Landkreis Lüneburg kandidierende UWL veröffentlicht die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen ein umfangreiches Dossier:

„UWL / Bündnis Rechte – Vorsicht Neonazis“

Zur diesjährigen Kommunalwahl kandidiert die „Unabhängige Wählerliste Landkreis Lüneburg (UWL) – Bündnis Rechte“ in der Stadt und im Landkreis Lüneburg sowie in der Einheitsgemeinde Amt Neuhaus...

Die UWL wurde 1990 von der NPD für die Kommunalwahlen ins Leben gerufen und dient als Sammelbecken für die extreme Rechte in Lüneburg. Die UWL ist eine Tarnorganisation der NPD, mit der sie versucht, in der Öffentlichkeit nicht sofort als Nazi-Partei gebrandmarkt zu werden und um neue Mitglieder zu rekrutieren. So versuchen sie in einem scheinbar seriösen und bürgerfreundlichen Gewand ihre Ziele zu verbreiten.

In ihrem Programm geht sie in erster Linie allgemein auf kommunale Themen ein, wobei sie rassistische und neofaschistische Positionen vermeidet und sich als „rechtsdemokratische“ Gruppierung darzustellen versucht.

Lüneburg Rechtsaußen: Von 1991 – 1994 saßen die beiden NPD-Mitglieder Peter Frommhagen und Malte Holzer für die UWL im Stadt- bzw. Kreistag. Nachfolger von Malte Holzer im Kreistag wurde 1994 der ehemalige CDU'er Herbert Bartsch aus Scharnebeck. Malte Holzer aus Amelinghausen ist seit über 20 Jahren in der NPD aktiv und betätigt sich als Landesgeschäftsführer der niedersächsischen NPD.

Der UWL gelang es nie, politisch-inhaltlich auf die Geschichte der regionalen Parlamente Einfluss zu nehmen, außer als Mehrheitsbeschaffer für die CDU. So erklärte Malte Holzer gleich nach der Kreistagswahl 1991, dass er für die Wiederwahl des CDU-Landrats stimmen würde. Das sich der damalige Landrat Dr. Martens mit der Stimme des Neonazis Holzer wählen ließ, zeigt, wie der organisierte Neofaschismus die politischen Koordinaten nach Rechtsaußen verschieben kann. Am Ende der darauffolgenden Legislaturperiode bildete dann die CDU-Fraktion im Kreistag eine Gruppe mit dem UWL-Abgeordneten Bartsch. So machte die örtliche CDU die UWL kurzfristig hoffähig und gab ihr den Anschein, ein „normaler“ Teil der demokratischen Kultur in der regionalen Politik zu sein.

Zur Kreistagswahl im Herbst 1996 wurde nochmals deutlich auf die neofaschistischen Hintergründe aufmerksam gemacht und veröffentlicht, wer alles aus dem neofaschistischen Spektrum für die UWL kandidierte. Der UWL gelang es nicht, wieder in einen kommunalen Rat einzuziehen. Trotzdem hielt die CDU enge Kontakte zu Herbert Bartsch, der noch Jahre im Gemeinderat von Scharnebeck saß.

Zur Landratswahl 1998 führte die UWL unter Einbeziehung und massiver Unterstützung der Norddeutschen Neonaziszene den regionalen Wahlkampf für ihren Kandidaten Herbert Bartsch. In der neonazistischen Zeitschrift „Zentralorgan“ beschreiben die militanten Neonazis ihren Wahlkampf: „Wir haben die UWL mit den Reichsfarben

Schwarz/Weiß/Rot und Bündnis Rechte im Landkreis bekannt gemacht und für eine gewisse Akzeptanz der nationalen Politik gesorgt. ... Auf diesem Weg hat uns die Landratswahl ... wieder ein Stück vorangebracht. ... Dieser Wahlkampf hat uns, als maßgeblich von Freien Nationalisten getragenen Gruppierung, aber auch gezeigt, dass wir ... in der Lage sind Resultate und Ergebnisse zu bringen. Wir üben uns in der politischen Auseinandersetzung (gerade Infotische sind optimale Gelegenheit zur Schulung unserer Aktivisten) und haben einen näheren Kontakt zur Bevölkerung ...“. Diese „Schulung“ wurde maßgeblich von Manfred Börm aus Handorf initiiert, der die Strategie verfolgte, sämtliche extrem rechten Gruppierungen unter der Dach der NPD zu vereinen und mit Tarnorganisationen wie der UWL oder dem „Arbeitskreis für Kultur und Geschichte“ an die Öffentlichkeit zu treten. Manfred Börm ist ein verurteilter Rechtsterrorist und heute im Landes- und Bundesvorstand der NPD aktiv.

Zur diesjährigen Kommunalwahl erhält die UWL Unterstützung im Wahlkampf. In den letzten Monaten rückte die extreme Rechte in Lüneburg zusammen. So haben sich ehemalige Mitglieder der Republikaner und DVU und einige Mitglieder der NPD zu einem „Sozialpatriotischen Bündnis“ zusammengeschlossen. Einige Angehörige dieses Bündnis kandidieren für die UWL. Vorbild für dieses Nazi-Bündnis ist das „Nationale Bündnis Dresden“, welches 2004 erfolgreich in Dresden zur Kommunalwahl antrat und als ein Wegbereiter des Erfolges der sächsischen NPD angesehen werden kann.

Das Sozialpatriotische Bündnis wurde im Juli 2005 von Hans-Gerd Wiechmann gegründet. Wiechmann war bis März 2005 noch Landesvorsitzender der Republikaner in Niedersachsen und trat dann nach internen Querelen mit einem Großteil der Mitgliedschaft aus dieser Partei aus. Seitdem engagiert er sich für die NPD und dem Zusammenschluss extrem rechter Gruppierungen. Er ist mittlerweile gefragter Redner auf Demonstrationen und anderen Veranstaltungen des neofaschistischen Spektrums und hält Kontakte zu maßgeblichen Führungspersonen der Naziszene. Im Sozialpatriotischen Bündnis versucht Wiechmann, Mitglieder aus verschiedensten rechten Organisationen in Lüneburg zu vereinen. In einem Internetforum beschreibt Wiechmann die strategische Funktion: „Bei Wahlen unterstützen die Bündnisse in Niedersachsen die NPD. Bei Kommunalwahlen treten die Bündnisse in den Regionen mit eigener Liste an, wo es der Partei an Strukturen fehlt. Unser vorrangigstes Ziel ist es Patrioten in die Parlamente zu bringen, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit.“ Diese Vorgehensweise ist schon bei der letzten Bundestagswahl zu beobachten gewesen, wo Wiechmann als Direktkandidat für die NPD im Wahlkreis Winsen-Sothau-Fallingbostel antrat und auch in Lüneburg Wahlwerbung der NPD verbreitete.

Ähnliche Bündnisse wurden in Niedersachsen mittlerweile auch in Hannover und Celle gegründet. Die Nationalen Bündnisse bieten sich als Protestgruppen an und wollen eine „politische und kulturelle Alternative zu dem Politikartell der großen Einheitsparteien von CDU, FDP, SPD, PDS und Grüne“ darstellen.

„Nationale Einheit“? – Es knirscht im Gebälk: Auch wenn es der extremen Rechten im Landkreis Lüneburg gelungen ist, eine gemeinsame Liste aufzustellen, so ist dies noch nicht die „nationale Einheit“, von der die Aktivisten der ext

rem rechten Szene in der Region träumen. Die altgedienten Lüneburger NPD-Funktionäre Malte Holzer und Manfred Börm stehen den Ambitionen von Hans-Gerd Wiechmann skeptisch gegenüber und befürchten einen Machtverlust. Offensichtlich kommen hier auch wieder langandauernde interne Differenzen zum Vorschein. Schon im Jahr 2001 wurde Wiechmann von Mitgliedern der örtlichen NPD vorgeworfen, ein Spitzel des Verfassungsschutzes und Polizeibeamter zu sein.

Noch vor einigen Monaten tönte Wiechmann großspurig, dass er und sein „Sozialpatriotisches Bündnis“ zur Kommunalwahl antreten werde. Doch in der Vorbereitung zur Wahl konnte er sich dann vor Ort nicht durchsetzen und die UWL wurde aus der Versenkung geholt. Damit sicherten sich die altgedienten NPD-Funktionäre ihre regionale Führungshoheit und versetzten Wiechmanns regionalen Höhenflug und Profilierungssucht einen empfindlichen Dämpfer. Enttäuscht schrieb Wiechmann daraufhin in einem Internetforum: „Nach der Wahl werden sich die Bündnisse zusammensetzen und den Wahlkampf analysieren. Danach muß dann entschieden werden, wie es weitergehen soll. Natürlich gibt es einige Punkte, die durchaus kritikwürdig sind, aber ich für meinen Teil, werde mich bis nach der Wahl jeglicher Kritik enthalten, um den "Burgfrieden" nicht zu gefährden, was der Sache an sich, nicht dienlich ist.“

Offensichtlich ist die Kommunalwahl für einige NPD-Funktionäre in diesem Jahr auch nicht von großer Bedeutung und sie sehen in der Landtagswahl im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern größere Wichtigkeit. Lüneburger NPD- Aktivisten sind dort aktiv im laufenden Wahlkampf eingebunden. Wiechmann kritisiert dies in einem Internetforum und betont seinerseits die Bedeutung der regionalen Arbeit: „... allerdings muß nun noch ein aggressiver Wahlkampf geführt werden und wir hoffen, daß trotz der LTW in Meck Pom, in NDS begriffen wird, daß diese Kommunalwahlen für uns in NDS sehr wichtig und richtungsweisend sind.“

Dass es nicht zum Besten mit der UWL gestellt ist, zeigt auch, dass sie weder einen Kandidaten zum Oberbürgermeister- und Landratsamt aufstellen konnten. Auch mussten die nötigen Unterstützungsunterschriften vor der Wahlzulassung, mit Hilfe von NPD-Aktivisten aus Hamburg-Hamburg gesammelt werden.

Die KandidatInnen: Auf der Liste der UWL kandidieren ehemalige Mitglieder der Republikaner, bekannte Aktivisten der NPD, Personen, die in den vergangenen Jahren schon einmal für die UWL kandidierten und militante Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum.

Christian Berisha (Kandidat Kreistagswahl aus Bleckede geb. 1967) stammt aus der Nazi-Skinhead Szene Lüneburgs, war Ende der 1980er Jahre Mitherausgeber der Skinhead-Zeitschrift „Kahlschlag“, unterhielt intensive Kontakte zur verbotenen FAP, war Mitorganisator eines sog. „Rudolf Hess Gedenkmarsches“ 1995 in Schneverdingen ... (sowie) Mitglied in der „Heimatreuen Deutschen Jugend“ und Betreiber der Internetseite „Todesstrafe für Kinderschänder“.

Manfred Börm (Kandidat Kreistagswahl aus Handorf, geb. 1950) ist seit den 1970er Jahren in der Neonazi-Szene aktiv; ehemaliges Mitglied der ANS um Michael Kühnen; mehrjährige Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in einer krimi-

nellen Vereinigung; sog. „Gauführer“ der verbotenen „Wiking Jugend“ in Niedersachsen; Stellvertretender Landesvorsitzender der Niedersächsischen NPD; Mitglied im Bundesvorstand der NPD; Leiter des Ordnungsdienstes der NPD; Mitglied in der „Heimatreuen Deutschen Jugend“

Sven Dietz (Kandidat Stadtratswahl) aus Lüneburg (geb. 1978)

Angela Fischer (Kandidatin Stadtrats- und Kreistagswahl) aus Lüneburg (geb. 1953): 2004 Beisitzerin im Kreisvorstand der Lüneburger Republikaner 2005 Austritt aus den Republikanern Mitglied im „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“

Christian Gross (Kandidat Gemeindewahl Amt Neuhaus) aus Amt Neuhaus

Jürgen Henke (Kandidat Kreistagswahl aus Adendorf, geb. 1958), bereits 1996 Kandidat für die UWL

Malte Holzer (Kandidat Kreistagswahl aus Amelinghausen, geb. 1965). Seit zwanzig Jahren für die NPD aktiv; verschiedenste Leitungsfunktionen in der NPD und Jungen Nationaldemokraten; heute Landesgeschäftsführer der NPD in Niedersachsen.

Niels Kandar (Kandidat Gemeindewahl Amt Neuhaus aus dem Amt Neuhaus) Mitglied im neofaschistischen „Kampfbund deutscher Sozialisten“ (KDS); „Gauführer“ des KDS in Mecklenburg; aktiv in der neofaschistischen Kameradschaft „Elbsturm“ (Boizenburg); Mitglied in der Kameradschaft „Nationale Sozialisten Neuhaus/Elbe“; enge Verbindungen zum Neonazi Führungskader und NPD-Mitglied Thomas Wulff; aktiv im Wahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Heike Kröncke (Kandidatin Kreistagswahl aus Reppentede, geb. 1972) Ehemaliges Mitglied der Republikaner; 2001 Kandidatin bei der Kommunalwahl für die Republikaner in Celle; im Juni 2002 Vorstandsmitglied der Republikaner in Celle; 2004 Beisitzerin im Kreisvorstand der Lüneburger Republikaner; 2005 Austritt aus den Republikanern; Mitglied im „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“

Peer-Gerhard Schubert (Kandidat Kreistagswahl aus Amelinghausen, geb. 1960): 1996 und 2001 Kandidat für die UWL

Holger Schwarz aus Wendisch-Evern (geb. 1969) Anmel-der des Neonazi-Aufmarsch am 13.06.1998 in Lüneburg; 2001 Kandidat für die UWL

Hans-Gerd Wiechmann (Kandidat Stadtrats- und Kreistagswahl aus Lüneburg, geb. 1949): In den 1970er Jahren Mitglied in der NPD; 1999 / 2000 Eintritt in die Republikaner; bis 2005 Kreisvorsitzender der Republikaner in Lüneburg; Frühjahr 2004 bis März 2005 Niedersächsischer Landesvorsitzender der Republikaner; März 2005 Austritt aus den Republikanern; Gründer des „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“; Kandidat für die NPD zur Bundestagswahl 2005; Dezember 2005 Eintritt in die NPD.

Hans-Adolf Wiechmann (Kandidat Stadtratswahl) Lüneburg Geb.: 1981 Sohn von Hans-Gerd Wiechmann Ehemaliges Mitglied der Republikaner Mitglied im „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“

10. September

Niedersächsische Kommunalwahl/Ergebnisse für die UWL:

Christian Berisha zieht mit 1,5 % der Stimmen in den Lüneburger Kreistag und Christian Groß mit 4,4 % in den Gemeinderat des Amtes Neuhaus ein. (antifa)

23. September

Am Sande findet ein „Tag der Reservisten“ statt, eine als eine Art Volksfest gestaltete Propagandachau für die Bundeswehr und die Kriegseinsätze Deutschlands. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion und CDU-Kreisvorsitzenden Bernd Althusmann. Am Info-Stand des örtlichen Reservistenverbands werden eindeutig extrem rechte Schriften zum Verteilen ausgelegt. Verfasser sind Gerd Schultze-Rhonhof, Gert Sudholt und Claus Nordbruch. In den Artikeln bestreiten die Autoren den Völkermord an den Herero in Namibia zwischen 1904 und 1908. Gerd Schultze-Rhonhof, Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und der „National Zeitung“ der DVU trat bei extrem rechten und neofaschistischen Gruppen als Redner auf. Gert Sudholt ist Verleger neofaschistischer Texte und langjähriger Vorsitzender der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“. Claus Nordbruch ist ein Autor, dessen Schriften bei extrem rechten Verlagen erscheinen z. B. bei „Nation & Europa“ und „Deutsche Stimme“ (NPD). Außerdem war er Mitglied der rassistischen Artgemeinschaft, die vom Rechtsanwalt Jürgen Rieger geleitet wurde, Anhänger der Apartheid, Referent beim rechtsextremistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika“ und der Neonazi-Kameradschaft „Fränkischer Heimatschutz“, dem „Thüringer Heimatschutz“, der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und zudem Interviewpartner des deutschsprachigen Skinhead-Fanzine „Blood & Honour“. Auch hält er enge Kontakte zum internationalen Netzwerk der Revisionisten und Holocaustleugner.

Die Lüneburger Reservistenkameradschaft distanziert sich von diesen Pamphleten und kann sich nicht erklären, wie diese auf ihren Info-Stand gelangt sind. (VVN-BdA/antifa)

Bundesweit in die Schlagzeilen gerät der Reservistenverband zwei Monate später, als am Volkstrauertag Vorstandsmitglieder des „Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr“ eine Gedenkfeier auf dem Berliner Garnisonsfriedhof moderiert haben, an der neben Soldaten auch NPD- und DVU-Vertreter sowie Nazi-Kameradschaften teilnahmen. Mitveranstalter war das Standortkommando Berlin der Bundeswehr. In den Ansprachen wurden ausdrücklich rechtsextreme Organisationen wie die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ und die SS-Veteranenvereinigung HIAG gewürdigt. Die Regierung bestreitet dies nicht, verweist aber darauf, der betreffende Oberstleutnant habe seine Ansprache nicht als Vizevorsitzender des Berliner Reservistenverbandes, sondern „als Vizepräsident des Ring Deutscher Soldatenverbände Berlin“ (RDS) gehalten. Deshalb sehe die Regierung „keine Veranlassung“, den Reservistenverband zu mehr Distanz gegenüber Rechtsextremen aufzufordern. ... Verwunderlich dabei ist, dass die Regierung ein halbes Jahr zuvor erklärt hatte: ‚Der Ring deutscher Soldatenverbände‘ hat sich zum 31.Dez selbst aufgelöst. Nachfolge- oder Ersatzaktivitäten sind nicht bekannt.“ (Drs. 16/1282).



Bei den Lüneburger Reservisten: Echte Freundschaft, starke Kameradschaft, Gottes Segen und Eintopfessen Am Sande



28. Oktober

Die Landeszeitung berichtet über einen bevorstehenden „Auslandseinsatz“ von 162 Lüneburger Soldaten, „davon etwa die Hälfte nach Afghanistan.“ Unmittelbar zuvor wurde bekannt, dass bei Luftangriffen in den beiden Bezirken Pandschwaji und Paschmul über 60 Bewohner getötet wurden. Darüber hinaus sorgt ein Vorkommnis für Aufsehen, welches einige Zeit zurück lag, aber erst jetzt öffentlich wurde: Regelmäßig werden nach Berichten der „Stuttgarter Nachrichten“ in Kabul von der Bundeswehr für Besucher aus Deutschland, etwa Politiker oder höhere Dienstgrade, „Stadtrundfahrten“ durchgeführt und dabei Gräber und Knochenfelder angefahren. Bei solchen Gelegenheiten posieren die Besucher für Fotoaufnahmen. Solche Aufnahmen, Totenschändungsfotos, gelangten an die Öffentlichkeit.



Die Landeszeitung betitelt ihren Artikel über die Abreise der Lüneburger Soldaten mit der Überschrift „Angst vor Anschlägen bei Aufklärern wegen Totenschädel-Skandal nicht allzu groß“ und schreibt: „In der Tat ist von Sorge oder gar Angst bei den fünf Aufklärern ... wenig zu spüren: ‚Ich freue mich auf den Einsatz‘, sagt ein Feldwebel...“ (LZ)

1. November

Die Landeszeitung berichtet unter der Überschrift „Marschbefehl für Oberst“ über die bevorstehende Abordnung des ranghöchsten Lüneburger Soldaten, G. Weblus, nach Bosnien-Herzegowina. Zwar habe er als VBK-Kommandeur in Lüneburg allherhand zu tun, aber, so Weblus, „Die Auslandseinsätze haben ganz klar Priorität, alles andere muss kompensiert werden.“ (LZ)

8. November

Der Lüneburger Neonazi Hans-Gerd Wiechmann unterzeichnet mit der NPD-Landesvorsitzenden Hamburg (Anja Lysk), den Landes- und Kreisvorsitzenden der NPD-Bremen sowie Adolf Damman von der niedersächsischen NPD eine Erklärung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Nord (ARGE Nord) der NPD zur gegenseitigen Unterstützung und Bündelung der Kräfte. (kueste.vvn-bda)

19. November

45 Personen aus dem rechten Spektrum, unter ihnen eine Reihe Lüneburger, nehmen an einer Rechtsaußen-Gedenkfeier am Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Lohheide/Bergen (LK Celle) teil. Organisiert wurde dieser Aufmarsch der Neonazis von Manfred Börm aus Handorf (Landkreis Lüneburg). Die Bundeswehr als Hausherr des Geländes gestattete den Neonazis, nach Abschluss der offiziellen Feier der Bundeswehr eine etwa 30-minütige Veranstaltung durchzuführen mit Niederlegen ihrer einschlägigen Gebinde sowie das Aufsagen „deutscher Gedichte.“ (antifa)

6. Dezember

Die 2. Kompanie des Lüneburger Logistik-Bataillons 3 grüßt aus dem Kosovo über die Landeszeitung. Ein original Lüneburger Ortseingangsschild soll „für die Soldaten eine Verbindung an die Ilmenau und in die Heide aufrecht halten.“ Einige Zeit später erhalten auch die „Afghanistan-Kämpfer“ ein solches Ortsschild zum Aufstellen am Hindukusch. (LZ)

16. Dezember

Der Lüneburger Neonazi Hans-Gerd Wiechmann lädt zur Weihnachtsfeier des „Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg“, zu der auch der hochrangige NPD-Kader Holger Apfel angekündigt wird. Diese Feier findet aber nicht statt, weil sich die internen Streitigkeiten innerhalb der NPD auf Landes- und Ortsebene fortgesetzt und verschärft haben. Das „Sozialpatriotische Bündnis Lüneburg“ (SPB) war Anfang Sommer 2005 angetreten, um die verschiedensten Spektren der neofaschistischen Szene im Landkreis Lüneburg zu vereinigen (ehemalige Mitglieder der „Republikaner“ und DVU) und für die Unterstützung der NPD zu gewinnen. Innerhalb der NPD wird Wichmann vorgeworfen, über diesen Weg einen Putschversuch zu starten. Das SPB zeigt zwar keine eigenständigen Aktivitäten, aber Wichmann tritt als deren „Vorsitzender“ bei diversen Naziaufmärschen oder NPD-Versammlungen auf. (antifa)

Quo vadis SPB?

Für den 16. Dezember 2006 lud Hans-Gerd Wiechmann zu einer Weihnachtsfeier des "Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg" ein. Für die Veranstaltung mit einem Essen für 12 Euro wurde als prominenter Gast der stellvertretende Bundesvorsitzende und MdL in Sachsen, Holger Apfel, angekündigt. Doch offensichtlich kam dieser Einladung niemand nach. Hans-Gerd Wiechmann verbrachte den Abend Zuhause.

Vor einem Jahr nahmen noch ca. 25 Neofaschisten an dieser weihnachtlichen Zusammenkunft in Reppenstedt teil. An der Veranstaltung am 17. Dezember 2005 nahmen damals die Mitglieder des Bundesvorstands der NPD, Peter Marx und Frank Rohleder, sowie der stellvertretende Vorsitzende der niedersächsischen NPD, Adolf Dammann, teil.

In diesem Jahr gelang es Hans-Gerd Wiechmann nicht seine Weihnachtsfeier durchzuführen und sein neofaschistisches Sammlungsbündnis scheint vor dem Aus zu stehen. Seit der letzten Weihnachtsfeier hat sich der lang andauernde Streit innerhalb der NPD auf Landes- und Ortsebene fortgesetzt und verschärft.

Wiechmann ist Anfang Sommer 2005 angetreten, die verschiedensten Spektren der neofaschistischen Szene im Landkreis Lüneburg zu vereinigen und somit die NPD als Partei zu unterstützen. In seinem "Sozialpatriotischen Bündnis" mischten zunächst ehemalige Mitglieder der Republikaner und DVU sowie einige wenige Mitglieder der regionalen NPD mit. Aktivitäten gingen von diesem Bündnis keine aus. Außer das Wiechmann als "Vorsitzender" des Bündnisses auf diversen Naziaufmärschen in Norddeutschland oder bei NPD-Versammlungen auftrat. Bis auf die Naziaufmärsche am 8. Oktober 2005 in Langwedel und am 28. Januar 2006 in Lüneburg, wo Wiechmann jeweils drei seiner Bündnismitglieder mobilisieren konnte, tauchte er immer allein bei den verschiedenen Naziveranstaltungen auf oder war in Begleitung Lüneburger NPD-Kader.

Spitzelvorwurf

Wiechmann war von Anfang an umstritten in der Lüneburger extremen Rechten. Schon im Jahr 2001 warf man ihm vor, ein Spitzel des Verfassungsschutzes zu sein. Mit Argwohn beobachteten die Lüneburger NPD-Funktionäre Christian Berisha, Manfred Börm und Malte Holzer die Aktivitäten und Sammlungsbemühungen von Wiechmann. Nachdem Wiechmann immer häufiger mit dem Hamburger Nazi-Aktivisten Christian Worch auftrat, gingen die Lüneburger NPD-Funktionäre weiter auf Distanz zu ihm. Christian Worch gilt als einer der Köpfe des Teils der Kameradschaftsszene, die der NPD ablehnend gegenüberstehen. Hinzu kommt die Angst, dass Wiechmann durch Intrigen und cholerische Ausfälle, den Unterbezirk Lüneburg und den Landesverband der NPD zum Zusammenbruch bringt. Ganz unbegründet ist diese Angst

nicht. Schon den Landesverband der Republikaner, dessen Vorsitzender Wiechmann bis März 2005 war, führte er in die Bedeutungslosigkeit. Auch dort war Wiechmann an internen Streitigkeiten maßgeblich beteiligt.

Putschversuch

Aktuell ist Wiechmann auch einem Putschversuch im niedersächsischen Landesverband der NPD beteiligt. Im Hinblick auf die niedersächsischen Landtagswahlen im Januar 2008 wächst der Widerstand gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld. Am 11. Dezember 2006 wurden dem NPD-Landesgeschäftsführer Malte Holzer (wohnhaft in Amelinghausen) eine mehrseitige Unterschriftenliste, auf der 67 Unterzeichner einen Sonderparteitag "zum Zwecke einer Vorstandsneuwahl" der NPD in Niedersachsen fordern. In einer Erklärung geben diese NPD-Mitglieder als Ziel die Abwahl Eigenfelds an, da unter dessen Führung die Gefahr bestehe, dass auch die zukünftige Wahl, "wie in der Vergangenheit geschehen", auf die "leichte Schulter" genommen werden könnte. Ziel der NPD-Rebellen ist es nach eigenen Angaben, bei der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen ein Ergebnis zu erzielen, "dass uns in die staatliche Parteienfinanzierung einbringt". Das ginge jedoch nur mit Wahlkampfunterstützung der Kameradschaften und die zeigten unter dem amtierenden Landesvorstand ihr Desinteresse. Christian Worch aus Hamburg spielt dabei die machtvolle Position der Freien Nationalisten aus. Er schreibt in einem Rundschreiben dazu: "Daher haben maßgebliche parteifreie Aktivisten aus Norddeutschland bereits erklärt, einen unter Leitung von Adolf Dammann stehenden Landesverband im Wahlkampf unterstützen zu wollen." Während das Interesse "im Falle der Fortdauer" von Eigenfeld "gegen null tendiert".

Wiechmann, der ein enger Vertrauter von Dammann und Worch ist, gilt als einer der Drahtzieher dieses Putschversuchs und erhofft sich sicherlich einen Vorstandsposten in Niedersachsen. Welche Position die Lüneburger NPD in dieser Auseinandersetzung einnimmt, bleibt abzuwarten. Eine herausragende Position von Wiechmann im Landesverband wird sie sicherlich nicht ohne weiteres hinnehmen.

Hans-Gerd Wiechmann gelang es bis jetzt nicht, sein "Sozialpatriotisches Bündnis" mit Leben zu füllen und irgendwelche Aktivitäten zu entfalten. Bislang ist dieses Bündnis nur ein Name auf dem Papier, mit dem Wiechmann hausieren geht. Während Wiechmann vor Ort keine größere Rolle in der extremen Rechten spielt, nehmen seine Aktivitäten auf Landesebene zu und sein Einfluss nimmt zu.

Dezember 2006
Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

24. Dezember

„Christfest am Hindukusch – Soldatenfamilien erleben Weihnachten ohne ihre Männer und Väter – Einsatz in Afghanistan“

Passend zum Weihnachtsfest berichtet die Landeszeitung unter diesem Titel über die „in der Heimat verbliebenen“ Lüneburger Familienangehörigen sowie über „58 nach Afghanistan eingeflogene Weihnachtsbäume und vom Verteidigungsminister spendierten Glühwein und Christstollen“. In einem Telefoninterview spricht die LZ mit dem Kommandeur des Lüneburger Aufklärungslehrbataillons, Oberstleutnant H. Stahlschmidt, in Afghanistan:

„Wie sieht der Dienst an Heiligabend für die Soldaten aus? - Die Soldaten aus Lüneburg werden morgen um zehn Uhr ein Weihnachtsantreten haben. Dabei werden auch zwei Leutnante befördert...

Wie ist die Stimmung in der Truppe, gerade jetzt vor den Feiertagen? - Die Soldatinnen und Soldaten machen hier einen prima Job...“ (LZ)

Dezember

Die Buchhandlung Am Markt wirbt wiederholt für Militarialiteratur in ihren Schaufenstern.



Dezember

Klaus-Dieter Hoffmann nimmt an der alljährlichen Mitgliederversammlung des „Fördervereins Ostpreußisches Landesmuseum - Hans-Ludwig Loeffke-Gedächtnisvereinigung e.V.“ im Brömse-Haus teil. Auf Einladung von Barbara Loeffke hält er einen Reisebericht von einer Reise nach Polen. (antifa)



2007

22. Januar

Bereits häufig wurde in den vergangenen Jahrzehnten von antifaschistischer Seite öffentlich kritisiert, dass der NSDAP-Gauleiter Otto Telschow noch immer Ehrenbürger der Stadt Lüneburg sei und die Aberkennung dieser „Würde“ gefordert. Nachdem Leser Jochen Gildhof in der LZ vom 22.1.2006 diesen Skandal abermals ansprach, versuchte die Stadtverwaltung wieder zunächst, dieses Problem als obsolet darzustellen, indem Stadtpressesprecherin Suzanne Moenck erklärt, dass „ein Ehrenbürgerrecht mit dem Tode des Geehrten erlösche. Eine nachträgliche Entziehung dieses Rechts ergäbe also keinen Sinn.“ Wohl weil mit dieser Argumentation auch die Ehrenbürgerwürde des von Hindenburg und anderer Rechtsaußen-Figuren in Gefahr stand aberkannt zu werden und dieser Skandal bereits ein bundesweites Medienecho fand, „distanzierte sich der Rat der Stadt Lüneburg“ auf seiner Sitzung am 20. April (!) von der 1937 erfolgten Verleihung der Ehrenbürgerschaft für den NS-Gauleiter Otto Telschow. Einen Ergänzungsantrag der Partei „Die Grünen“ lehnte die Mehrheit aus CDU, SPD und FDP jedoch ab. Die Grünen forderten darin, dass die Verwaltung alle Beschlüsse des undemokratischen Rates aus der NS-Zeit daraufhin überprüfen solle, welche Auswirkungen sie noch heute haben. Außerdem solle „die Möglichkeit einer Ausstellung zur Betrachtung des Wirkens des Gauleiters Otto Telschow in Lüneburg“ geprüft werden. Eckhard Neubauer (SPD) erklärte, dass seine Fraktion eine solche Ausstellung ablehne, „weil wir keine Pilgerstätte für Ewiggestrige sein wollen“. Auch CDU-Fraktionsführer Scharf sah keinen Anlass zur Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit der Stadtverwaltung und beschrieb den NS-Gauleiter (Otto Telschow war Stellvertreter Hitlers im Gau Ost-Hannover) verharmlosend „als den trinkfreudigen Schürzenjäger ‚König Otto‘ ..., letztlich als einen untergeordneter Handlanger.“ (LZ)

10. Februar

Als Redner auf einer Kundgebung der NPD und der „Freien Kameradschaften“ vor 34 Neonazis in der Bergedorfer Fußgängerzone wird für diesen Tag der Lüneburger Hans-Gerd Wiechmann angekündigt, der dort gegen den Bau einer Moschee agitieren will. Anmelder dieser rassistischen Veranstaltung ist Matthias Faust, ehemaliger „Republikaner“, seit einiger Zeit in der NPD. Anwesend waren

u. a. Christian Worch, Adolf Dammann und die ausgebootete Ex-NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk. (indymedia)

4. März

Eine Gruppe der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) besucht das „Deutsche Salzmuseum“ in Lüneburg. Die 17köpfige Gruppe besteht vor allem aus Kindern und Jugendlichen. Angeführt werden sie von zwei jungen Erwachsenen.

Um 13.30 Uhr tauchen sie vor dem Deutschen Salzmuseum auf als angemeldete Besuchergruppe für eine Führung durch das Museum. Während eine Gruppe zu Fuß zum Museum gelangte, wurden fünf Kinder mit einem VW-Bus zum Museum gefahren. Dieser VW-Bus gehört dem Nazi-Funktionär und stellvertretenden niedersächsischen Landesvorsitzenden der NPD, Manfred Börm aus Handorf.

Die Gruppe setzte sich aus Kindern und Jugendlichen aus den Landkreisen Harburg-Land (Winsen-Luhe) und Lüneburg zusammen. (antifa)

„Die "Heimattreue Deutsche Jugend e. V." entstand spätestens im Jahr 2000 aus der Gruppe "Die Heimattreuen Jugend e. V." (DHJ). Letztere wurde 1990 als radikale Abspaltung des "Bundes Heimattreuer Jugend. Der Freibund e. V." gegründet.

Die HDJ ist eine neonazistische Jugendorganisation, die den "Gedanken der Volksgemeinschaft im Kleinen" vorleben will. Auf der Basis einer "heimat- und volkstreuen Weltanschauung" werden Kinder ab sechs Jahre sowohl geistig als auch militärisch - z.B. durch Geländespiele - ausgebildet. Als inhaltlicher Bezugspunkt dient dabei der Nationalsozialismus, dessen Ideologieelemente sich wie ein roter Faden durch die Aktivitäten der HDJ ziehen.

Die Bedeutung der HDJ liegt in der konsequenten Ausbildung von Kindern und Jugendlichen für die neonazistische Szene. Ein Bereich, in dem es seit dem Verbot der Wiking Jugend keine bundesweit relevanten Strukturen mehr gibt.

Enge Verbindungen hält die HDJ zu verschiedensten neonazistischen Organisationen. Viele ältere Funktionäre sind auch Mitglied in der NPD.

Die HDJ versucht, wie die 1994 verbotene "Wiking Jugend" zuvor, die Tradition der nazistischen Jugendorganisationen und der HJ wieder aufzunehmen. Um einem möglichen Verbot vorzubeugen,

bezieht sich die HDJ bewusst nicht auf die WJ. Dabei gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten: Wie die "Wiking Jugend" richtet sich die HDJ vor allem an Eltern aus der extremen Rechten, die ihre Kinder nach nationalsozialistischen Prinzipien erziehen wollen. Und auch im Bereich Strukturen und Personen befinden sich Kontinuitäten zur WJ.

Mit der HDJ hat die extreme Rechte wieder eine Organisation, in der sie ihren Nachwuchs ideologisch schulen und im Sinne des Nationalsozialismus erziehen kann. Noch heute ist festzustellen, dass die Wiking Jugend es geschafft hat, viele Funktionäre und Kader für die extremen Rechte hervorzubringen. Gerade das belegt die Bedeutung einer Jugendorganisation wie der HDJ für die organisierte extreme Rechte.

In Lüneburg ist die Familie Börm aus Handorf in der HDJ organisiert. Manfred Börm war bis zum Verbot der Wiking Jugend, ihr "Gauführer" in Norddeutschland. Neben Familie Börm gehört auch der Lüneburger Kreistagsabgeordnete der UWL-Bündnis Rechte, Christian Berisha, der HDJ an." (antifa)

5. April

Der „Club von Lüneburg“, ein Verein einflussreicher Herren des Ortes mit Jens Petersen an der Spitze, lädt Herrn Hans D. Barbier (Vorstandsvorsitzender der „Ludwig-Erhard-Stiftung“) ein zum Vortrag vor etwa einhundert Mitgliedern. Barbier kritisiert ausbleibende „Reformen“ („Unsäglich zögernd wird seit zwei Jahren über die Rente mit 67 gesprochen.“) und die „Ausbeutung kollektiver Solidaritätstaten“ etwa durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gleich vom ersten Tag an oder durch die Einrichtung von Krippenplätzen: „Kollektiv werden Krippenplätze finanziert für Doppelverdiener-Eltern, die ihre Kinder auf Staatskosten in Krippen unterbringen können, damit beide ihren Beruf weiter ausüben und entsprechend Geld verdienen können.“ (LZ)

Club-Vorsitzender Jens Petersen ist beruflich tätig als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg.

27. April

Im ganzseitigen „Interview der Woche“ befragt LZ-Reporter K. Jeschke den Vizeadmiral a. D. Feldt (bis 2006 Inspekteur der Bundesmarine) unter der Überschrift „Afghanistan-Mission ist alternativlos“ mit dem Untertitel „Ein solidarischer Beitrag gegenüber Washington und London“. (LZ)

30. April

Es wird bekannt, dass Beamte des Landeskriminalamtes und des niedersächsischen Verfassungsschutzes „unauffällige“ Lüneburger Jugendliche aushorchen und zur Observation und zum Ausspionierung „der antifaschistische Szene“ anzustiften versuchen – allerdings erfolglos. (antifa)

3. Mai

Die Landeszeitung berichtet über die wohlbehaltene Rückkehr Lüneburger Soldaten aus Afghanistan und interviewt den Stabsoffizier Henning Stahl Schmidt: „Wir haben das Vertrauen der Menschen noch nie enttäuscht. ... Die Bundeswehr hatte in den vergangenen fünf Jahren noch nicht einen einzigen unrechtmäßigen Waffeneinsatz.“(LZ)

3. Mai

Der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) und das sog. „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“ (FhWO) laden für den 3. Mai 2007 zu einem „Heimatsnachmittag“ ins Restaurant im Sportzentrum Adendorf ein. Bei dem FhWO handelt es sich um eine eindeutig neofaschistische Organisation um den langjährigen NPD-Funktionär Klaus-Dieter Hofmann aus Bad Bevensen. Neben der „Volkstanzgruppe Rotkäppchen“ wollen die „Landsmannschaften Ost- und Westpreußen“ sowie der Schlesier heimatliche Vorträge darbieten. Nach öffentlichen Protesten wird diese Veranstaltung abgesagt. (Die Kreisboten/antifa)

2. Juni

Nachdem ein zentraler Aufmarsch von Neonazis aus dem gesamten norddeutschen Raum in Schwering verboten wurde, weichen die Anhänger der NPD und der parteiungebundenen Kameradschaften auf andere Städte aus, u. a. nach Lüneburg, um hier eine „Spontandemo“ zu veranstalten. Etwa 350 Neonazis marschieren durch Lüneburgs Innenstadt. Unter ihnen: Ulrich Eigenfeld (Landesvorsitzender der NPD Niedersachsen), Andreas Molau (stellv. Landesvorsitzender der NPD Niedersachsen), Horst Görmann (Landesvorsitzender der NPD Bremen), Thorsten Heise (Mitglied im Bundesvorstand der NPD), Adolf Dammann (NPD Funktionär aus Buxtehude), Dieter Riefling (Führungsaktivist der niedersächsischen Kameradschaftsszene) und die Hamburger Neonazis Christian Worch, Steffen Holthusen und Alexander Hohensee.

Dabei werden Passanten/-innen am Wegesrand angepöbelt, fotografiert und mindestens zwei

Menschen geschlagen. Einer jungen Frau wird ihr Fotoapparat von der Polizei abgenommen, nachdem sie den Naziaufmarsch fotografiert hatte. Neben vielen Menschen, die immer wieder gegen die Neonazis protestieren, stellt sich auch der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge den Neonazis in den Weg und fordert sie auf, die Stadt umgehend zu verlassen.

Etwa 100 Neonazis wurden im Anschluss an ihren Aufzug in Gewahrsam genommen. (LZ)

Rechte erwischen die Stadt kalt

Neonazis ziehen grölend durch Straßen – Bürger entsetzt



Mit den Rechten hat Sonnabend in Lüneburg keiner gerechnet. Auf dem Platz Am Sande hatten sie unbedeutend eine Kundgebung ab. Die Polizei fordert Verstärkung an, greift später durch. Foto: LWZ



5. Juni

Die NPD kündigt eine „Aufklärungskampagne“ unter dem Slogan „Polizeiwillkür gegen friedliche nationale Demonstranten“ (Bezug nehmend auf ihren Aufmarsch am 2.6.) an, wozu 5000 Flugblätter in Lüneburg verteilt werden und zusätzlich ein Informationsstand in der Lüneburger Innenstadt durchgeführt werden soll. Lüneburg soll „NPD-Aktionsstandort“ werden. (antifa)

9. Juni

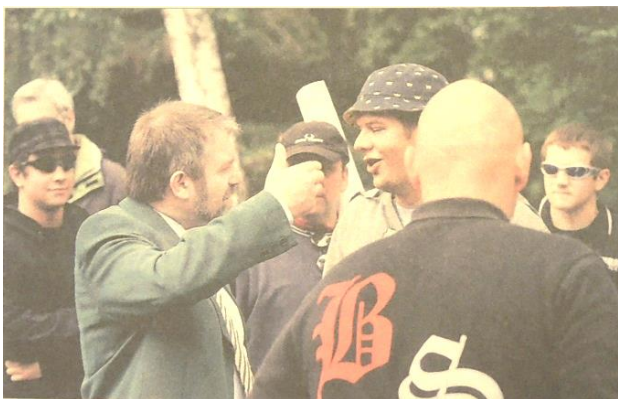
Ein für diesen Tag angekündigter Naziaufmarsch in Lüneburg ist vom Anmelder abgesagt worden. Unter dem Motto „Nationale und soziale Alternativen setzen“ hatte Silvio Reinhold Kruk aus Frankfurt/M. diesen Aufmarsch angemeldet. Kruk firmiert unter dem Namen „Nationale Bewegung Deutschland“. Der öffentlichen Absage in einem NPD-nahen Internetforum war ein heftiger Streit in Neonazikreisen vorhergegangen. Kruk ist in seinen Nazistrukturen isoliert und es gab massive Kritik am Auftreten und den Plänen von Kruk, weshalb seine Unterstützer aus Hamburg und Lüneburg von diesem Vorhaben abgesprungen sind. Der angekündigte Veranstaltungsleiter Matthias Faust aus Hamburg und das Lüneburger NPD-Mitglied Hans-Gerd Wiechmann distanzieren sich öffentlich. Im Gegenzug hat der Lüneburger kündigte Gerd Wiechmann seinerseits eine „öffentliche Veranstaltung“ in Lüneburg an. (antifa)



Polizeichef Hans-Jürgen Felgentreu fordert vergebens den Rechten Christian Worch und seine Mitstreiter auf, die Stadt zu verlassen. Die Rechten sollen den Polizeichef und zwei Kollegen verletzt haben.

24. Juni

Als Gegenaktion zu einem vom NPD-Landesvorsitzender Andreas Molau angemeldeten Aufmarsch (den er allerdings wieder absagen musste) veranstaltet das Lüneburger Bündnis ein antifaschistisches



sches „Fest für Demokratie“ auf dem Platz Am Sande. Die örtliche CDU wusste nichts zum Kampf gegen Nazis zu sagen, sondern sammelte Unterschriften für ihre Forderung, dass die Kriminalpolizei eine gesonderte „Autonomenkartei“ anlegen solle, damit gegen diese unterschiedslos als Straftäter deklarierten Personen effektiv vorgegangen werden könne unter dem Slogan „Autonomenkartei sofort“. Als viele Lüneburger Bürger/-innen, die für sich selbst ein selbstbestimmtes und autonomes Leben zu führen deklarieren, sich in diese „Autonomenkartei“ direkt eintragen wollten, bauten die Konservativen ihren Stand wieder ab.



29. Juni

Die Parteien „Die Grünen“ und „Die Linken“ fordern im Rat der Stadt die Abschaffung des diskriminierenden Gutscheinsystems für die Asylbewerber und stattdessen eine Auszahlung von Bargeld für deren Lebensunterhalt. Die Wertgutscheinpraxis sei diskriminierend, bedeute für die Betroffenen eine Bevormundung und Stigmatisierung. „Flüchtlinge berichten von offenen Anfeindungen bei Gutscheingegebrauch. Außerdem sei es unmöglich mit 40 Euro anfallende Kosten für den Lebensunterhalt zu begleichen.“(LZ v. 19.4.2013)

Die Mehrheitsparteien lehnen dieses Ansinnen ab. Birte Schellmann (FDP) weist während der Debatte

darauf hin, dass vor Einführung der Wertgutscheine die Männer das Bargeld vertranken, weshalb die Frauen betteln geben mussten. (LZ)

6. Juli

Der sozialdemokratische Informationsdienst „blick nach rechts“ berichtet in seiner Ausgabe Nr. 14/2007 über den bundesweiten Ordnerdienst der NPD und weist darauf hin, dass diese von Manfred Börm aus Handorf geführte Ordner-Truppe als "militant und unberechenbar" gilt. (bnr)

14. Juli

Nachdem NPD-Landesvorständler Andreas Molau bereits für den 24. Juni einen Aufmarsch beantragt hatte, diesen aber wieder absagen musste, veranstalteten knapp 180 Neonazis eine Demonstration unter dem Motto „Keine Demonstrationsverbote. Meinungsfreiheit erkämpfen“. Anmelder des Aufzugs ist der bekannte Neonazi Christian Worch, unterstützt wurde er von den „Freien Kräften“ und der niedersächsischen NPD.



Mit Fahnen und dumpfen Parolen zogen 160 Rechtsextremisten durch den Osten der Stadt. Rund 1700 Polizisten sowie mehrere Hundertschaften der Bundespolizei begleiteten den Umzug und verhinderten Übergriffe.

Ein geplanter antifaschistischer Demonstrationszug aus diesem Anlass vom Scunthorpepark zum Lambertiplatz wird zuvor von der Stadtverwaltung verboten. Der CDU-Kreisverband plädiert zudem dafür, das Lüneburger Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus zu einem Netzwerk gegen Extremismus umzuwandeln. Der Kreisvorsitzende Bernd Althusmann fordert in einem

Schreiben an das „Bündnis ...“ diese Umbenennung, weil auch „sogenannte linksautonome Gruppen eine reale Gefahr für die Demokratie darstellen“ würden. Die CDU Lüneburg erwarte, „dass linksautonome Gruppen oder aber auch die Antifa Lüneburg keine Gelegenheit erhalten, sich unter dem Deckmantel einer angeblichen Demokratiefreundlichkeit zu verstecken“. Das Ansinnen der Konservativen wird abgelehnt. (LZ)

16. Juli

Auf einer ganzen Zeitungsseite veröffentlicht die Landeszeitung ein Interview mit dem Historiker und Politikwissenschaftler Dr. Thomas Speckmann über „Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Auch in diesem Interview findet die Meinung der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung, die den Afghanistan-Krieg ablehnt, kein Gehör. Während des ganzen Jahres 2007 erscheint in der örtlichen Presse nicht ein einziger Artikel, der sich kritisch mit der Rolle der Bundeswehr auseinandersetzt. Stattdessen, als kleine Auswahl neben der hier für das Jahr 2007 unter einem Datum beschriebenen Propaganda der Landeszeitung: am 5. Februar „Ein Soldat für alle Fälle. Oberstabsfeldwebel betreut Bundeswehr-Familien“; am 3. Mai „Soldaten kehren gesund heim. Lüneburger Aufklärer haben Missionen in Krisengebieten Afghanistans und auf dem Balkan erfüllt“; am 16. Mai „Karriere bei der Truppe. Infoveranstaltung der Bundeswehr bei der Agentur für Arbeit“; am 24. Mai „Sie wollten nur helfen. Bewegende Trauerfeier für in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten“; am 23. Juni „SPD-Bundestagsabgeordnete Hedi Wegener aus Kirchgellersen besucht deutsche Soldaten in Afghanistan“; am 14. Juli „Aufklärer erobern den Himmel. Lüneburger Bataillon wird mit der modernsten Drohne ausgerüstet“; am 30. August „Fahne wieder bei der Truppe. Bundeswehr erhält Landkreisbanner“; am 8. November „Gruß vom Einsatz. Lüneburger Soldaten berichten von Aufgabe im Kosovo“. (LZ)

21. Juli

In der Bardowicker Domschänke findet ein konspiratives Treffen statt mit Personen aus dem Neonazi-Milieu aus den Landkreisen Lüneburg, Celle, Soltau-Fallingbostal, aus Bad Oldesloe und aus Hamburg und Hannover, insgesamt etwa 25 Personen. Diese Zusammenkunft dient auch dazu, verschiedene Vertreter von extrem rechten Kleinstgruppchen an einen Tisch zu bekommen und eine gemeinsame Handlungsstrategie zu entwickeln. Es

waren u. a. Christian Perbandt von „Pro Hannover“, Peter Lauer vom ehemaligen „Nationalen Bündnis Region Hannover“, Wilhelm Köhler vom SPB Celle und Matthias Behrens von der Neonazi-Kameradschaft „Snevern Jungs“ aus Schneverdingen anwesend. Außerdem waren Stefan Bliesmer (ehemals FAP, heute SPB Lüneburg) aus Bardowick, Jörg Böttcher („Republikaner“) aus Hannover, Benjamin Schnelle (NPD) aus Radbruch und Matthias Faust (ehemals „Republikaner“, heute NPD) aus Hamburg zugegen. (antifa)

10. August

Im „Gasthaus Reppenstedt“ trifft sich der „Stammtisch Nord“ mit Andreas Molau aus Denkte, dem Spitzenkandidaten der niedersächsischen NPD, um die kommende Landtagswahl der Neonazis vorzubereiten. Der „Stammtisch Nord“ ist ein Koordinationstreffen der militanten neonazistischen Kameradschaften aus Niedersachsen, Hamburg und der Altmark (Sachsen-Anhalt). Bei diesen konspirativen Treffen tauschen sich die Führungsaktivisten der Neonaziszene aus Norddeutschland aus und treffen Absprachen für ihre Arbeit. Etwa 35 Personen nehmen an dem Reppenstedter Treffen teil aus den Landkreisen Celle, Hildesheim, Winsen-Luhe, Soltau-Fallingbostal, Ludwigslust, Salzwedel, Uelzen und Lüneburg, u.a. der Hamburger Neonazi Torben Klebe („Blood & Honour“), Andreas Nickel aus der Altmark („RechtsRock“-Konzert-Organisator), Thomas Wulff aus Amholz (NPD-Bundesvorstand), Dieter Riefeling aus Hildesheim, Matthias Behrens aus Schneverdingen, sowie Klaus Hellmund und Dennis Bühring aus Celle.

Hellmund gilt einem Bericht der Celleschen Zeitung zufolge als „Anführer der Kameradschaft 73. Er verbüßte von Juli 2004 bis Dezember 2005 eine Gefängnisstrafe, weil er bei einem Skinhead-Konzert mit einer Holzlatte auf einen Polizisten losgegangen war.“ Auch Bühring kommt aus Celle, trat als Redner auf einer Demo von Neo-Nazis auf. Die „73“ orientiert sich an der Kennzeichnung der SA-Einheit in der Nazizeit. Behrens leitet die rechtsextremen „Snevern Jungs“ in Schneverdingen und Dieter Riefeling ist der „Lautsprecher“ der Neonazis, er hat mehrfach in Lüneburg gesprochen. Der Hildesheimer träumt von einer Auferstehung des „Dritten Reiches“. (LZ v. 3.5.2008)

Die Veranstaltung war der Polizei zunächst nicht bekannt. Erst als ein Journalist sich bei der Polizei erkundigte, schickte die Lüneburger Polizei einen

Wagen nach Reppenstedt. Die beiden Beamten notierten nur einige Autokennzeichen und verließen ohne weitergehende Ermittlungen den Ort. (antifa)

16. August

Drei Antifaschisten/-innen entfernen in Vögelsen Naziaufkleber, als der Neonazi Christian Sternberg in Begleitung einer weiteren Person dort auftaucht. Die Neonazis verfolgten die drei Antifaschisten/-innen in einem PKW und lotsten drei weitere Neonazis dorthin. Einer der drei Neonazis versuchte die Antifaschisten/-innen anzugreifen, die aber den Ort des Geschehens verließen, bevor es zu einer Auseinandersetzung kam. (LZ/antifa)

17. August

Zahlreiche Plakate und Aufkleber, die aus Anlass des 20. Todestages des bedeutenden Nazi-Führers Rudolf Heß diesen verherrlichen, werden in den Randgemeinden (mit Schwerpunkt in Vögelsen) und in der Innenstadt aufgefunden. In Vögelsen werden darüber hinaus Wahlkampfzeitungen der NPD plakatiert, in der Lüneburger Innenstadt auch NPD-Flugblätter in Briefkästen gesteckt. (LZ)



(Neonazis beim »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« 2005 in Wunsiedel. (Bild: attenzione-photo.com))

25. August

Die Landeszeitung berichtet, dass Bürgermeister Heinz Fricke aus Vögelsen hunderte von Neonazi-Aufklebern an Straßenlaternen und Bushäuschen habe entfernen lassen. „Vor rund drei Jahren sei ein sich zum Rechtsextremismus bekennender junger Mann nach Vögelsen gezogen. Und der habe drei bis vier Gleichgesinnte gefunden, sagte Fricke.“(LZ)

25. August

Der 16-jährige Schüler Felix Sagawe gewinnt bei der LZ-Kinderaktion Fresh!: „Ein Tag auf einem Minenjagdboot der deutschen Marine. Er wird von der Bundeswehr zu Hause abgeholt und für einen Tag mit Übernachtung nach Kiel gebracht. Endstatement des Schülers: ‚Das ist interessant, eine tolle Erfahrung ... Das würde ich gerne nochmal machen‘.“(LZ)



Einen Tag an Bord des Minenjagdbootes „M 1099 Herten“ des 3. Minensuchgeschwaders der deutschen Marine verbrachte der Lüneburger Felix Sagawe. Hauptbootsmann Olaf Radke (Kleines Bild) begleitete den 16-Jährigen auf dem Marinestützpunkt in Kiel. Fotos: dth

6. September

Wieder werden des Nachts Flugblätter der NPD in Vögelsen heimlich in die Briefkästen der Anwohner gesteckt. Bewohner beobachten immer häufiger auswärtige Skinheads in ihrem typischen Outfit im Ort. (VVN-BdA)

7. September

Nachdem der Lüneburger „vive!verlag“ mit dem Buch „Schätzchen und Frauchen“ ein Heftchen vorlegte, indem in überaus anheimelnd-romantische Art „das Tagebuch einer verbotenen Liebe“ vorgelegt wurde, eine kitschige Liebesromanze eines verheirateten SS-Verwaltungsoffiziers mit einer Sekretärin, bringt dieser Verlag ein zweites Buch heraus: „Kabul, ich komme wieder“ von Boris Barschow, Chefredakteur der NATO-Zeitung „Stimme der Freiheit“.

12. September

Leser(-innen)briefe in der Landeszeitung beschwerten sich über die Entlassung von Eva Herman beim NDR, nachdem sie als Unterstützerin der Familienpolitik der Nationalsozialisten aufgetreten war (und sich anschließend nicht davon distanziert hat)

und fordern eine Meinungs- und Veröffentlichungsfreiheit für ihre „nicht grundsätzlich falschen“ Ansichten, die lediglich die „klassische Familien-Werte gut heißen“ habe. Herr Richard Hirschfeld beschwert sich in diesem Zusammenhang darüber, dass Eva Hermann bestimmte Wahrheiten über den Nationalsozialismus nicht aussprechen dürfe, ohne Restriktionen befürchten zu müssen, weil sie eine prominente Persönlichkeit sei. Eva Hermann würden ausgesprochene Wahrheiten zum Verhängnis, die seine Großmutter problemlos äußern dürfe, nämlich: „Damals konnte man sein Fahrrad abends vor die Tür stellen, es war am nächsten Morgen noch da.“ Herrn Hirschfeld sei ein Blick in die „Lüneburgschen Anzeigen“ ab 1933 geraten, dort auf die Berichte der Lüneburger Polizei und des Gerichts über Fahrraddiebstähle. (LZ)

*** Wieder ein Fahrrad gestohlen.** Aus der Spangenbergstraße wurde ein älteres Herrenfahrrad, dessen Marke und Nummer unbekannt sind, gestohlen.

**Vor dem Lüneburger Gericht.
Zuchthaus für Fahrraddiebstahl.**

Lüneburgsche Anzeigen v. 2.11.1933 und 8.1.1937

12. September

Herr Gerhard Hoene aus Adendorf (CDU-Vorstand, Mitglied im Rat und Gemeindevorstand von Adendorf) beschwert sich mittels eines Leserbriefs im „Kreisboten“ über den Wortlaut einer Veranstaltungsankündigung von VVN-BdA und der Gewerkschaft ver.di zum Antikriegstag:

„Bitte prüfen Sie, wenn Sie Hinweise auf Veranstaltungen bekommen, ob eine entstellende Propaganda mit der Tendenz Ihres Blattes vereinbar ist, damit Sie nicht im Informationsteil fremde Meinungsmache betreiben...Die Wehrmacht als faschistische Armee zu bezeichnen, ist bisher nur Sozialisten vorbehalten gewesen. ... War denn jede Organisation in Deutschland während der Nazidiktatur faschistisch, (auch etwa) die Reichsbahn ...?“ (Die Kreisboten)

Herrn Hoene sei zur Lektüre empfohlen: Gottwaldt/Schulle, „Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt“ – Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945, Teetz 2007

13. September

Der Abgeordnete von „UWL/Bündnis Rechte“ im Lüneburger Kreistag, Berisha, stellt an den Landrat Manfred Nahrstedt eine Anfrage, ob die Lüneburger VVN-BdA, die „Antifa Lüneburg/Uelzen“ oder das „Infocafe Anna und Arthur“ mit öffentlichen Mitteln des Landkreises gefördert werden und ob an „diese Organisationen sog. 1.- bzw. 2.- Euro-Kräften von der Arge vermittelt wurden.“ Die Fragen wurden verneint. Für antifaschistische Aktivitäten gibt der Landkreis kein Geld aus. (VVN-BdA)

29. September

Die Landeszeitung berichtet über ein „KarriereTreff Bundeswehr“ auf dem Marktplatz der Stadt, eine große Werbeveranstaltung der Bundeswehr. Mittels „Karriere-Trucks“, Live-Musik, Wehrberatern, Waffensystemen, Spiel und Spannung zieht die Bundeswehr durch die Republik, um Nachwuchs für die Bundeswehr zu rekrutieren und Kriegsbegeisterung zu schaffen. „Zudem sorgten sogenannte Segways ... sowie das Bundeswehr-Quiz "Auf Zack!" für Unterhaltung. Allein Donnerstag tummelten sich neun Schulklassen in den Info-Mobilen.



Nicht nur die Männer interessieren sich für die Bundeswehr, auch Frauen informierten sich auf dem Marktplatz: Oberfeldwebel Lars Pomorin zeigt den 13-jährigen Schülerinnen Kenya Westphal (M.) und Sabrina Pfitzner einen Spähwagen – den so genannten Fennek. F.: be

Nicht nur Fürsprecher der Bundeswehr kamen: Eine Gruppe platzierte sich vorm Rathaus, die Schüler demonstrierten mit Plakaten: „Keine Ausbildung zum Krieg“. Auch im Rat der Stadt am Donnerstag kam eine kritische Anfrage der Linkspartei. Oberbürgermeister [sic] Ulrich Mädge dazu: „Solange ich Oberbürgermeister bin, gehört die Bundeswehr in die Mitte der Stadt.“ (LZ)

6. Oktober

Zwischen einer Pressekonferenz und einem Festakt im Rathaus, die aus Anlass der Bekanntgabe des Konzepts „Nationaler Integrationsplan und nachholende Integrationspolitik“ durch den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann veranstaltet werden, wird der Innenminister von der Lüneburger Ausländerbeauftragten Jacqueline Wolf angesprochen. Neben ihr steht eine „Ausländerin“, die gegen ihren Willen wieder in ihr Herkunftsland verbracht werden soll. Es handelt sich um eine jüdische Frau aus Russland, die seit acht Jahren in Deutschland lebt, deren Sohn die siebte Klasse des Lüneburger Gymnasiums besucht (und nebenher Niedersachsenmeister im Ringen wurde) und deren Tochter in Lüneburg geboren wurde. Ihr Problem: Vor drei Jahren wurde sie wegen eines Parfümdiebstahls (den sie aber nach eigenen Angaben nicht begangen habe) von einem Gericht zu 90 Tagessätzen verurteilt. Nun soll sie als „kriminelle Ausländerin“ abgeschoben werden. Die Landeszeitung betitelt in ihrer Artikelüberschrift die Reaktion des Innenministers: „Da bin ich als Minister machtlos.“ Schünemann, so berichtet die LZ, macht „deutlich, dass die Chance der Frau, mit ihrem Kindern in Deutschland bleiben zu dürfen, wohl gleich null sei.“

Diese Reaktion zeigt deutlich die Politik der Konservativen und einen institutionellen Rassismus auf: Als Funktionär der konservativen Partei agitierte er zunächst wie seine örtlichen Parteifreunde Althausmann und Kaidas für die Forderung „Kriminelle Ausländer werden sofort des Landes verwiesen“ (siehe unten, LZ v. 17.1.2003), setzte diese Forderung dann mit Seinesgleichen im Parlament um und „versteckt“ sich nun hinter diesen gesetzlichen Bestimmung, die er zu befolgen habe, wenn er keinen Rechtsbruch begehen wolle: „Da bin ich als Minister machtlos.“ (LZ)

8. Oktober

Der ehemalige Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof wird im Rahmen der Mitgliederversammlung des „Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum. Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ für einen Vortrag am 20. Oktober im Brömse-Haus (Besitzer ist die „Carl-Schirren-Gesellschaft“) in Lüneburg angekündigt. Barbara Loeffke, Vorsitzende des Förderkreises, hat den ehemaligen hochrangigen Bundeswehr-Militär eingeladen. Schultze-Rhonhof tritt vornehmlich in Rechtsaußen-Kreisen auf und stellt dort sein Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ vor, in dem er die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg in Frage stellt. Polen hätte durch die Annahme von Verhandlungsangeboten seitens des Deutschen Reiches den Überfall auf seinen Staat verhindern können und Deutschland sei praktisch zur Kriegsführung gezwungen gewesen. Selbst konservative Geschichtswissenschaftler kritisieren diese Sichtweise als völlig abwegig: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung gab ihrer Buchbesprechung den Untertitel: „Abstrus zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges.“

Nach verschiedenen öffentlichen Protesten gegen diese Veranstaltung intervenierte auch Lüneburgs Oberbürgermeister bei der „Carl-Schirren-Gesellschaft“, allerdings erfolglos. Axel Freiherr von Campenhausen, Vorsitzender der „Carl-Schirren-Gesellschaft“, beruft sich auf die Meinungsfreiheit: „Aber dass jemand etwas Historisches infrage stellt, scheint mir nicht bedenklich. ... Und wer sind diese Leute, die sich jetzt als Zensoren aufspielen? Dazu hat sie niemand gewählt.“ (LZ v. 8.10) Barbara Loeffke warnt vor linkem Terror: „Die Veranstaltung ist nicht öffentlich. Die Linke hat immer Bedenken, und wir können uns nicht terrorisieren lassen.“ (LZ v. 10.10.)

Am 13. Oktober meldet das „Ostpreußenblatt“ der „Landmannschaft Ostpreußen“: „Die für Sonn-

Wir sorgen für Sicherheit. Besser.

Bernd Althausmann

Jens Kaidas

- 1000 zusätzliche Polizisten in den nächsten 4 Jahren
- Sauberkeit und öffentliche Ordnung konsequent durchsetzen
- besserer Schutz vor Sexualstraftätern
- mehr Opferschutz statt Täterschutz
- keine Entkriminalisierung von Ladendiebstahl oder Graffiti
- kriminelle Ausländer werden sofort des Landes verwiesen und sollen ihre Haftstrafe im Herkunftsland verbüßen
- präventive Bekämpfung von Jugendkriminalität
- Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes

Besser-Notline (01805) 02 02 2003
(120 pro Minute)

Ihre CDU-Landtagskandidaten für den 2. Februar 2003

Besser. **CDU**

abend, 20. Oktober, vorgesehene Mitgliederversammlung des „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ mit anschließender Vortragsveranstaltung (Referent: Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof) muß leider ausfallen."

Im Nachgang kritisiert Prof. Dr. Jürgen Kreft am 27. Oktober in der Landeszeitung, dass Oberbürgermeister Mäde die „Carl-Schirren-Gesellschaft“ unter Druck gesetzt habe, so dass diese die umstrittene Veranstaltung mit General a. D. Schultze-Rhonhof im „Brömsehaus“ absagen musste: „Angeblich um der Außendarstellung Lüneburgs willen schwingt sich ein Oberbürgermeister zum Oberzensor auf, ohne zu begreifen, dass gerade sein undemokratisches Handeln geeignet ist, den Ruf der Universitätsstadt Lüneburg zu beschädigen.“(LZ)

10. Oktober

Für den 13.10. lädt der „Zollernkreis“ zu einem Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Stribrny, Präsident des „Preußeninstituts“, ins „Hotel Scheffler“ ein. Thema: "Reisen in die preußischen Ostprovinzen in 2007".(LZ)

Der 2011 verstorbene Stribrny wirkte ab 1969 als Sprecher des antidemokratischen „Zollernkreises“ und war „Rechtsritter des Johanniterordens“. Der überzeugte Monarchist kämpfte in den 70er Jahren gegen die Ostverträge der Bundesregierung und den außenpolitischen Ausgleich mit Polen und der Sowjetunion und im Vertriebenenmilieu, insbesondere der „Landsmannschaft Ostpreußen“. Ab 1988 war er Vorsitzender der Rechtsaußenvereinigung „Tradition und Leben“ und bis 2010 auch Präsident des „Preußeninstituts e.V.“, dessen Ziel es ist, Preußen „Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“ und strukturell wiederherzustellen. (wikipedia)

13. Oktober

Dass die Neonazis aus besonderen Gründen in der Bundeswehr tätig sind, ist bekannt. Über den Fall des Staboffiziers Sebastian S., der offensichtlich seine Agitation in der Militärtruppe zu weit trieb und entlassen werden musste, berichtet die lünepost: Er hatte bei seiner Einstellung 2002 seine Parteimitgliedschaft in der NPD geleugnet, nahm als aktives Mitglied selbst am Bundesparteitag in Passau teil (ohne dem Verfassungsschutz aufzufallen) und war zudem als Mitglied einer freien Kameradschaft neofaschistisch aktiv. (lünepost)

9. November

Das „19. Baltischen Seminar“ der „Carl-Schirren-Gesellschaft“ wird im „Brömsehaus“ Am Berge eröffnet. Seminarthema „Die Korporationen als prägende gesellschaftliche Organisationen im Baltikum“. Den Eröffnungsvortrag hält Hans-Dieter Handrack: „Die Auffassung von Freiheit, Ehre und Ethos in studentischen Organisationen und in der bürgerlichen Gesellschaft“. Handrack weiß, wovon er spricht: Bereits Handrack Senior beteiligte sich an den „bevölkerungspolitischen Maßnahmen nationalsozialistischer Ostpolitik“ in Polen und im Baltikum wie der Gründer des Lüneburger Ostpreußischen Landesmuseums, SS-Obersturmführer Freiherr Otto von Fircks, und bildete zudem Nazi-Agenten aus. Handrack junior war beteiligt am Aufbau des studentischen Verbindungswesens in den „befreiten“ baltischen Ländern (die Sowjets untersagten zuvor derartige Tätigkeiten), nachdem er Anfang der 90er Jahre in der lettischen Hauptstadt Riga „als Vorsitzender des Baltischen Philister-Verbandes, Dachverband der drei noch aktiven deutsch-baltischen Studentenverbindungen, den ersten Völkerkommers im befreiten Baltikum verabredete. Heute sind die Corps im Baltikum als intellektuelle Elite anerkannt... In Estland und Lettland ist das Verbindungsleben heute wieder so lebendig wie in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg - wer etwas werden will, sollte korporiert sein.“(FAZ v. 16.6.2008)



„Mitglieder der Studentenverbindung Curonia Goettingensis beim „Völkerkommers“ vor der Albanikirche in Göttingen“ (FAZ-online)

11. November

Demonstrationsteilnehmer vor dem Tätowier-Studio „Black Crow“ an der Lüner Straße werden von mehreren Neonazis, die aus dem Laden stürmen, mit Pfefferspray überfallen. Der Betreiber des Geschäfts, Paul Plagemann, war kurz zuvor auf dem NPD-Parteitag in Hannover als Redner aufgetreten. (antifa)

30. November

Nach der Aufhebung der Wehrpflicht findet wieder ein „Feierlichen Gelöbnis“ der neuen Rekruten der Bundeswehr aus den Standorten Lüneburg, Munster und Faßberg in der „Theodor-Körner-Kaserne“ statt. Vor mehr als 1.500 Rekruten und 3.000 Besuchern spricht der Vertrauensmann der Mannschaften, Yannick Wilhus, und betont, dass sich „die meisten seiner Kameraden ... (sich) ganz bewusst für den Dienst am Vaterland entschieden“ haben. Ein „Einmarsch mit den Truppenfahnen“, ein „feierliches Zeremoniell“, Ansprache vom General der Bundeswehr a. D. von Kirbach, Militärmusik und glänzende Uniformstiefel – für Kriege im Ausland reicht keine nationale Verteidigungsbereitschaft, es muss der Rückgriff auf den „Dienst für das Vaterland“ (Artikelüberschrift des LZ-Artikels) her. (LZ)

3. Dezember

Auf die Doppelstrategie der NPD wird vor Behördenvertretern in der Industrie- und Handelskammer im Vorfeld der Landtagswahl aufmerksam gemacht. „Einerseits geben sich diese Neonazis bürgerlich mit ihrer „Kümmererpolitik“: Sie bieten Hausaufgabenhilfe an, beraten bei Fragen zu Hartz IV, machen vielleicht in Sportvereinen mit und transportieren so ihre Ideologie von Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Verharmlosung des Völkermordes im Nationalsozialismus.“ Andererseits hat sich die NPD seit Mitte der 90er Jahre unter dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt zur gewaltbereiten Kameradschaftsszene geöffnet. „Ein Beispiel (ist) der Lüneburger NPD-Kandidat Roman Greifenstein, der einer Truppe namens „Freie Kräfte Munster“ vorsteht.“ (LZ)

8. Dezember

Über rassistisch-diskriminierende Äußerungen gegen Schiedsrichter auf den Fußballfeldern der Region berichtet Ismail Marim vom MTV-Treubund, der seine siebte Saison als Schiedsrichter bestreitet. Mit einem weiteren Fall (eine Bezirksliga-Partie zwischen Eintracht Elbmarsch und MTV Soltau) musste sich das Bezirkssportgericht Lüneburg beschäftigen und urteilte: „Eine Gruppe von Heimzuschauern, die unmittelbar neben der Auswechsel-

bank standen, beschimpften und beleidigten den Schiedsrichter mit rassistischen Äußerungen auf die übelste Art.“ (LZ)

Dezember

Es wird bekannt, dass die „Landmannschaft Ostpreußen“ (LMO) und ihr Vorsitzender Wilhelm von Gottberg Verbindungen zu extrem rechten

Organisationen unterhalten: So alimentierte die LMO im Jahr 2007 eine „große Sommerfahrt“ der völkischen Jugendorganisation „Der Freibund“ (ehemals „Bund Heimattreuer Jugend“) in das Gebiet des ehemaligen Ostpreußens mit einer Summe von 1000 Euro. (antifa)

LOKALES Sonabend/Sonntag, 1.2. Dezember 2007 - Nr. 281

Dienst für das Vaterland

Rund 1500 Rekruten aus drei Standorten beim Feierlichen Gelöbnis in der TTK

Im Lüneburg. Hans-Peter von Kirbach, der „Held des Odebruchs“, war gestern der wohl prominenteste Gast in der Theodor-Körner-Kaserne. Der Ex-Generalsinspektor der Bundeswehr, der sich 1997 bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe an der Oder hervorgetan hatte, nahm teil an dem Feierlichen Gelöbnis von mehr als 1500 Rekruten aus den Standorten Lüneburg, Münster und Faßberg.

Der General a.D. würdigte unter anderem die Entscheidung der jungen Soldaten für den Wehrdienst. Denn das ihm längst keine Selbstverständlichkeit ist, machte der Vertrauensmann der Mannschaften, Franziskus Yannick Wilhus, deutlich. Die meisten seiner Kameraden hätten sich jedoch ganz bewusst für den Dienst am Vaterland entschieden.

Dass Feierliches Gelöbnis in der Kaserne wussten mehr als 3000 Besucher, zumeist Angehörige und Freunde der Rekruten.





Der ehemalige Generalsinspektor der Bundeswehr, Hans-Peter von Kirbach, nach dem Feierlichen Gelöbnis im Gespräch mit den Soldaten (Foto links). Der Einmarsch mit den Truppenfahnen gehört zum feierlichen Zeremoniell (r.). Foto: 188

2008

Januar

In Ochtmissen kommt es zu neonazistischen Schmierereien. Unter anderem werden dort Hakenkreuze an Wände und Stromkästen gesprüht. (antifa)

18. Januar

Die Landeszeitung berichtet unter dem Titel „Braune Werbung. Lüneburger nerven dumpfe Parolen“ über massive Wahlwerbung der NPD mit dem Slogan „Ausländer raus“ an Laternenpfählen in der Stadt. „Der Zusatz „kriminelle“ ist kaum lesbar, da die Plakate in vier bis fünf Metern Höhe angebracht wurden.“ (LZ)

21. Januar

Für die NPD kandidieren für die Landtagswahl in den Wahlkreisen Lüneburg und Elbe die Direktkandidaten Christian Groß aus Neuhaus und Roman Greifenstein aus Munster. (LZ) Auf der Landesliste der NPD kandidieren aus dem Lüneburger Raum Malte Holzer aus Amelinghausen auf Platz 7 und Manfred Borm aus Handorf auf Platz 12. (antifa)

„Christian Groß

Der 1976 geborene Angestellte, trat im Jahr 2006 bei der niedersächsischen Kommunalwahl als Kandidat der NPD-Tarnorganisation "Unabhängige Wählerliste Landkreis Lüneburg - Bündnis Rechte" (UWL) an. Er errang mit 4,4 Prozent der Stimmen einen Sitz im Gemeinderat von Amt Neuhaus. Groß bewegt sich seit Jahren in der Neuhauser Neonazi-Szene. Deren Aktivisten um Nils Kandar und Holger Niemann treten unter den Gruppenbezeichnungen "KDS Neuhaus/Elbe" oder "Nationalrevolutionäre Alternative Neuhaus/Elbe" auf. Enge Verbindungen halten sie zur NPD in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem zu Thomas Wulff aus Amholz. (antifa)

Roman Greifenstein

Der 1972 geborene Roman Greifenstein wohnt in Munster und ist Mitglied in mehreren neonazistischen Kameradschaften, unter anderem bei den "Snevern Jungs" und den "Freien Kräften Munster". Er bekennt sich zum Nationalsozialismus und dem "Dritten Reich". Greifenstein ist auch in der NPD-Niedersachsen aktiv und war zuvor bei den "Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Niedersachsen.

Roman Greifenstein war zusammen mit Marc Reuter und anderen Personen in der Gruppierung "Der Stahlhelm-Kampfbund für Europa" in Jork organisiert. Diese bundesweite Organisation fiel Ende der 1990er Jahre wegen Waffenfunde und Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz auf. Im Alten Land war die Neo-nazi-Truppe immer wieder ausmarschiert und hatte Lager abgehalten. Dort wurden auch Kinder u.a. mit Plastikgewehren ausgebildet. Für dessen Vereinszeitschrift "Der Stahlhelm" verfasste er 1998 den Artikel "Bundeswehr ja oder nein?" Zitat: "Denn im Bund zu dienen bringt auch wieder eine militärische Ausbildung mit sich, wie man sie legaler und einfacher nicht erwerben kann. Das kann einmal lebenswichtig für unseren Befreiungskampf sein".



Auf der Internetseite der "Freien Kräfte Munster" präsentiert er sich mit der schwarz-weiß-roten Fahne des "Deutschen Reiches", sowie beim Outdoor-Training in Tarnklamotten. Auf deren Internetpräsenz steht am 1.11.2007 ein Text mit dem Titel: "So was gibt es also auch? Verarmte "Überlebende des Holocaust". Auf der Seite zur "Geschichte" von Munster wird ein Artikel mit "Unsere "Befreiung"" betitelt. Hier wird nazi-typisch die Befreiung 1945 durch die Alliierten als Unterdrückung dargestellt. Es heißt dort: "Im Dritten Reich hatten wir ein gewisse Ordnung". Und weiter: "Nun endlich begann die "wahre Befreiung". Und wie wir "befreit" wurden... von guten Sitten, edler Kunst und guter Musik. Man zerschlug die Arbeitsfront, eine Organisation der Schaffenden, und gab uns Gewerkschaften und den Klassenkampf sowie Arbeitslosigkeit. Man nahm uns den Lebensborn als eine Hilfe für ledige Mütter und gab die Abtreibung frei. Der Reichsnährstand mit seiner Marktordnung wurde aufgelöst und man gab die unkontrollierte Einfuhr frei. Man nahm uns unser Währungssystem und machte uns zinspflichtig bei der US-Weltbank. Unsere Führung wurde eingesperrt, dafür erhielten wir die brd. Die Volksgemeinschaft wurde zerstört, als Ersatz folgte die Multi-Kultur. Man raubte unser gesundes Selbstbewußtsein und gab uns das kollektive Schuldgefühl. Man versprach uns Freiheiten, auf die wir seit 62 Jahren warten". Dieser Artikel ist mit dem Autorennamen "Roman" gekennzeichnet.

Im September 1996 wurde der damals 19-jährige Greifenstein wegen "Verstoßes gegen das Waffengesetz" sowie wegen Bedrohung zu zwei Wochen Dauerarrest verurteilt. Er hatte beim Frühjahrsmarkt in Munster einen Revolver gezogen und wenige Tage später einen Rentner mit einem Baseballschläger und einer gezogenen Pistole bedroht. Das Gericht bescheinigte dem damaligen Wehrpflichtigen "erhebliche Entwicklungsstörungen". Auf die Frage, warum er die Waffe gezogen habe, gab er vor Gericht folgendes zu Protokoll: "Das habe ich einfach getan. (In so einem Moment)... überlege ich nicht. ... Wenn ich schlecht gelaunt bin oder getrunken habe, reicht ein kleiner Funke, dass ich auch gewaltbereit bin".

Im August 1997 erschien Roman Greifenstein dann gemeinsam mit weiteren Neonazis auf einer Geburtstagsfeier in Hermannsburg. Mit Sprüchen wie "Ihr habt uns den Rudolf-Heß-Tag genommen, wir nehmen euch die Freiheit" bedrohten sie die anwesenden Party-Gäste. Greifenstein wurde festgenommen. 1998 verurteilte ihn das Amtsgericht Soltau zu einer 18-monatigen Haftstrafe.

Am 4. Mai 2006 war Greifenstein dabei, als Anhänger der Kameradschaft "Snevern Jungs" eine Informationsveranstaltung in Walsrode stören wollten. Inzwischen gründete Greifenstein die Kameradschaftsgruppe "Freie Kräfte Munster", die Jugendliche aus dem Ort rekrutiert. Die Gruppe führt so genannte "Wehrübungen" in der Region um den Truppenübungsplatz durch. Roman Greifenstein nimmt an vielen Naziaufmärschen in Norddeutschland teil.

Der 1965 geborene Malte Holzer ist Multi- und Dauerfunktionär der NPD und wichtiger Hintergrundmann der NPD in Niedersachsen.

1984 taucht sein Name erstmalig als Kreisvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) Lüneburg auf. Wenige Monate später, am 03.-



04.11.1984 nahm Malte Holzer als Vertreter einer JN-Delegation am NPD-Bundespartei-tag teil. In der nur kurzzeitig erscheinenden Zeitschrift "JN Nachrichten - Infos aus dem KV Lüneburg" tritt Malte Holzer als Presseverantwort

licher in Erscheinung. 1988 schreibt die Lüneburger Landeszeitung, dass Holzer als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Lüneburg bestätigt wurde.

Am 19.06.1988 wird Holzer "Geschäftsführer" des Kreisverbandes der NPD Lüneburg. Laut Landeszeitung ist Malte Holzer zu diesem Zeitpunkt seit 6 Jahren in der NPD aktiv. 1990 tritt Holzer als Kandidat der NPD zur niedersächsischen Landtagswahl an. Er ist Vorsitzender der NPD-Tarnorganisation "Unabhängige Wählerliste Landkreis Lüneburg - Bündnis Rechte" (UWL). Am 05.10.1991 wird Malte Holzer laut Landeszeitung Lüneburg bei einer Vorstandswahl der UWL - Bündnis Rechte zum Kassensführer ernannt. Malte Holzer saß gemeinsam mit Peter Frommhagen von 1991 bis 1994 für die UWL - Bündnis Rechte im Lüneburger Stadt bzw. Kreistag. Für die UWL - Bündnis Rechte kandidierte Malte Holzer 1991, 1994, 2001, 2006 bei Kreistags- und Kommunalwahlen.

Im Mai 2003 wird Holzer auf dem 39. ordentlichen Landespartei-tag der NPD Niedersachsen in Süpplingen in den Landesvorstand gewählt. Seit 2003 ist er der "Landesgeschäftsführer" der niedersächsischen NPD und die Landesgeschäftsstelle befindet sich seit dem in seinem Wohnhaus in Amelinghausen.

Manfred Börm

Der 1950 in Schleswig-Holstein geborene Manfred Börm ist einer der wichtigsten Neonaziaktivisten in Norddeutschland. Seit Jahrzehnten ist er in div. Neonazistrukturen aktiv. Heute ist er Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Lüneburg, stellvertretender Landesvorsitzender der niedersächsischen NPD und als Leiter des "Bundesordnungsdienstes" der NPD auch im Bundesvorstand der Partei. Auch gehört er zu den maßgeblichen Führungspersonen der neofaschistischen "Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ), in der auch seine Kinder aktiv sind.

1978 taucht sein Name zum ersten Mal im Zusammenhang mit einer Saalschlacht zwischen Neonazis und Polizei in der Öffentlichkeit auf. Börm ist zu diesem Zeitpunkt Mitglied der mittlerweile verbotenen "Wiking Jugend" und in der sog. "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) um Michael Kühnen aktiv. 1979 ist der gelernte Hochbautechniker gemeinsam mit anderen Aktivisten der so genannten "Werwolf"-Untergrundorganisation an einem bewaffneten Überfall auf einen NATO-Stützpunkt in Bergen-Hohne beteiligt. Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wird Manfred Börm zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Nach der Haftentlassung steigt Börm zum "Gauführer Niedersachsen/Bremen" der militanten "Wiking-Jugend" (WJ) auf. Die rund 500 Mitglieder starke Truppe bildet seit 1952 Kinder- und Jugendliche im nationalsozialistischen Sinne der Hitler-Jugend aus. Ziel der Wiking-Jugend ist die Wiederbelebung von "Elitegeist und Volksgemeinschaft", zu diesen Zwecken werden zahlreiche bundesweite Zeltlager mit politischen Schulungen und "körperlicher Ertüchtigung" durchgeführt. Seit Gründung liegt die Führung der WJ in den Händen der Familie Nahrath aus Stolberg. Manfred Börm, der in zweiter Ehe eine Tochter der Familie Nahrath heiratete, gehört als "Beauftragter des Bundesführers" zum inneren Kreis der WJ. 1994 nimmt er mit den Bundesführern Wolfgang und Wolfram Nahrath an einem "Pfungstlager" im damals größten Neonazi-Zentrum in Hetendorf in der Lüneburger Heide teil. Börm lässt Jungen in Uniform antreten, in Stellung gebracht erklärt er ein militärisches Planspiel. Zahlreiche heutige NPD-Aktivisten durchliefen diese Lager, gedrillt von Manfred Börm. Im November 1994 wird die "Wiking-Jugend" u.a. wegen ihrer "Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus" verboten.

Börm aber bleibt ihren gefährlichen Idealen treu. 1999 organisiert er eine als "Erntefest" bezeichnete Veranstaltung in Wittorf, an der Behörden zufolge auch ehemalige Mitglieder der "Wiking-Jugend" teilnehmen. Politisches Betätigungsfeld wird für Börm, wie für viele ehemalige WJ-Funktionäre, die NPD. Seit 1999 ist Börm Vorsitzender der regionalen NPD.

Am 10. April 1989 führt Börm eine Gruppe von ca. 20 Neonazis an, die eine Veranstaltung der VVN-BdA in der Lüneburger Universität überfallen. Nachdem die Neonazis in diese Veranstaltung eingedrungen waren und "Wahlwerbung" für die neonazistische "Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands" (FAP) machen wollten, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Personen von den Neonazis verletzt wurden.

Bei einer Sonnenwendfeier der niedersächsischen NPD an der im Jahr 2000 zahlreiche Skinheads teilnehmen, sollen Hakenkreuzfähnchen verteilt worden sein, Manfred Börm tritt als "Feuerredner" auf. Anfang 2000 hatte Börm bereits den harmlos klingenden "Arbeitskreis für Kultur und Geschichte" mitgegründet. Der Verein orientiert sich am nordischen Brauchtum und will eine "ganzheitliche nationale Lebensweise" unter Deutschen verbreiten. 2000 werden die Mitglieder zu einem konspirativen "Julfest" in die Nähe von Bleckede eingeladen.

Die Familie Börm ist auch in der "Heimatreuen Deutschen Jugend" (HDJ) aktiv, einer Organisation, die im Verborgenen in die Fußstapfen der verbotenen WJ getreten ist. Dabei werden von Handorf (dem Wohnort der Familie Börm) aus HDJ-Aktivitäten gelenkt. Wieder üben Jugendliche "germanischen Sechskampf" oder marschieren 150 Kilometer mit Gepäck durch die Lüneburger Heide. Viele der HDJ-ler sind auch in Börms Ordnertruppe aktiv.

2002 kandidierte Börm auf der Landesliste der NPD und 2005 als Kandidat der NPD zur Bundestagswahl. Als NPD-Landesvorstandsmitglied war er mitverantwortlich für die rassistische Aufmarsch-Kampagne "Heimreise statt Einwanderung - Denn deutsche Kinder braucht das Land", mit der Neonazis 2003 durch verschiedene niedersächsische Orte zogen.

Im November 2005 sorgte Manfred Börm für interne Querelen, als er "in Eigenregie" dem Redner des "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS), Axel Reitz, bei einer NPD-Demonstration ein Redeverbot erteilte, da er einem "Schwulenverein" angehöre. Börm geht Reitz an und droht damit, ihn von der Veranstaltung auszuschließen.

Der Bundesordnungsdienst ist Manfred Börms ureigene Truppe. Deren biederes Aussehen kann aber nicht über eines hinwegtäuschen: ob NPD-Anhänger im Dezember 2004 eine Straßenschlacht gegen politische Gegner in Schleswig-Holstein führen oder NPD-Kader im März 2006 in der Oldenburger Fußgängerzone sich mit Polizisten prügeln - Börm und seine Ordner sind dabei.

Enge Verbindungen unterhält Börm zur NPD nach Mecklenburg-Vorpommern. Durch langjährige Freundschaften ist er mit den meisten Führungskaktivisten der dortigen NPD verbunden. Viele von diesen Neonazis wurden von Börm schon in der "Wiking Jugend" geschult.

Börms kleine Baufirma errichtete die Villa von Udo Pastörs, dem Fraktionsvorsitzenden der NPD im Schweriner Landtag, im ehemaligen NS-"Reichsmusterdorf" Benz-Briest. (antifa)

27. Januar

Mit nur 1,5% der Stimmen blieb die neofaschistische NPD bei den Landtagswahlen weit hinter ihren Erwartungen zurück. Unterstützung erhielt die NPD von den militanten neofaschistischen Kameradschaften. Fast flächendeckend trat die NPD auch mit Direktkandidaten an. Direktkandidaten der NPD aus Nord-Ost-Niedersachsen neben Groß

und Greifenstein: Joachim Nahtz (Wahlkreis 47 - Landkreis Uelzen), Hans Joachim Bäättjer (Wahlkreis 50 – Winsen), Michael Kraft (Wahlkreis 51 – Seevetal), Jürgen Henke (Wahlkreis 52 - Buchholz/Nordheide) (antifa)

4. Februar

Die Landeszeitung berichtet, dass zwei Jugendliche von acht anderen verprügelt worden seien und schreibt dazu: „Nach Angaben der Polizei spielte bei der Tat vermutlich eine Rolle, dass die Opfer einen Migrationshintergrund haben.“ In einem Leserbrief wird zu dieser Darstellung angemerkt: „Nicht der Migrationshintergrund von Menschen spielt bei deren Verfolgung oder Ermordung die Rolle, sondern der krankhafte Hass auf alle, die anders aussehen, sich anders verhalten oder eine andere Meinung haben, als die rassistischen Schläger!!!“ (LZ)

4. März

Im „Club von Lüneburg“ spricht General a. D. Joachim Spiering, der seine Karriere als Kommandant des Lüneburger Aufklärungsbataillons begann und später bis zum Oberbefehlshaber Europa Nord aufstieg. „Die selbstgefällige deutsche Politik (soll) endlich Stellung beziehen und sich zu einer ... Armee bekennen, die ... eben auch schießen muss.“ (LZ)

9. März

An diesem Tag findet in Lüneburg eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Verfolgung, die Deportation und die Ermordung der Lüneburger Sinti Am Bardowicker Wasserweg statt. Organisiert wird diese Veranstaltung von der Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA.

In der Nacht zuvor sprühten Neonazis Anti-Antifa-Parolen auf ein nahegelegenes Stromverteilerhaus und verklebten Neonazi-Aufkleber am Ort der Gedenkveranstaltung. Am Tag der Veranstaltung tauchten drei Neonazis am Rand der Veranstaltung auf, die aber schnell vertrieben werden konnten. (VVN-BdA)



„Einmarsch der USA im Irak war richtig“ 7.3.08

General a.D. spricht im Club von Lüneburg über Außenpolitik

ina Lüneburg. Welche Rolle spielt Deutschland derzeit in der NATO? Wie wird das deutsche Engagement in Afghanistan von den Verbündeten eingeschätzt? Hat die Weigerung, Truppen in den Irak zu schicken, spürbare Konsequenzen? Fragen, die General a.D. Joachim Spiering, einst Kommandeur eines Aufklärungsbataillons in Lüneburg, später Militärattaché in Washington und Oberbefehlshaber Europa Nord in den Niederlanden, rund 200 Zuhörern im Club von Lüneburg bei seinem Vortrag „Aktuelle Aspekte internationaler Sicherheitspolitik“ beantwortete. Den Einmarsch der USA im Irak befürwortete Spiering. Schließlich habe man das „Ungeheuer“ Saddam Hussein nicht länger schalten und walten lassen können. Doch es sei Ent-



Der ehemalige Militärattaché in Washington, Joachim Spiering, fordert ein stärkeres deutsches Engagement in Afghanistan. Foto: be

25. März

Zum Tode des langjährigen CDU-Kommunalpolitikers Heribert Streicher veröffentlicht die Landeszeitung einen ausführlichen Nachruf mit Hinweise auf seine Auszeichnungen („Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland“, „Ehrenring der Hansestadt Lüneburg“, Eintrag in das „Ehrenbuch des Landkreises Lüneburg“). Seine Kriegstätigkeit als Mitglied der „Legion Condor“ bei der Zerschlagung der spanischen Republik wird nicht erwähnt.

17. April

Nach vielfachem Protest antifaschistischer Organisationen an der Praxis der Stadt Lüneburg, an Straßen, die nach „NS-Persönlichkeiten“ benannt sind, festzuhalten, beschäftigt sich der Kulturausschuss des Rates der Stadt Lüneburg mit diesem Thema. Stadtrat Koch trägt eine Recherche

und

der Archivdirektorin Dr. Reinhardt vor, wonach der Namensgeber der Landrat-Albrecht-Straße als nicht-problematisch klassifiziert werde.

Zu diesem Zeitpunkt war das Stadtarchiv bereits fast ein halbes Jahr im Besitz einer angefragten Stellungnahme des em. Professors Stegmann von der Leuphana-Universität, der in Bezug auf Landrat Albrecht zur gegenteiligen Empfehlung kam. Sein Expertisen-Resümee: „Ich halte die Beibehaltung der Straßenbenennung nach A. für politisch äußerst problematisch und deshalb nicht für angemessen.“

Lüneburgs Landrat Albrecht (als solcher tätig von 1917 bis 1945) war an der Stabilisierung und Ausübung der Herrschaft des Faschismus im Landkreis Lüneburg maßgeblich beteiligt, organisierte die Judenverfolgung und die Unterdrückung der Zwangsarbeiter/-innen im Landkreis. (VVN-BdA)

24. April

Die Landeszeitung berichtet:

Neonazi zu Geldstrafe verurteilt

Tätowierer täuschte Straftat vor – Angeklagter war nicht Opfer, sondern Täter

ca Lüneburg. Schon die Wahl seines Anwalts zeigte, wo sich der Angeklagte wohl politisch zu Hause fühlt: Der 37-jährige hatte Jürgen Rieger als Beistand benannt. Der Hamburger verteidigt immer wieder Neonazis, gilt als einer der Köpfe am ultrarechten Rand. Allerdings erschien der Anwalt nicht, so saß der Lüneburger allein auf der Anklagebank. Der Vorwurf der Staatsanwältin: Vortäuschen einer Straftat.

Weil der Angeklagte Einspruch gegen einen Strafbefehl

ingelegt hatte, kam es zum Prozess. Die Staatsanwältin rollte das Geschehen noch einmal auf. Im November 2007 hatte die Antifaschistische Aktion (Antifa) in Lüneburg demonstriert, dabei waren rund 30 Linke auch vor das Tätowierungsstudio des Anklagten an der Lünser Straße gezogen. Dort sei es zu Rangelien gekommen. Während der Geschäftsmann behauptete, jemand habe Reizgas in seinen Laden gesprüht, ging die Anklage davon aus, dass es genau andersrum war:

Aus dem Eingangsbereich des Geschäfts habe ein Unbekannter Reizgas in die Menge der Demonstranten gesprüht.

Der Tätowierer sagte, „Mir ist wichtig, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommt.“ Lange habe er nach einem „politischen Anwalt“ gesucht, doch da der nicht da sei, könne er nichts sagen.

Allerdings war die Situation vom 21. November schnell geklärt. Ein Zeuge hatte ein Video gedreht, die Richterin zeigte aus einer Fotomappe einzelne Bilder: Sie dokumentieren, dass

ein Mann von der Front des Hauses aus ein Gas in Richtung der Antifa sprühte.

In ihrem Plädoyer forderte die Staatsanwältin eine Geldstrafe. Der Angeklagte rief: „Schweineerei, ich bin das Opfer.“ Eine Geldbuße werde er auf keinen Fall zahlen, sagte der zweifache Vater, eher lasse er sich „einsperren“. Das beeindruckte die Richterin nicht: Wegen des Vortäuschens einer Straftat verurteilte sie den Tätowierer zu einer Geldstrafe von 900 Euro.

21. Mai

Bezugnehmend auf antifaschistische Aktivitäten von Lüneburger Jugendlichen (LZ-Artikel „Jugendliche werden laut und deutlich“ vom 14.05.2008) warnt Jörg Kohlstedt in einem Leserbrief vor einer Zusammenarbeit mit der Antifa: „Distanzieren sollten sich die Schülerinnen und Schüler aber von der Antifa, die es einmal wieder geschafft hat, in ihren schwarzen Kutten und fahnen-schwenkend, in diese Demonstration einzusickern. Denn die Antifa ist aus meiner Sicht, am linksextremen Rand das, was die Neonazis am rechtsextremen sind.“(LZ)

30. Mai

Unter der Überschrift „Prof. Jesse entlarvt rechte und linke Phrasen“ berichtet die Landeszeitung ausführlich über einen Vortrag dieses Politikwissenschaftlers der TU Chemnitz beim „Mittagsgespräch“ der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ im Hotel Bergström:

„Der politische Extremismus rechts und links liege ... nicht so weit auseinander, wie es scheinen mag... „Die Linke“ hat sich ... weiter radikalisiert“, sagte der 59-jährige. (Die NPD aber) werde es ... nicht wieder schaffen, in den sächsischen Landtag einzuziehen, prognostiziert Jesse. Er empfiehlt einen offenen Umgang mit den Rechten.“(LZ)

Anmerkung: Die NPD zog bei den Wahlen am 30.8.2009 mit 8 Sitzen in den sächsischen Landtag ein.

14. Juni

Der „Bleckeder Freundeskreis Literatur in der Region“ beteiligt sich an der Aktion „Eine Rose gegen das Vergessen“ der „Vereinigung Deutsche Literaturlandschaften“. Durch das Niederlegen einer Rose auf das Grab erinnern sie an die Lebenswerke von Magdalene Stange-Freerks (Friedhof Deutsch-Evern), Robert Müller-Sternberg und Heinz Ischreyt (beide Zentralfriedhof Lüneburg) sowie an Ernst von Salomon (Friedhof Heiligenthal). (LZ)

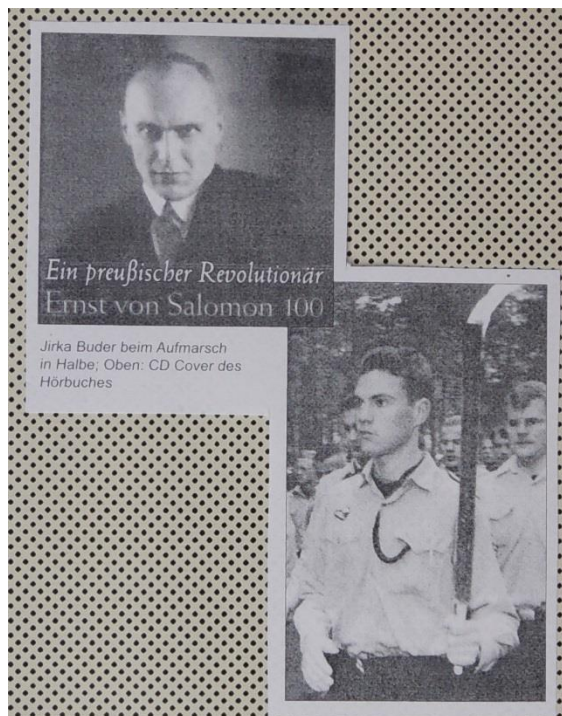
Ernst von Salomon, ein Freicorpskämpfer gegen die Weimarer Republik, der 1922 wegen Beihilfe bei

7. Mai

Die Landeszeitung berichtet: Der „Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr“ (VdRBw) bietet für Schüler/-innen der 12. Klasse des Buchholzer Albert-Einstein-Gymnasiums kostenlos das interaktive Spiel „POL&IS“ an. „Drei Tage leben und arbeiten die 28 Schüler in Begleitung von zwei Lehrern und 27 Reservisten im Reppenstedter Waldhof Böhmscholz, wühlen in Akten, werten Statistiken aus, halten Reden, hantieren mit Spielgeld und erklären einem anderen Land auch schon mal den Krieg.“(LZ)

der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau eine mehrjährige Zuchthausstrafe erhielt, trat als nationalsozialistischer Agitator auf, schrieb Bücher in der Tradition von Ernst Jünger wie „Die Kadetten“ und „Die Geächteten“ und fungierte als Filmautor für den antisemitisch-kolonialistischen Film „Carl Peters“. Nach 1945 erschien zur Freude sämtlicher Altnazis sein Bestseller „Der Fragebogen“.

Unter dem Titel „Ein preußischer Revolutionär. Ernst von Salomon“ erschien zum 100. Geburtstag des Geehrten bei „Vox Libri“ ein Hörbuch von Jirka Buder, einem langjährig bekannten Neonazi, welches u. a. von der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ auf Grund seiner „künstlerischen Aufarbeitung der Botschaft von Kampf und Kameradschaft“ hoch gelobt wurde.



Salomons Schrift „Das Buch vom deutschen Freicorpskämpfer“ stand als Nachdruck bei Uwe Berg aus Toppenstedt auf dem Antiquariatsprogramm, einem einstigen Kader des später verbotenen „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und der „Wiking-Jugend“ (WJ). (VVN-BdA)

18. Juni

Die lünepost berichtet darüber, dass das Lüneburger Standesamt sich weigert, Frau Astrid Meyer ein Ehesfähigkeitszeugnis auszustellen, welches die 45-Jährige für ihre Hochzeit mit ihrem marokkanischen Partner Zouhair benötigt. Die zuständige

„Standesbeamtin witterte eine Scheinehe.“ Der Marokkaner hat in Kiel Computerwissenschaft studiert, ist nicht vorbestraft, spricht außer fließend Deutsch noch weitere Sprachen – aber er ist 17 Jahre jünger als seine Partnerin, was zu einem negativen „Bauchgefühl“ des Standesamtes beigetragen habe. (lünepost)

20. Juni

Die Landeszeitung berichtet: „Das Projekt ‚Handygewalt‘ (der Lüneburger Jugendorganisation ‚SJD - Die Falken‘) wird von vielen Seiten hoch gelobt, doch fortgesetzt werden kann es nicht.“ Nachdem die Landesregierung eine finanzielle Förderung in Aussicht gestellt hatte, stellt der „Landespräventionsrat“ nun keine Fördermittel zur Verfügung. „Die Jugendorganisation ‚Die Falken‘ vermutet, dass die konservative Landesregierung einen linken Jugendverband nicht unterstützen will.“ (LZ)

21./25. Juni

Der einschlägig bekannte Neonazi Christian Worch klagt vor dem Verwaltungsgericht wegen der Auflösung des Aufmarsches der Neonazis vom 2. Juni 2007 und wegen der angeblich von der Polizei zu niedrig angesetzten erlaubten Phonstärke ihrer Lautsprecheranlage bei ihrem Aufmarsch am 14. Juli 2007. „Mein vegetatives System ist sensibel“, erklärte Worch. Er leide an Schlaf- und Verdauungsstörungen, weil er sich durch die Linie der Staatsmacht diskriminiert fühle.“ Die Klage wurde abgewiesen. (LZ v. 25.6.)

22. Juli

Seit dem Frühjahr 2008 tauchen in Bardowick immer wieder Naziaufkleber auf. Zu finden ist das gesamte Repertoire der Propagandamaterialien der neofaschistischen Szene. Neben Aufklebern der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) finden sich auch welche von den „Nationalen Sozialisten Niedersachsen“ und anderer Gruppierungen aus dem Kameradschaftsspektrum (BfZ-Hildesheim, BI-Buntes Haus Celle). Daneben finden sich Kleber mit dem Konterfei von Rudolf Heß.

Vor allem rund um den Bahnhof und im Bereich Friedrich-Hartmann-Str., Hofkamp, Dahnkestr., St. Nikolaistraße finden sich diese Aufkleber. Auch rund um das Gelände der Bardowicker Schule und zum Teil auch auf dem Gelände selber wurden die Aufkleber angebracht. In der Bahnhofsunterführung sind dazu noch Parolen und ein Hakenkreuz an die Wand gesprüht worden. Die Aufkleber der

„Nationalen Sozialisten Niedersachsen“ sind in Sprache und Design auf Jugend getrimmt und sind vom Stil her auf den ersten Blick kaum als Nazipropaganda zu erkennen. Auch soll mit den Aufklebern Werbung für verschiedene Internetseiten der Neonazis gemacht werden, um einen ersten Zugang zu neofaschistischen Gruppierungen und Ideologie zu schaffen.

Im Sommer letzten Jahres war Ähnliches im benachbarten Vögelsen zu beobachten. Auch dort wurden wochenlang hunderte Naziaufkleber verbreitet. Lokale Neonazis versuchten so in die Öffentlichkeit zu treten und ihre Strukturen zu erweitern.

Nachdem die Aufkleber in Vögelsen immer wieder entfernt und die örtlichen Neonazis auch von AnwohnerInnen aufgefordert wurden, ihre Verschandelungen des Ortes zu unterlassen, schränkten diese ihre Aktivitäten zunächst sehr stark ein. Nun scheinen diese Personen in Bardowick wieder aktiv zu werden und dort erneut zu versuchen, Jugendliche zu rekrutieren und für ihre Gruppierungen zu werben. (antifa)



15. August

Auch in diesem Jahr verbreiten Neonazis rund um den Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess Plakate und Aufkleber, mit denen sie dem Naziverbrecher huldigen.

Tauchte das Nazipropagandamaterial Anfang der Woche im Bereich Bardowick, Ochtmissen und Vögelßen auf, wurden in der Nacht zum 15. August 2008 in verschiedenen Orten im Landkreis Plakate mit dem Konterfei von Heß angebracht. In Embsen wurde außerdem ein größerer Stein mit Parolen besprüht. (antifa)



20. August

Alfred Heger kritisiert in der lünepost, dass der „ver.di-Ortsverein Lüneburg“ und „VVN-BdA Kreisvereinigung Lüneburg“ den Schauspieler Rolf Becker zu einer Lesung von Texten des Schriftstellers Peter Handke anlässlich des „Internationalen Antikriegstags“ eingeladen haben. Heger moniert, dass Handke nicht in das populäre Kriegsgeschrei gegen Jugoslawien zur Zerschlagung des Staates eingestiegen sei. (lünepost)

30. August

Der Naziladen „Temple of Football“ zieht um. Nach 10 Jahren an der Neuen Sülze will Christian Sternberg Anfang Oktober 2008 in der Altenbrücker torstr. Nr. 3 neu eröffnen. Der Ausverkauf verlief für Sternberg enttäuschend. Am 29. August waren ungefähr 7-8 und am 30. August nur 15 Personen zu Gast im Laden. Wobei am Samstag eher das Freibier, als die „satten Prozente“ lockten. Gekauft hat so gut wie niemand etwas. Am Samstag be-

wachte ein Großaufgebot der Polizei den Ausverkauf im „Temple of Football“. So waren neben den Lüneburger Polizeikräften auch Einsatzzüge aus Braunschweig und Oldenburg eingesetzt. In der Innenstadt hielten sich auffällig viele Polizeibeamte in Zivil auf. (antifa)



Geschäftsbetreiber Christian Sternberg bei einem Naziaufmarsch in Seelow



20. September

Das „Kunstforum Gellersen e. V.“ veranstaltet in den Räumlichkeiten des Rathauses eine Kunstausstellung mit ca. 40 Werken ihrer Vereinsmitglieder unter dem Titel „Jedem das Seine“. Auch nachdem Mitglieder der VVN-BdA die Ausstellungsbetreue

rinnen auf die Nazi-Geschichte dieses Titels protestierend hinwies, sah das Kunstforum keinen Grund, ihn zu ändern. „Der Vorsitzende Schurreit (ehemals Lüneburger Landrat) habe keine Bedenken gegen diesen Slogan“, so die Auskunft. Auch nach der Veröffentlichung eines kritischen Leserbriefs änderten die Verantwortlichen ihren Ausstellungstitel nicht. (VVN-BdA)

Belastetes Motto

„Jedem das Seine“, LZ vom 19. September

„Jedem das Seine“ war das Motto, mit dem die Nationalsozialisten ihre Opfer im KZ Buchenwald verhöhnerten. Es war am Eingangstor angebracht und nur von innen zu lesen.

„Jedem das Seine“ als Titel einer Kunstausstellung in einem deutschen Rathaus ist in mehrfacher Hinsicht erschreckend!

Wenn der Titel für die Ausstellung, im Wissen um die Verwendung und Wirkung im KZ Buchenwald verwandt wurde, um zu provozieren, wäre es pervers!

Wenn der Titel im Wissen um die Verwendung in Buchenwald verwandt wurde, weil man ihn nicht für „belastet“ hielt, wäre es zumindest eine Geschmacklosigkeit.

Wenn der Titel verwandt wurde, weil keiner der Beteiligten im Kunstforum, der ausstellenden Künstler, der Verwaltung und politisch Verantwortlichen in Heppnerstedt von der verhöhnenden Nutzung wusste, ist es erschreckend, wie wenig Wissen um nationalsozialistische Verbrechen und Menschenverachtung Allgemeingut ist.

Hans-Joachim Würtz
Dahlenburg

*Anm. d. Redaktion: „Jedem das Seine“ („suum cuique“) geht als die Gerechtigkeitsformel schlechthin auf den oströmischen Kaiser Justinian und sein Gesetzgebungswerk zurück, der wiederum Bezug auf Platon und Aristoteles nahm. Seine Unschuld hat dieser Satz im Nationalsozialismus durch die zynische Verwendung im KZ Buchenwald verloren.

1. Oktober

Unter der Überschrift „Lüneburg steht zur Fahne“ berichtet die Landeszeitung über ein militaristisches Bundeswehr-Event zwei Tage zuvor auf dem Marktplatz, bei dem „hunderte Zuschauer ... einen feierlichen Appell, mit dem Aufklärungsbaillon 3 der Beiname ‚Lüneburg‘ und das Fahnenband des Inspektors des Heeres verliehen wurde, erlebten.“ In typischer Militaristentradition wird in der hereinbrechenden Dunkelheit unter Fackelschein und mit Militärmusik und umgeben von Kriegskampfwagen ein Szenario aufgeführt, welches die fehlende Zustimmung der Lüneburger Bevölkerung zu den „Operationen“ der Bundeswehr im Ausland aufweichen soll durch die Zurschaustellung einer „Verbundenheit von Bundeswehr und Hansestadt“. Da ein Widerspruch nicht erwünscht wird, wird eine Gegendemonstration nach sieben Minuten aufgelöst.

Dennoch scheinen die Militärfans in Aufregung gekommen zu sein: LZ-Redakteur Malte Lühr jedenfalls sieht sich veranlasst, zu den Protesten gegen die Militäreinsätze einen eigenen Kommentar zu schreiben: „Seit Jahren sind sie in vielen Krisenregionen im Einsatz – um zu helfen, nicht um zu kämpfen.“ (LZ)

Nachdem einige Tage später weitere Bundeswehrosoldaten in Afghanistan ums Leben kamen, entschließt sich LZ-Chefredakteur Joachim Zießler, in der LZ-Wochenendausgabe das Vokabular zu ändern und aus dem „Hilfseinsatz“ einen „Kampfauftrag“ zu machen und seine in der Kommentar-Überschrift formulierte Frage „Wofür wir kämpfen“ zu beantworten: „Der Blutzoll der Bundeswehr in Afghanistan steigt an. ... Pazifismus ist als Grundhaltung ehrenhaft, aber Luxus. Pazifismus taugt als Ideal, aber nicht als Leitfaden für Handeln in der Wirklichkeit. ... Wir kämpfen am Hindukusch, um anderen eine Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.“ (LZ v. 21.10.)

Bundespräsident Köhler definierte Zießlers „Kampfauftrag“ etwas anders: *„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“* (Der Spiegel v. 27.5.2010)

9. Oktober

Im Rahmen einer bundesweiten Razzia mit ca. 100 Durchsuchungen in 14 Bundesländer als Vorbereitung auf ein Verbot der „Heimatreuen Deutschen Jugend“ fanden auch Hausdurchsuchungen bei den Neonazis Manfred Börm (Handorf) und Christian Berisha (Lüneburg) und in einer weiteren Wohnung in Hohnstorf bei Bienenbüttel statt. Christian Berisha: „Wir wussten seit letzter Woche, dass Hausdurchsuchungen anstehen ... Wir haben unsere Informanten.“ (LZ)

31. Oktober

Nach Ansicht der Richter der 10. Zivilkammer des Landgerichts Lüneburg ging von den ca. 300 Neonazis, die am 2. Juni 2007 in einem unangemeldeten Aufmarsch durch die Stadt zogen, keine Gefahr

aus: „Selbst wenn die Versammlung, aus der heraus von einigen Teilnehmern ... Straftaten begangen worden sind, verboten gewesen wäre, reichte dieses bei Gesamtbetrachtung der Umstände und unter Berücksichtigung der Freiheitsrechte der Betroffenen letztlich zur Begründung der Ingewahrsamnahme nicht aus.“ (LZ)

8. November

Bei einem bundesweiten „Infostand-Aktionstag“ der NPD in Bad Bevensen hat Thomas Hauer einen Stand angemeldet. Lasse Krüger, „Stützpunktauftragter“ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Nachwuchsorganisation der NPD, leitet die Aktion. Zum Schutz der zehn Neonazis, darunter auch der Bruder des Anmelders, Timo Hauer (Bad Bevensen), sowie Phillip Bruns (Vögelsen bei Lüneburg) sowie Sven Juraschka und Ramon Buhl (beide Uelzen), wurden über 40 Polizeibeamte abgestellt. Rund 40 Antifaschist/-innen können dennoch den Stand blockieren. (antifa)

8. November

Zu einem „RechtsRock-Konzert“ mit den Bands "Perspektive Hass", "Blue Max" und "Sturmtrupp" reisen rund 300 Neonazis nach Rätzlingen. Die Konzertbesucher kommen aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Ein Teil der Besucher kommt aus Tostedt, wo sie vorher an einer "Geburtstagsfeier" im Nazishop "Streetwear Tostedt" teilnahmen. (antifa)

15. November

Für die Zeit vom 15.11.2008 bis 15. Februar 2009 zeigt das „Ostpreußische Landesmuseum“ eine von der Bundesregierung finanzierte Sonderausstellung mit dem Titel „Jagd in Ostpreußen“. Erarbeitet wurde diese Ausstellung von Dr. Hinkelmann, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Hauses.

In einer Stellungnahme der örtlichen VVN-BdA wird diese Ausstellung kommentiert:

„Im Internet bewarb das Ostpreußische Landesmuseum die Sonderausstellung mit einem gesonderten Hinweis auf die Herkunft der Exponate: „Schätze aus dem Fundus des Ostpreußischen Jagdmuseums und interessante Neuerwerbungen aus jüngster Zeit machen den Schwerpunkt der Präsentation aus.“ Und es wurde eine besondere Absicht dieser Ausstellung benannt: „Die Ausstellung soll auch das Lebenswerk von Hans-Ludwig Loeffke, seines Grün

ders (des Jagdmuseums, d. V.), würdigen.“ Die weitere Beschreibung auf der Internet-Seite des Museums berichtet vom Wald- und Wildreichtum Ostpreußens und die „glücklichen Jagdtage in Ostpreußen“ sowie den „Jagdtrophäen und andere gegenständliche Erinnerungen“, die „zu den ideell wichtigsten Besitztümern von Menschen, die dort dem Waidwerk nachgingen“, gehören und „die 1945 mit den Vertriebenen nach dem Westen gelangten“. Die im Internet vorgestellten Exponate (Fotos, Ölgemälde, Rehkronen, u.a.) stammen mehrheitlich aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, darunter auch ein Foto, welches Forstmeister Loeffke etwa im Jahre 1952 zeigt, wie er eine „Trophäe des Rominter 22-Enders ‚Matador‘“, vorstellt, der im Jahre 1942 erlegt wurde. Die Trophäe selbst, das Rothirschgeweih, wurde in der Sonderausstellung gezeigt mit der schriftlichen Zusatzklärung: „Erlegt in Rominten (Fortstamt Szittkehmen/Wehrkirchen) am 22.09.1942 von Hermann Göring. Als Reichsjägermeister verfolgte dieser das Ziel, in der Rominter Heide die kapitalsten Rothirsche Europas heranreifen zu lassen...“

Wie zu befürchten war, zeigte diese Sonderausstellung bei ihrer Eröffnung am 14.11.2008 nicht die im Titel benannte „Jagd in Ostpreußen“, sondern deren Mythos.

Eine zusammenhangslose Aneinanderreihung diverser Jagdtrophäen, Jagdscheinurkunden und ausgestopfter Birkhühner neben Fotos, auf denen Jäger und Erlegtes zu betrachten sind ebenso wie Ölbilder mit zahlreihen Elchen und das alles grundiert in einer völkischen Sichtweise, die Ostpreußen als „geraubtes“ Land der glücklichen Jäger und Tiere darstellt. Nicht ein kritischer Blick wurde gerichtet auf sozio-kulturelle Umstände der Jagd im engeren Sinne (Treiber und Jäger nicht als Personengruppen unterschiedlicher sozialer Couleur, sondern als Teile einer identitätsstiftenden ostpreußische Volksgruppe), auf Macht- und Besitzverhältnisse im großsagarisch strukturiertem Landstrich, auf die Dominanz des Gutsbesitzes auch bei der Jagd, auf die vorherrschenden Blut-und-Boden-Gedanken der Organisationen der Jäger- und Försterverbände und dessen Umfeld und das lückenlose Anknüpfen der Nationalsozialisten an solcherlei Jäger-Ideologie und an deren Personalstrukturen. Die Rolle des Reichsjäger und -forstmeisters Göring mit seinem in der Ausstellungsregion Ostpreußen für ihn errichteten „Reichsjägerhof“ blieb genauso unerwähnt wie die Strukturen und Vorgaben des Reichsjagdgesetzes von 1934, welches etwa die Juden von der Jagd

ausschloss und die gesamte Jägerei und Försterei unter NS-Kontrolle stellte.

Legt man einen wissenschaftlichen Maßstab an in Bezug auf musale Vermittlungsstandarts hätte diese Sonderausstellung bei ihrem ersten Rundgang von den offiziellen Besuchern am 14.11.2008 sofort wieder geschlossen werden müssen. Daran hatte allerdings der zur Ausstellungseröffnung angereiste niedersächsische Wirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen ebenso wenig Interesse wie die weiteren „Offiziellen“. Im Gegenteil: Zur Ausstellungseröffnung sprach neben dem Minister und dem stellvertretenden Museumsleiter die führende Funktionärin der „Ostpreußischen Landsmannschaft“ (und Witwe des Forstmeisters Loeffke), Frau Dr. Barbara Loeffke. Sie mahnte eine Konzeption des Museums als „Vertriebenenmuseum“ an und verzichtete auch nicht auf eine verbale Attacke wegen einer angeblichen Unterfinanzierung des Museums.

Ausgeblendet blieb ein kritischer Blick auf den Ostpreußen-Heimatkundler Loeffke, wurde doch zu dessen Würdigung diese Ausstellung konzipiert. Dieser Blick nämlich hätte die revanchistischen Absichten der Museumsgründung und die Rechtsaußen-Politik dieses Gewürdigten in den Blick nehmen müssen. Eine kritische Reflexion der bestimmenden und für die Bundesrepublik identitätsstiftenden „Dreigeteilt-Niemals!“-Mentalität der 50er bis 70er Jahre ebenso wie jene über den Politiker Loeffke in seinem rechtsradikalen Umfeld des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ war nicht beabsichtigt. Im Gegenteil: Es galt vielmehr, diese Traditionslinie fortzuführen.

Die örtliche Presse kritisierte zwar, dass die Ausstellung „durchweg auf eine Einordnung der Exponate in den Kontext der Geschichte“ verzichte, zitierte aber zugleich entschuldigend und kommentarlos den Einrichter der Ausstellung Dr. Hinkelmann mit den Worten, er sei Naturwissenschaftler, kein Historiker (LZ v. 15.11.2008), anstatt hier nachzuhaken und diese offensichtlich verbrämende Argumentation ad absurdum zu führen.

So konzentrierte sich die nachfolgend Wellen schlagende Kritik nicht auf die Sonderausstellung in seiner völkischen Grundierung, nicht auf die unrühmliche Geschichte und Konzeption des Museumsgründers und des heutigen Museums, sondern lediglich auf einen Teilaspekt der Sonderausstellung, die kommentarlose Darbietung des „Göring-Hirsches“. Die Präsentation dieses Ausstellungsstücks wurde unter der Überschrift „Schau zeigt auch Görings

Hirsche“ als „instinktlos“ (LZ v. 15.11.2008) gewertet. Minister Ehlers, der bei seinem Ausstellungsrundgang beim Betrachten dieses „Göringschen Hirsches“ wohl aus politischen Gründen seine beiden Augen zudrückte („Ich habe nichts gesehen“, LZ v. 15.11.2008), setzte nun zur Konfliktbegrenzung einen Untersuchungsexperten ein, der eine Entfernung dieses Exponats empfahl, was in der Folgezeit auch geschah.

Leserbriefe und Stellungnahmen in der örtlichen Presse und im „Vertriebenenblatt“ der Ostpreußen rundeten das Bild ab mit der Argumentation, dass der arme Hirsch doch nichts dafür könne, gerade von Göring erlegt worden zu sein. Selbst im Österreichischen erfuhren die Leser/-innen aus der dortigen ältesten und traditionsreichsten Jagdzeitschrift „St. Hubertus“ (Eigenwerbung) unter der Überschrift „Wie ein Rothirsch zum Braunhirsch wurde“ vom Lüneburger Ungemach, indem eine skandalöse Entfernung des Göring-Hirsches aus der Sonderausstellung beklagt wurde quasi als Akt der Barbarei. Autor dieses Artikels vom 28.11.2008 war der Lüneburger Gerd G. von Harling, der Ausstellungsmacher selber, sozusagen ein Repräsentant der regionalen Jagdszene, denn er ist Mitglied bei der „Lüneburger Jägerschaft“ und dort im Bereich der Obleute als Berichterstatter tätig, was wiederum Rückschlüsse auf die nachhaltige und unkritische Zuarbeit dieser Szene sowohl für die in der Landsmannschaft Organisierten wie auch die musealen Ostpreußen zulässt.



Grundsätzliche Gedanken zum NS-Heldengedenken trägt die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen vor:

„Das "Heldengedenken" der Nazis: Im Nationalsozialismus wurde der "Volkstrauertag" instrumentalisiert und in "Heldengedenktag" umbenannt. Auch heute mobilisieren Nazis bundesweit zu Veranstaltungen anlässlich des "Heldengedenktags" und bekennen sich damit offen zum Nationalsozialismus und all seinen Verbrechen.

Der historische Nationalsozialismus ist für Nazis bis heute Maßstab ihrer politischen Theorie und Praxis. Blickt Mensch auf Naziaktivitäten aus den letzten Jahren, so zeigt sich, dass kaum ein Thema so präsent und attraktiv für die extreme Rechte ist, wie die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Mit der Wortwahl "Heldengedenken", greifen die Nazis ganz bewusst auf einen nationalsozialistischen Begriff zurück. Zu ähnlichen Anlässen, wie zum Beispiel den Protesten gegen die Wehrmachtsausstel-



(Internet-Selbstdarstellung: Gerd G. von Harling)

16. November

Die Lüneburger NPD und die „Freien Kräfte Lüneburg“ nahmen den Volkstrauertag zum Anlass, auch 2008 wieder ein „Heldengedenken“ durchzuführen. 12 Personen, darunter auch mehrere Kinder, trafen sich dazu in Kolkhagen bei Melbeck und legten am örtlichen Kriegerdenkmal einen Kranz nieder.

lung oder den Rudolf-Heß-Gedenkmärschen konnten Neonazis stets mehrere Tausend Anhänger_innen mobilisieren - organisationsübergreifend und teilweise europaweit. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus schafft insofern einen für die rechte Szene wichtigen Brückenschlag zwischen Alt - und Neonazis.

Die deutschen Soldaten werden von extrem rechter Seite als Verkörperung des idealen nationalsozialistischen Menschenbildes angesehen. Dazu gehören militaristische, patriarchale und antiemanzipatorische Elemente, wie das soldatische Gemeinschaftsgefühl, das Kämpfen für das Vaterland, der Untertanengeist oder die Selbstaufopferung für das Wohl der "Volksgemeinschaft" bis hin zur bewussten Inkaufnahme des eigenen Todes. Mit dem Versuch, die Angehörigen der SS und Wehrmacht als "Helden" darzustellen, soll ein positiver Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt werden. Es geht den Nazis auch darum, die Verbrechen des 3. Reiches zu relativieren und sich dadurch indirekt positiv auf die Shoah und den Vernichtungskrieg der Deutschen zu beziehen, sowie darum, auf diese Weise Antisemitismus, Rassismus, patriarchale Unterdrückung und eine totalitäre Gesellschaftsordnung auch in der Gegenwart zu propagieren.“ (antifa)

31. November

Die Landeszeitung veröffentlicht ein ganzseitiges Interview mit Vize-Generalinspekteur Johann-Georg Dora über den Zweck des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Überschrift: „Wie sind kein bewaffnetes THW“

3. Dezember

Nach mehrmonatiger Umbauphase eröffnet der Naziladen „Temple of Football“ in Lüneburg an seinem neuen Standort in der Altenbrückertorstrasse. Ein größeres Aufgebot der Polizei sicherte den Naziladen und sperrte den Zugang ab. „Laut Polizeisprecher Kai Richter kamen zur Eröffnung rund 35 Personen der 'rechten Szene'.“ (LZ)

Bespaßer Alfred Heger in der „lünepost“: „Lasst doch die Rechten dort ihre Marken quasi als „Dresskot“ verkaufen.“ (lünepost v. 10.12.)

4. Dezember

Nach jahrzehntelangen Protesten gegen die Ehrung des Namensgebers der Carl-Peters-Straße entschließt sich der Rat der Stadt, diese Straße umzubenennen.

1937 erhielt die Carl-Peters-Straße ihren Namen. Carl Peters wurde von den Nazis als Kolonialheld gefeiert, als Repräsentant einer chauvinistischen und menschenverachtenden Kolonialpolitik des Deutschen Reiches unter Wilhelm II. Wie viele andere Kolonialisten seiner Zeit vertrat er eine Mischung von pangermanischen, antisemitischen und unverhohlenen rassistischen Ideen. Vom Verhalten Carl Peters' in Afrika, der offiziell als Gründer von Deutsch-Ostafrika bezeichnet wird, ist bekannt, dass sein besonders brutales Vorgehen gegen die einheimische Bevölkerung dreimal zu Untersuchungen führte. Bei dem geringsten Widerstand wurden die Einheimischen getötet, weshalb er den Beinamen „Hänge-Peters“ erhielt.

Die örtliche VVN-BdA schlug als neuen Straßennamen den Namen des Sinti-Kindes Franziska Reiminius vor. Das im Mai 1931 geborene Sinti-Mädchen wohnte ab Januar 1942 mit ihrer Familie zwangsweise in einer Barackensiedlung am Ausgang der Carl-Peters-Straße, am „Bardowicker Wasserweg 4“. Von dort wurde sie mit allen anderen Sinti der Siedlung am 9. März 1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie im Januar 1944 umgebracht wurde. Durch die Umbenennung in Franziska-Reiminius-Straße, soll auch stellvertretend an die Verfolgung, die Deportation und die Ermordung der Gruppe der Lüneburger Sinti erinnert werden, für es in Lüneburg keinen Erinnerungsort gibt.

Die Parteien „Bündnis 90/Die Grünen“ und „Die Linke“ unterstützten im Rat der Stadt diesen Vorschlag. Umbenannt wurde diese Straße durch Mehrheitsbeschluss (SPD und CDU) in „Albert-Schweitzer-Straße“.

Mitte Dezember

Der Seniorentreff „Parlü“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wird von Neonazis mit Parolen beschmiert. Neben Anti-Antifa-Parolen werden außerdem diverse Naziaufkleber angebracht. (antifa)

17. Dezember

Anlässlich des Anschlags auf den Passauer Polizeichef Alois Manichl erscheint ein Porträt über Thomas Wulff in der Landeszeitung:

„Wulff ist in der braunen Szene unter dem Spitznamen „Steiner“ eine Größe. Der Name leitet sich von einem SS-Obergruppenführer ab. Wulff ist in Lüneburg bekannt, er trat bei Neonazi-Aufmärschen immer wieder als Redner und Agitator auf. Er gilt als Bundeglied zwischen der NPD und den

militanten Kameradschaftskreisen.“ Im Jahre 1999 hat sich Wulff „unweit von Neuhaus gemeinsam mit dem Lüneburger Neonazi Michael Grewe für rund 300.000 Mark in Amholz ein ehemaliges Herrenhaus gekauft...“(LZ)



Immer wieder bei rechtsextremen Aufmärschen in Lüneburg dabei: Thomas „Steiner“ Wulff. Mit seiner Arbeitermütze gehört er zu den führenden Figuren am rechten Rand. Foto: t & w

19. Dezember

Im „Interview der Woche“ der Landeszeitung warnt Dierk Borstel (Mitarbeiter am „Institut für Politikwissenschaft“ der „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“) vor einem „Abdriften des rechtsextremen Milieus zu terroristischer Gewalt. Welche Dynamik das noch entfalten wird, ist noch nicht absehbar ... Es gibt Bewaffnung, einen Revolutionspathos, und wenn man an Aufrufe denkt wie 'die Zeit ist reif', ist eine hohe Gewaltbereitschaft nicht zu übersehen. ... Im Rechtsextremismus gibt es ... autonome Einzelkämpfer, die sich dann berufen fühlen, die Vollstreckung zu vollziehen.“(LZ)

20. Dezember

Bernhard Reinecke kritisiert in einem Leserbrief an die Landeszeitung die antifaschistischen Proteste anlässlich der Wiederöffnung des Naziladens „Temple of Football“ im neuen Ladenlokal in der Altenbrückertorstraße und fordert eine Freiheit für die Faschisten bei ihrer Bekleidungs- und Ausrüstungswahl: „Es ist eine Scheußlichkeit und Pietätlosigkeit ohnegleichen, nur kurze Zeit nach dem 70. Jahrestag der Pogromnacht den Geschäften Andersdenkender“ Schaden zuzufügen „... Mag sein, dass es sich bei den Betreibern des „Tempels“ um Angehörige der rechten Szene handelt, ... Wer politisch anders Gesinnten Gewalt androht, zufügt

und deren Eigentum beschädigt, handelt zutiefst undemokratisch.“(LZ)

22. Dezember

Zum 180. Geburtstag der Lüner Kaserne widmet die Landeszeitung dieser Militaristenunterkunft einen fast ganzseitigen Artikel. Die bedeutende Rolle des Lüneburger Militärs bei Aufstieg und Sicherung der Nazi-Herrschaft sowie ihre 2.-Weltkriegs-Verbrechen werden nicht genannt, dafür in nostalgischer Form ein Dragoner-Darsteller präsentiert unter der Überschrift „Bewegte Vergangenheit“. (LZ)



In historischer Uniform vor historischem Gebäuden – Oliver Duddeck als Unteroffizier in der ehemaligen Lüner Kaserne Foto: t & w

Bewegte Vergangenheit

23. Dezember

In der Weihnachtsausgabe der Werbezeitung „Die Kreisboten“ findet sich eine großformatige Anzeige der CDU, in der der CDU-Bundestagskandidat Eckhard Pöls und der Landtagsabgeordnete Bernd Althausmann ihre Weihnachts- und Neujahrswünsche übermitteln und sich dabei positiv auf Henry Ford beziehen. Ford aber war nicht nur ein erfolgreicher Automobilfabrikant, sondern auch ein übler Antisemit, dessen Veröffentlichungen auch die geistigen Grundlagen für die deutschen Nationalsozialisten und den Holocaust darstellten. (Die Kreisboten)

21. Dezember

Zwei Neonazis schlagen in Hohnstorf auf einen 16-jährigen ein, der zum linken Spektrum gehört. „Das Opfer erleidet Prellungen am Brustkorb.“(LZ)

2009

Januar

Wie bereits im Dezember 2008 kommt es wieder zu Sachbeschädigungen bei dem Seniorentreff des Paritätischen Wohlfahrtsverbands „Parlü“, der von Neonazis mit Parolen beschmiert wird. Neben Anti-Antifa-Parolen wurden außerdem diverse Naziaufkleber angebracht. (antifa)

2. Januar

Wegen der Neonazi-Attacken auf den Seniorentreff des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wendet sich der Geschäftsführer dieser Einrichtung über die Landeszeitung an die Öffentlichkeit und appelliert: „Helfen Sie uns, halten Sie die Augen offen!“ (LZ)

3. Januar

„Unter Beschuss geraten ist in der Silvesternacht eine Streifenwagenbesatzung. Die Ordnungshüter wurden gegen 4 Uhr früh aus der Altenbrückertorstraße von mehreren Angreifern erst mit Böllern, anschließend mit einer Glasflasche beworfen. Den 25-jährigen Flaschenwerfer, der sein Ziel verfehlte, machten die Beamten dingfest ... Strafverfahren

wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung (wurden eingeleitet). Angerückt waren die Polizisten wegen der Auseinandersetzungen um den Neonazi-Laden... Die Polizei (schließt) einen Zusammenhang mit den Graffiti-Schmierereien am Seniorentreff Parlü (nicht aus).“ (LZ)

15. Januar

In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar werden gegen die Scheiben des Kinder- und Jugendladens der Falken in Lüneburg Steine geworfen und zwei Scheiben werden dadurch stark beschädigt. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um einen gezielten Angriff von Neonazis auf den linken Jugendverband handelt. Am selben Tag treffen sich einige Neonazis in einer Lüneburger Kneipe, darunter der Lüneburger Naziaktivist Paul Plagemann und der Anführer der Kameradschaft „Snevern Jungs“, Matthias Behrens aus Schneverdingen. Beide gehören zum Führungszirkel der niedersächsischen Kameradschaften. Plagemann betreibt in Lüneburg das Tattoostudio „Black Crow“ in der Lüneburger Straße. (antifa)



30. Januar

Angesicht einer für den 31. Januar geplanten Protestkundgebung der VVN-BdA und der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen vor dem Ostpreußischen Landesmuseum erscheint im neonazistischen „Thiazi Forum“ ein Aufruf mit dem Titel „Erhalt des Preußischen Landesmuseums und Selbstschutz nationaler Läden in Lüneburg!“ und „Widerstand gegen Antifa Kundgebung“. In diesem Aufruf solidarisieren sich die Autoren mit dem Ostpreußenmuseum und den Vertriebenenverbänden. Die Autoren des Aufrufs fordern ihre „Kameraden und Kameradinnen“ auf, sich am nächsten Tag um 11 Uhr am Naziladen „Hatecore“ einzufinden. Die Nazis wollen „der Antifa und der mit ihr kooperierenden Stadt einen gehörigen Gegenwind entgegen blasen!“

Statt des Gegenwinds protestierten über 100 Menschen vor dem Museum. In einem Dossier mit der Überschrift „Den braunen Sumpf trocken legen – Das Ostpreußische Landesmuseum schießen! Kein Raum für Geschichtsrevisionismus und Revanchismus!“ wird über die ideologischen und strukturellen Verflechtungen dieses Museums mit den Vertriebenenverbänden im Rechtsaußen-Spektrum aufgeklärt: (antifa/VVN-BdA)

„In den letzten Monaten geriet das Ostpreußische Landesmuseum mal wieder in die Schlagzeilen. Die unkommentierte Ausstellung von Jagdtrophäen von Hermann Göring zeigte erneut, was für eine unkritische Geschichtsauffassung im Ostpreußenmuseum vorherrscht.“

Doch dieser erneute Skandal darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass so etwas kein einmaliger Ausrutscher des Museums, ein Versehen oder eine „Instinktlosigkeit“ gewesen wäre. Seit der Gründung des Museums haben dort Personen das Sagen, die geschichtsrevisionistische und revanchistische Positionen vertreten. Die Landsmannschaft Ostpreußen, der Stiftungsrat des Museums oder der Förderkreis des Museums werden von Personen gelenkt, die verschiedenste Verbindungen zu extrem rechten Organisationen pflegen. Die VertriebenenvertreterInnen sehen in ihrem Museum eher einen Revanchistentempel, als eine wissenschaftlich, pädagogisch arbeitende Bildungseinrichtung, die Flucht und Umsiedlung in einen historisch korrekten Zusammenhang stellen und dabei auch die eigentlichen Ursachen benennen.“

Als das heutige Ostpreußische Landesmuseum am 26. Juni 1987 in der Ritterstraße eröffnet wurde, war der ehemalige SS-Obersturmführer Freiherr Otto von Fircks Vorsitzender des Trägervereins des Museums. Freiherr Otto von Fircks war Vorsitzender der faschistischen „Deutschen Studentenschaft“ in

Riga und später als SS-Obersturmführer im zentralen „Ansiedlungsstab beim höheren SS- und Polizeiführer Wartheland“ tätig. Er war für die Vertreibung und Deportation von Polen und Juden zuständig, die durch sog. „Volksdeutsche“ ersetzt wurden. Er selbst erhielt im Zuge dieser „Aussiedlungen“ das 248 ha große Gut Studzien zugesprochen, das einer vertriebenen Polin geraubt wurde. Nach dem Krieg engagierte sich der CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordnete in der Vertriebenenpolitik: Er war Geschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), stellvertretender Vorsitzender der „Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen“ in der CDU Niedersachsen und Vorstandsmitglied des „Arbeitskreises für Ostfragen“ der niedersächsischen CDU.

Das Ostpreußenmuseum:

Das Ostpreußische Landesmuseum ist Manipulationsinstrument der Landsmannschaft Ostpreußen, in ihrem Konzept der Großdeutschland-Politik und zugleich Nährboden für die extreme Rechte. Ihre einseitige und verfälschende Geschichtsdarstellung hat die Entsorgung der deutschen Geschichte von der faschistischen Vergangenheit zum Ziel.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland proklamieren die revanchistischen Organisationen, wie Landsmannschaften und der BdV, territoriale Ansprüche in Polen, Russland und Tschechien und fordern die Rückgabe „verlorener Güter“.

Träger des Ostpreußischen Landesmuseums ist die „Ostpreußische Kulturstiftung“, welche eng mit dem „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum“ und anderen Vertriebenenorganisationen verwoben ist. Vorsitzender des Stiftungsrats ist der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO), Wilhelm von Gottberg aus Schnega.

Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum: *Der „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ hat sich zur Aufgabe gemacht, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ideell und finanziell zu unterstützen und an den Gründer dieses Museums - Hans-Ludwig Loeffke - zu erinnern. Dieser Förderkreis stellt aber auch ein Netzwerk von Vertriebenen dar und kann als Scharnierorganisation zwischen dem organisierten Neofaschismus und Konservatismus angesehen werden. Auf den jährlichen Mitgliederversammlungen mit Vortragsveranstaltungen versammeln sich Vertriebenenfunktionäre, Vertreter der extremen Rechten und Konservative.*

Vorsitzende dieses Förderkreises ist die Vertriebenen-Multifunktionärin Barbara Loeffke aus Lüneburg, die auch Kreisvorsitzende des BdV und die Landesvorsitzende der LMO ist.

Barbara Loeffke, die mit Hans-Ludwig Loeffke verheiratet war, ist seit Jahren für ihre Kontakte und Zusammenarbeit mit Personen und Gruppierungen der extremen Rechten bekannt. So nahm an einer Kranzniederlegung des Lüneburger BdV am 8. Mai 1985 auch eine Delegation der örtlichen NPD teil.

Der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" verleiht bei seinen Mitgliederversammlungen alljährlich den "Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnispreis". 1991 wurde dieser z.B. an den Niederländer Frans du Buy verliehen. Frans du Buy tritt immer wieder auf Vertriebenveranstaltungen auf und publiziert in Zeitschriften des neofaschistischen "Witikobund" oder dem "Bund für Gesamtdeutschland"...

Die völkische Ideologie der Vertriebenenverbände: Im Hintergrund sämtlicher politischer Forderungen der Vertriebenenverbände steht ein völkisches Gesellschafts- und Staatsverständnis. In diesem Denken wird nach rassistischen oder kulturalistischen Kriterien ein angeblich besonderes "deutsches Volk" (bzw. "deutsche Stämme") konstruiert, das seine Identität nur auf "angestammtem Boden" und ohne "fremde Einflüsse" bewahren kann. Der Volksbegriff beschreibt nicht schlicht die Bevölkerung eines Staates, sondern eine angeblich spezifische, kulturell homogene und unveränderliche Gruppe gemeinsamer biologischer Abstammung. Deutsch ist nach diesen rassistischen Kriterien, wer seine "deutsche Abstammung" beweisen kann und sich zum "Deutschtum" bekennt. Nach diesem Verständnis werden einerseits viele in Deutschland lebende Menschen nicht dazugezählt, andererseits werden "Volksdeutsche unter fremder territorialer Verwaltung" konstruiert. Entsprechend dieser völkischen Blut-und-Boden-Ideologie wird der Status als "Vertriebener" weitervererbt, so dass sich in dieser Logik neben der Tätergeneration auch ihre Enkel, Urenkel etc. als "Opfer der Vertreibungen" darstellen können. Aus diesem völkischen Denken samt seiner Blut-und-Boden-Ideologie heraus existiert die Idee vom "deutschen Boden" in den osteuropäischen Ländern fort.

Nicht Opfer, sondern Täter! Die Vertriebenenorganisationen erheben bis heute revanchistische Ansprüche gegenüber Polen, Tschechien und Russland. Die Mitglieder dieser Organisationen, obwohl zum Teil in dritter Generation in der BRD lebend, begreifen sich immer noch als "Vertriebene" und die ehemaligen Ostgebiete als ihre "Heimat". Nur ein völkisches Nationenverständnis lässt die Annahme zu, dass sich ein "Vertreibungstatus" über das Blut bis heute vererben lässt. Aggressiv fordern die "Vertriebenen" dementsprechend ein "Recht auf Heimat" mit territorialen Forderungen gegenüber Deutschlands Nachbarstaaten. Die dazu auch von der Landsmannschaft Ostpreußen vor ein paar Jahren aufgebaute "Preußische Treuhand" war selbst dem BdV zu aggressiv revanchistisch, eine Unterstützung wurde versagt. Von den Vertriebenenverbänden werden gültige völkerrechtliche Verträge wie das Potsdamer Abkommen oder die 2+4 Verträge in

Frage gestellt, bestehende Grenzen angezweifelt, die Schuld Deutschlands am 2. Weltkrieg relativiert und die osteuropäischen Nachbarn zu Tätern, die Deutschen, die millionenfachen Tod nach Polen und in die Sowjetunion brachten, hingegen zu Opfern gemacht. In diesem Zusammenhang betonen die "Vertriebenen" immer wieder scheinbar großmütig den "Verzicht auf Rache" in ihrer Grundsatzcharta. Eine Aussage, welche auf die Opfer und Angehörigen des deutschen Vernichtungskrieges nur als Drohung wirken kann.

In Vereinigungen wie dem BdV, in Burschenschaften, neurechten Think Tanks, Zusammenschlüssen von ehemaligen Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen und verschiedenen militaristischen Verbänden wird ein Weltbild gepflegt, welches die gesellschaftlichen Verhältnisse weiter nach Rechtsaußen verschieben soll. Einrichtungen und Vereinigungen wie z.B. das "Ostpreußische Landesmuseum", das Studienzentrum Weikersheim oder der "Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum" sollen dabei ein scheinbar seriöses Erscheinungsbild erzeugen und öffentlichkeitswirksam arbeiten: Erzeugt wird dadurch ein gesellschaftliches Grundklima von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und deutschem Opfermythos.

Das Ostpreußische Landesmuseum schließen!

Nach dem aktuellen Skandal im Ostpreußenmuseum werden - wieder einmal - personelle und inhaltliche Konsequenzen gefordert. Allerdings ist zu befürchten, dass es mal wieder nur bei wortreichen Absichtserklärungen bleibt und es zu keinen umfangreichen Veränderungen kommt.

Wir vertreten die Position, dass das Museum sofort geschlossen und jegliche finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Kommune, das Land und den Bund eingestellt werden muss. Der jetzige Stiftungsrat mitsamt der "Ostpreußischen Kulturstiftung" ist aufzulösen und jegliche Einflussnahme durch die LMO und anderer Vertriebenenverbände ist zu unterbinden. Danach muss dem Museum ein neues - den geschichtlichen Wahrheiten verpflichtetes - wissenschaftliches Konzept gegeben werden. Da das Museum ausschließlich durch Steuergelder betrieben wird, ist es entweder durch das Land Niedersachsen oder den Bund zu betreiben.

Eine Neukonzeptionierung des Museums ist überfällig. Die Diskussion zur Neuordnung der Museumslandschaft in Lüneburg sollte genutzt werden, um dem Ostpreußischen Landesmuseum eine wissenschaftliche und demokratische Grundlage zu geben und eine wissenschaftlich, pädagogisch arbeitende Bildungseinrichtung zu schaffen, die Flucht und Umsiedlung in einen historisch korrekten Zusammenhang stellt und dabei auch die eigentlichen Ursachen benennt. (antifa/VVN-BdA)

1. Februar

In der Februar-Ausgabe der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ kündigt die Nazipartei einen bundesweiten Infostand-Aktionstag an. Es ist die zweite Aktion dieser Art, die für den 7. März angekündigt wird. „Ab sofort“, so NPD-Generalsekretär Marx, „muß verstärkt in der Öffentlichkeit Gesicht gezeigt werden. Die NPD muß in der öffentlichen Wahrnehmung mit Personen vor Ort, aus der Mitte des Volkes, wahrgenommen werden.“ Für diesen Infostand-Aktionstag soll es dieses Mal sogar eine eigene „Werbezeitung“ mit dem Titel „Jetzt reicht’s“ geben, die auch zur „gezielten Flächenverteilung“ genutzt werden könne. Die Werbezeitung wird allen Verbänden in Abnahmemengen zwischen 500 und 10.000 Exemplaren zu angeboten. (antifa)

11. Februar

Bezugnehmend auf einen LZ-Leserbrief des Sprechers der Lüneburger VVN-BdA (zur „stillen“ Umbenennung der „Carl-Peters-Straße“) schickt ein anonymes Schreiben ihm einen Schmähbrieff ins Haus „Dem Autor muss ein hohes Maß an ideologischer Beschränktheit, Bereitschaft zu Hass und Hetze attestiert werden: eine armselige Kreatur!“ (VVN-BdA)

28. Februar

Beschädigung eines Fensters des Infocafe’s Anna & Arthur durch Neonazis. (antifa)

14. März

Die NPD und UWL führen einen Infostand in Neuhaus durch. (antifa)

25. März

Nach einer Veranstaltung des Lüneburger „Bündnis für Demokratie /Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ mit der Journalistin Andrea Röpke tauchen mehrere Neonazis vor der Wohnung von Antifaschist/-innen auf und verfolgen diese. (antifa)

1. April

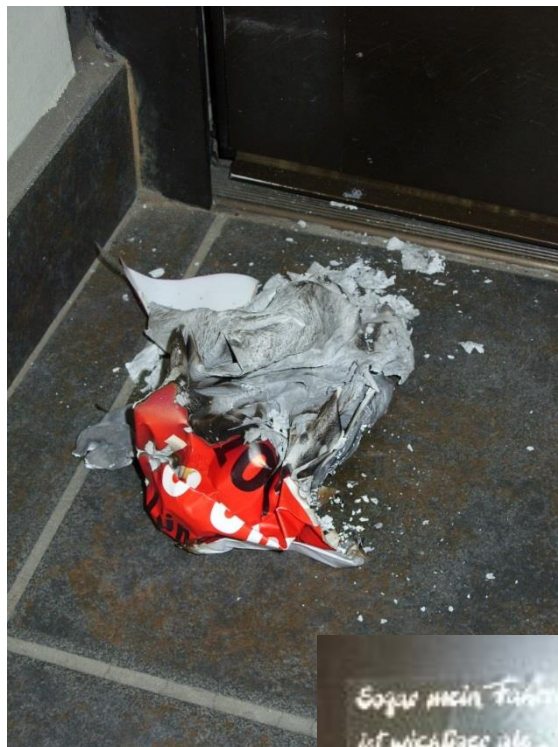
Der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy (SPD) referiert auf einer Veranstaltung der örtlichen Sozialdemokraten im Hotel Bergström und warnt: „Kommunen, die keine Gegenwehr etwa gegen die Ansiedlung von rechten Szeneläden leisten, riskieren Nachzugeffekte.“ Während seines Vortags „üben sich Neonazis in Einschüchterungsposen“ vor der Eingangstür des Hotels. (LZ)

4. April

Die „Nationalen Sozialisten Niedersachsens“ halten eine Kundgebung am NSDAP-Gauleiter-Telschow-Gaul vor dem Museum in der Wandrahmstraße ab. Christian Berisha fordert eine Meinungsfreiheit für Nazis. Die vielen anwesenden Polizisten hören zu.

4. April

Nachdem bereits mehrfach die Wohnung des Lüneburger Sprechers der VVN-BdA in der Innenstadt Ziel von Neonazi-Attacken war (der Hauseingang wurde großflächig mit antisemitischen Aufklebern bekleistert), kommt es in der Nacht zum 5. April zu einem Brandversuch. Ein Plakat gegen eine Nazi-Demo, welches im Eingangsbereich des Hauses aushing, wurde in Brand gesteckt. Ein Übergreifen des Feuers auf die leichtentzündliche Ware des Geschäftes im Erdgeschoss des Fachwerkhouses konnte lediglich deshalb verhindert werden, weil die Eingangstüren aus Metall und feuersicher sind. Damit kein Zweifel über die Verursacher herrscht, hinterließen die Brandstifter ebenfalls antisemitische Aufkleber am Ort. (VVN-BdA)



8. April

Auf dem Campus der Leuphana-Universität werden Naziplakate verklebt. (antifa)

11. April

Etwa 200 Neonazis wollen einen Aufmarsch in Lüneburg durchführen, aber bereits kurz nach ihrer Zusammenkunft am Bahnhof können sie ihren geplanten Zug nicht fortsetzen. Zur selben Zeit nämlich hatte eine Bündnisdemonstration mit mehr als 2.500 Menschen ein sichtbares Zeichen gegen die Menschenverachtung der Nazis gesetzt. Nachdem am Vormittag bereits das „Bündnis für Demokratie/ Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ auf einer Großkundgebung sich energisch gegen diesen Neonazi-Aufmarsch ausgesprochen hatte, bewegten sich die meisten Demonstrationsteilnehmer durch die Stadt und es gelang ihnen, die Aufmarschroute der Neonazis zu blockieren, indem sie eine Brücke am Stintmarkt besetzten: Der Nazi-Aufmarsch musste bis zum Abschluss der Räumung durch die Polizei aufgehalten werden. Nun gab es bei den Neonazis mehrere Übergriffe auf Polizisten und einen Ausbruchversuch aus dem gesicherten Bereich, der aber durch starke Polizeieinheiten unterbunden wurde. Der Anmelder der Nazi-Demonstration, Christian Sternberg, brach die Verhandlungen mit der Polizei ab. Daraufhin löste die Polizei den Neonazi-Aufmarsch auf, begleitete die Teilnehmer/-innen zur Bahn und schickte sie nach Hause.

Die von der Polizei eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen 167 Blockierer/-innen mussten später „wegen Geringfügigkeit“ eingestellt werden. (LZ/Die Falken)



Als die Ordnungshüter die Bahnhofstraße absperren, versuchen die Rechten am Ostersonnabend 2009, die Polizeikette in Richtung Bleckeder Landstraße zu durchbrechen. Das konnten die Beamten verhindern. Insgesamt waren mehr als 2000 Polizisten im Einsatz. Foto: A/be



19. April

In der Nacht vom 19. auf den 20. April 2009 kommt es erneut zu einer Attacke von Nazis auf die Wohnung des Sprechers der Lüneburger VVN-BdA. Im Eingangsbereich des Hauses werden mit schwarzer Farbe Hakenkreuze sowie „Anti-Antifa“ und „C 18“ gesprüht, der Briefkasten wird mit Neonaziaufklebern beklebt. (VVN-BdA)



das zu einer Teilnahme am Neonazi-„Arbeiterkampftag“ am 1. Mai in Hannover aufruft. Außerdem wurden Aufkleber von Christian Worch verklebt mit dem Motto „Mach mit! Hol Dir Deine Stadt zurück! Jugend zu uns!“ der Neonazi-Kameradschaft 73 aus Celle.

23. Mai

Unter Führung des „Hatecore“-Ladenbetreibers Christian Sternberg marschieren 120 Neonazis durch die Stadt, u.a. Adolf Dammann und Manfred Börm, Lasse Krüger (JN), Christian Worch und Markus Privenau („Freie Kräfte - Aktionsbüro Hamburg“), Thomas Wulff (NPD Bundesvorstand und Dieter Riefling (Kameradschaftsaktivist aus Hildesheim).

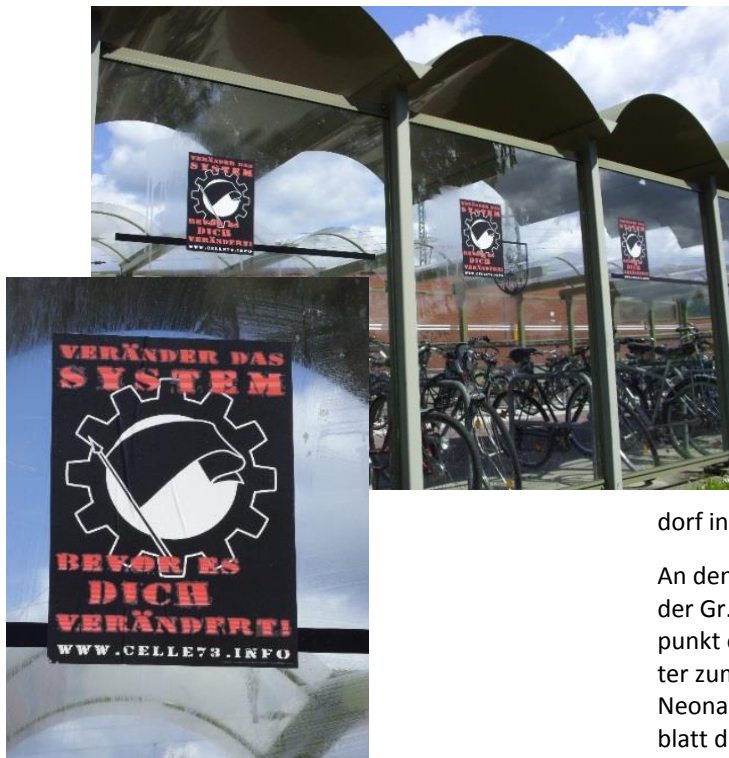
Die Polizei unterbindet mit härtesten Mitteln jeden Versuch, die Aufmarschrouten der Neonazis zu blockieren. (antifa)

24. April

In der Nacht vom 24. auf den 25. April 2009 kommt es wieder zu einem Angriff von Nazis auf den Wohnbereich des Sprechers der Lüneburger VVN-BdA. Der Eingangsbereich des Hauses wird mit Flugblättern von Dennis Bührig (Celle) beklebt,



Mit ähnlichen Neonazi-Parolen wird im Bereich des Bardowicker Bahnhofs die Fahrradständer-Anlage großformatig beklebt. (VVN-BdA)



24. Mai

Der „blick nach rechts“ berichtet über den Landesparteitag der niedersächsischen NPD in Handorf, unter ihnen Anhänger der als gewaltbereit geltenden neonazistischen „Kameradschaft Snevern Jungs“ und der „Kameradschaft Celle 73“:

„Nach langjährigen Querelen hat es der Buxtehuder Neonazi Adolf Dammann nun an die Spitze des niedersächsischen Landesverbandes der NPD geschafft. Mit der Ablösung des als gemäßigt geltenden Ulrich Eigenfeld scheint sich auch die NPD in Niedersachsen zu verradikalisieren. Eigenfeld gehört dem niedersächsischen Landesvorstand nach NPD-Angaben nicht mehr an. Dammann, früher Reisekader der Partei, später enger Verbündeter des als äußerst extrem geltenden „Aktionsbüros Nord“ in Hamburg, hatte bereits 2007 in Scharfeld versucht, Eigenfeld mit Hilfe der Kameradschaften zu stürzen. Damals war er an Andreas Molau als Spitzenkandidat gescheitert. Nachdem Molau jetzt das Feld geräumt hatte und zur DVU gewechselt war, wurde der Weg frei. Beim konspirativ organisierten Parteitag in Handorf in einem Militärzelt auf dem Gelände von Bundesordnungsdienst-Chef Manfred Börm wählten die rund 70 Delegierten

Matthias Behrens von der Kameradschaft „Snevern Jungs“ zum stellvertretenden Vorsitzenden. Mit Börm und Christian Berisha wurden gleich zwei ehemalige Unterstützer der kürzlich verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) in den Vorstand gewählt. Als einzige Frau ist Ricarda Riefing aus Hildesheim, Vorsitzende des Unterbezirkes Oberweser und Aktivistin des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF), vertreten.“ Malte Holzer aus Amelinghausen wurde wieder zum Landesgeschäftsführer bestimmt. (bnr)

25. Juli

Sieben junge Neonazis aus dem Landkreis Harburg-Land und Lüneburg verteilen Flugblätter der NPD, und der „Jungen Nationaldemokraten“ für einen Naziaufmarsch am 1. August 2009 in Bad Nennedorf in der Lüneburger Innenstadt.

An den um 10.40 Uhr verlegten Stolpersteinen in der Gr. Bäckerstraße halten sich zu diesem Zeitpunkt einige Personen auf und es werden Infoblätter zum Hintergrund der Verlegung verteilt. Die Neonazis bedecken zunächst mit einem NPD-Flugblatt die Stolpersteine, die an die jüdischen Nazi-Opfer Hulda und Adolf Schickler erinnern, und pöbeln anschließend die Anwesenden an. Passanten/-innen riefen daraufhin um Unterstützung. Die Neonazis wurden aufgefordert, die Verteilung der Flugblätter zu beenden und wurden dann - umringt von den Antifaschisten/-innen - zum Naziladen "Hatecore" geführt. Dort verblieben die Neonazis noch rund 45 Minuten und verschwanden dann gemeinsam mit Christian Sternberg. (antifa)

4. August

Vor dem Landgericht Lüneburg findet das einstweilige Verfügungsverfahren gegen den Nazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger statt. Die 3. Zivilkammer des Landgerichts verurteilt Rieger auf Räumung des Hotels Gerhus in Faßberg und Herausgabe des Objekts an den Zwangsverwalter. (LZ)

10. August

In der Nacht zum 11. August werden in der Bardowicker Straße vor dem Schuhhaus Schnabel zwei Stolpersteine aus dem Pflaster gehoben und entwendet. Die Steine erinnerten an die vormaligen Besitzer des Schuhhauses Sally Baden und Lucie Behr-Baden, die 1941/42 über Hamburg nach Riga deportiert und in Minsk ermordet wurden. (LZ/Stolperstein-Initiative Lüneburg)

12. August

Weitere Stolpersteine im Innenstadtbereich werden in der Nacht zum 13. August beschmiert.

13. August

Die beiden Neonazis Lasse Krüger und Hannes Weiß versuchen, Propagandamaterial der NPD (NPD-Zeitungen) in Briefkästen zu stecken. Sie werden entdeckt und müssen ihre Aktion abrupt beenden. Ein Großteil der Zeitungen landet im Altpapier. (antifa)

15. August

Elf Nachwuchs-Nazis aus Lüneburg und der Gegend um Buchholz und Tostedt treffen sich am Lüneburger Naziladen „Hatecore“, um dann in kleineren Gruppen Richtung Innenstadt zu ziehen und dort eine „großangelegte Verteilaktion“ von Propagandamaterial durchzuführen, was ihnen nicht gelingt, weil sie von Antifaschisten/-innen begleitet werden. Als ein Nazigrüppchen an einem Antifa-Info-stand vorbeigehen will, stellen sich Antifas mit einem Transparent ihnen entgegen. Anwesende Polizeibeamte drängen die Antifas ab und machen so den Nazis den Weg frei. Ein Polizeibeamter hält sich dabei am Transparent fest. Daraufhin fordern Polizisten die Personalien von zwei Antifaschisten und eröffnen ihnen, dass gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen „Nötigung“ eröffnet werde. Ihnen wird vorgeworfen, einen Polizeibeamten in das Transparent eingewickelt zu haben. (antifa)

17. August

Alljährlich finden rund um den 17. August Aktivitäten von Neonazis statt, mit denen sie an den Todestag von Rudolf Heß erinnern, der angeblich ermordet wurde, und den Nationalsozialismus verherrlichen wollen.

Nachdem bekannt wurde, dass Neonazis wie an anderen Orten auch in Lüneburg in den Abendstunden einen „Flashmob“ durchführen wollen (im Clamartpark), um dort ihr Nazi-Idol Rudolf Heß zu ehren, wurden Gegenaktionen gestartet und eine Kundgebung auf dem Marktplatz durchgeführt unter dem Motto: „NS-Verherrlichung stoppen!“. Die Neonazis mussten ihren flashmob abblasen. (antifa)

Die Stolpersteine in der Großen Bäckerstrasse, Am Sande und in der Oberen Schrankenstraße sind mit Aufklebern mit dem Konterfei des Hitlerstellvertreters und Naziverbrechers Rudolf Heß verunziert worden.

In Lüneburg wurde an einer Fußgängerbrücke über die Bockelmannstrasse die Parole "Hess - Es war Mord" gesprüht.

In Bardowick wird im Bahnhofsbereich für die NSDAP und Rudolf Heß mit Plakaten und Wandsprüchen Werbung gemacht.



Unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Nationalisten“ führen die Neonazis eine Kundgebung auf dem Lambertiplatz durch. Anmelder ist Manfred Börm (Handorf), der stellvertretende Landesvorsitzende der niedersächsischen NPD. Damit soll der eigentliche Charakter der Versammlung verschleiert werden: der Versuch, ein Forum zu schaffen, für ein öffentliches Gedenken an den Todestag von Rudolf Heß.)

Viele Menschen empört das Verhalten der Stadtverwaltung, den Neonazis zu diesem Zeitpunkt diesen Kundgebungsort unmittelbar vor dem Gewerkschaftshaus zu gestatten, weil zeitgleich zur Nazi-Mahnwache ein Treffen der Lüneburger Stolperstein-Initiative im Gewerkschaftshaus stattfinden soll. Die NPD'ler treffen sich am Naziladen "Hate

core" und nehmen dann mit insgesamt 23 überwiegend sehr jungen Nazis an ihrer „Mahnwache“ am Lambertiplatz teil. (antifa)

23. August

Die Lüneburger Landeszeitung berichtet unter der Überschrift „Das fliegende Auge“, dass das Aufklärungsbataillon „Lüneburg“, welches in Afghanistan zum Kriegsführen stationiert ist, dort bereits Drohnen des Systems „Kleinfluggerät Zielortung“ (KZO) einsetzt. (LZ)

29. August

Im Naziladen „Hatecore“ trifft sich ein knappes Dutzend Neonazis, um ihre Propagandaschriften in der Stadt zu verteilen, werden aber daran gehindert. Gegen 14 Uhr verlassen die Nazis den Laden wieder, um zu verschwinden. Eine Gruppe der Nazis parkte mit ihren PKW auf einem Parkplatz einer angrenzenden Schule, der zwischenzeitlich mit einer Schranke verschlossen wurde. Da sie den Parkplatz nicht mehr über die Straße verlassen können und sich einige anwesende Antifaschisten/-innen über diese Situation mittlerweile köstlich amüsieren, entschließen sich die Nazis zur wilden Flucht und durchfahren mit ihrem Fahrzeug eine Hecke und entkommen über eine Wiese. (antifa)

5. September

Die NPD kündigt an, sich mit einem Informationsstand in Lüneburg zu präsentieren. Für ihren Bundestagswahlkampf hatte der Lüneburger Neonazi Christian Berisha für die nächsten vier Samstage Infostände angemeldet, die aber von der Stadtverwaltung untersagt wurden, weil die nachgefragten Standorte durch Informationsstände anderer Parteien bzw. Organisationen komplett belegt seien. Der Lüneburger Neonazi und JN-Aktivist Lasse Krüger besucht darauf hin lediglich an diesem Tag den Naziladen „Hatecore“ und hält sich dort mit dem Nachwuchsnazi Felix Quade auf. (antifa)

12. September

Lüneburger Neonazis nehmen an einem Rechts-Rock-Konzert in Suderburg teil, wo in einem älteren Lagerhaus am Bahnhof drei Bands vor rund 60 rechtsorientierten Skinheads und Neonazis aufspielten. U.a. traten „Schall & Rauch“ und „Faustrecht“ dort auf. Die Hamburger Skinhead-Band „Schall & Rauch“ spielte schon mehrfach auf Nazikonzerten. Auch wenn sie sich in ihren Texten vermeintlich unpolitisch geben und es in erster Linie um die Subkultur der Skinheads geht, haben die

Bandmitglieder starke Bezüge in neonazistische Skinheadkreise. Die Band spielt ausschließlich vor rechtsorientierten Skinheads und ist mehrmals mit eindeutigen Nazibands aufgetreten. Die Gruppe „Faustrecht“ aus Bayern ist eine eindeutige Naziband. Immer wieder trat sie auf Nazikonzerten auf und in ihren Texten finden sich rassistische und antisemitische Inhalte. Sie ist u.a. auf der sogenannten „Schulhof-CD“ der NPD vertreten. Der Neonazi Oliver Adam aus Rotenburg/Wümme berichtet in einem neonazistischen Internetforum, dass von Konzertbesuchern/-innen der „Hitlergruß“ gezeigt wurde. Außerdem sollen einige Konzertbesucher einen anderen Konzertbesucher zusammengeschlagen haben. Organisiert wurde das Konzert vermutlich von Naziskinheads aus dem Landkreis Uelzen. Die örtliche Szene gruppiert sich dort um das Fanzine „Meinungsfreiheit“ von Maik Hagen und Dennis Meyer. Maik Hagen stammt aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und war dort von Anfang der 1990er Jahre bis 2000 in der Naziszene aktiv. Nach einer Haftstrafe, die Hagen im Jahr 2000 antrat, zog er zunächst nach Arendsee und lebt vermutlich seit Kurzem im Landkreis Uelzen. Das Fanzine „Meinungsfreiheit“ startete 1995 als eindeutige Nazizeitschrift. Heute versuchen die Herausgeber verschiedene Facetten der Skinhead-Kultur darzustellen. Dennis Meyer gehört seit Mitte der 1990er zur Uelzener Naziszene. Er nahm mit Angehörigen der regionalen Nazikameradschaft an mehreren Naziaufmärschen teil. Mit dem Uelzener Naziskinhead Hendrik Schröder und einer weiteren Person hat Dennis Meyer im August 2008 die OI-Band „Exterior Voice“ gegründet. (antifa)

12. September

Die NPD will in Lüneburg und Uelzen zwei Wahlkampfaktionen durchführen, in Lüneburg einen Infostand und in Uelzen eine Verteilaktion auf einer Bundeswehrveranstaltung. Beide Aktionen werden am Vortag auf der Homepage der NPD Lüneburg angekündigt. Da es ihnen nicht gelingt, diese Aktionen durchzuführen, nehmen mehrere Neonazis am Naziaufmarsch desselben Tages in Hannover teil. (antifa)

18. September

Der sozialdemokratische „blick nach rechts“ berichtet, dass es sich bei dem Drahtzieher des neofaschistischen "Netzradios Germania" wahrscheinlich um Christian Berisha handelt: Vermutlich verbirgt sich hinter dem Pseudonym des Moderators „Christian von der Heide“ kein geringerer als Christian Berisha aus der Lüneburger Heide. Zu hören

u.a. Manfred Börm, der ehemalige Bundesführer der HDJ Sebastian Rübiger, „Liedermacher“ Frank Rennie, Christian Sternberg aus Lüneburg, Stefan Köster, NPD Landeschef MV. (blick-nach-rechts)

22. September

Die beiden Lüneburger Neonazis Christian Berisha und Lasse Krüger hängen in den Abendstunden mehrere NPD-Plakate im Lüneburger Stadtgebiet auf. In der Nacht zum 23. September wird der Briefkasten des VVN-BdA-Sprechers demoliert und es werden dort Aufkleber der NPD angebracht. (antifa/VVN-BdA)



26. September

Die Neonazis Christian Berisha (Lüneburg), Niels Kandar (Neuhaus/Elbe) und Michael Grewe (Amholz, Meck-Pom) wollen in der Straße An der Münze NPD-Propaganda verteilen, werden aber daran gehindert von Antifaschisten/-innen, die ihrerseits Info-Flugblätter verteilen mit dem Titel: „Alles muss man selber machen. Weg mit der NPD!“. Zeitgleich versuchen acht weitere Neonazis mit Lasse Krüger im Innenstadtbereich Flugblätter und Zeitungen zu verteilen und erhalten dabei Unterstützung von 2 Personen aus Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern), die mit Michael Grewe anreisen. (antifa)

2. Oktober

Das „Aufklärungslehrbataillon 3 'Lüneburg'“ richtet einen „Traditionstag“ in der „Theodor-Körner-Kaserne“ aus zu Ehren aller Lüneburger Militärverbände, einschließlich der Nazi-Wehrmacht. „In seiner Ansprache beim Appell am Morgen sprach OTL

Geck, der Kommandeur des AufklBtl 3 u.a. davon, daß Traditionen den heutigen Soldaten viel geben könnten. Daher stünde auch ein Traditionstag, auf dem man sich nicht nur mit ehemaligen Soldaten der Bundeswehr, sondern auch mit den Angehörigen der Traditionsverbände austauschen könne, in der Traditionspflege der Bundeswehr.“ Unmittelbar vor der Kranzniederlegung im Ehrenhain hielt die Militärfarrerin eine Andacht für die „in Afghanistan gefallenen Soldaten des Bataillons“ sowie für die früheren, besonders auch für die Wehrmachtssoldaten. (LZ)

Ein Fototermin der alten Militärs vor neuem Kriegseinsatzgerät und mit den Kameraden der Bundeswehr beendet das Spektakel. (www.husarenmuseum.de)



29. November

Zwei stadtbekannte Neonazis urinieren in den Eingangsbereich des Wohnhauses des VVN-BdA-Sprechers. Als ein weiterer Bewohner mit seinem Fahrrad nach Hause kommt und die Neonazis bemerkt werden, treten sie gegen das Fahrrad und entreiben es ihm. Er kann Richtung Marktplatz fliehen und die Polizei verständigen. Die Neonazis entkommen. Nach Aussage der Hausbewohner stank es noch wochenlang. (VVN-BdA)

2010

12. März

Der 36. „Herrenabend“ des „Schwarzen Korps“ des örtlichen Schützenvereins bespaßt sich im Hotel Seminaris mit der Geschichte der Garnisonsstadt Lüneburg mit Wachposten und Schilderhäuschen und Uniformen der Husaren und der Bundeswehr. Nach dem Verzehr von Markklößchen, Utländer Sauerbraten, Beerengrütze, Speckböhnchen, Vanilleeis und Husarentrunk wenden sich die Herrschaften (Frauen sind nicht geladen) des Korps mit den geladenen „Gästen aus Politik und Wirtschaft (sowie den) hochrangigen Vertretern der Bundeswehr“ einem lustigen Quiz über die Militärgeschichte der Stadt zu.

Ein Leserbrief an die Landeszeitung (16.3.) regte an, das Quiz „mit zwei Bonusfragen anzureichern:

Welcher berühmte Lüneburger Militarist notierte nach seinem Luftangriff die Worte: 'Guernica dem Erdboden gleichgemacht!?' Wo und wie werden die Wehrmachts-Kriegsgefangenen in Lüneburg in einem Massengrab beerdigt? Könnten nicht die genannten Lüneburger Gäste aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr als Quiz-Gewinnerpreis einen Abenteuer-Ausflug nach Kundus auswerben und finanzieren?“ (LZ)

4. Mai

Die Landeszeitung berichtet über einen Dienstbesuch des zweithöchsten Offiziers der Bundeswehr in der Theodor-Körner-Kaserne, die zu früheren Zeiten als NS-Luftwaffenstützpunkt des Kampfgeschwaders 26 diente. General Johann-Georg Dora sprach auf Einladung der Lüneburger Reservisten und ließ sich im Anschluss an seinen Vortrag für die Presse mit zwei seiner Reservistensoldaten ablichten nicht im weiten Rund des Kasernengeländes, sondern im Offizierskasino der Kaserne öffentlichkeitswirksam und symbolträchtig vor dem Wappen jenes Kampfgeschwaders 26, welches in den Jahren von 1939 bis 1945 Tod und Verderben über ganz Europa bis hin nach Afrika brachte. „Erfinder“ dieses KG 26-Wappens war Wolfram von Richthofen, der bereits vor 1939 an einflussreicher Stelle die Legion Condor befehligte, die im sogenannten Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Putschisten die Republik zerstören half, um unter dem Diktator Franco eine faschistische Diktatur zu errichten. Nach der Bombardierung der baskischen Kleinstadt



Gernika notierte von Richthofen in sein Tagebuch: „Guernica, Stadt von 5000 Einwohnern, buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht...“

Generalinspektor Dora referierte vor den Lüneburger Reservisten und spannte dabei, wie die LZ berichtet, „den Bogen von den Herausforderungen einer Wehrpflichtarmee bis zu den Auslandseinsätzen“. Betitelt wird dieser LZ-Artikel mit den Worten: „Erfolge in Afghanistan“. (LZ)

15. Mai

Die Landeszeitung berichtet über den aktuellen niedersächsischen Verfassungsschutzbericht. Dieser sieht die Verantwortlichen für die politischen Auseinandersetzungen am Ort im linken Spektrum und „deckt auf“, dass die „Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen“, eine „junge antifaschistische Initiative“ sowie eine Gruppe namens „Salt City Antifa“ an den Protesten gegen die Naziaufmärsche im April und Mai 2008 teilgenommen hätten. (LZ)

25. Mai

In der Schillerstraße wurden in der Nacht zuvor drei Autos angezündet und brannten aus. Die Landeszeitung berichtet: „In Großstädten wie Hamburg und Berlin brennen alle paar Nächte Autos, nun scheint das Phänomen Lüneburg erreicht zu haben. Schon Ende April hatten Täter auf einem Parkdeck in Kaltenmoor einen VW angezündet, Flammen sprangen auf drei weitere Wagen über. Jetzt traf es das gutbürgerliche Rote Feld.“ Zwar mögen die Anwohner an eine politische Attacke nicht glauben, aber die Polizei nennt „politische Aktivisten“ als mögliche Tätergruppe. In einem LZ-Kommentar wird eine politisch-kriminelle Orientierung der Täter angegeben. Es wird vor diesen Menschen gewarnt, die sich „vielleicht als Che Guevara fühlen.“ (LZ)

12. Juni

Unter der Schirmherrschaft des örtlichen Gewerkschaftsbundes veranstalten der Stadt- und Kreis-schülerrat gemeinsam mit anderen Jugendgruppen und mit Unterstützung durch zahlreiche antifaschistische Organisationen ein öffentliches Konzert auf dem Lambertiplatz unter dem Titel „Beat against fascism! Für einen Alltag ohne Rassismus!“

Andre Kleine-Möller von der „Jungen Union Adendorf“ bemängelt in einem LZ-Leserbrief vom 17.6. die einseitige Ausrichtung dieses Konzerts. Er vermisst den Kampf gegen den „Linksextremismus“. Er stellt fest, „dass die Zahl linker Gewalttaten auch im Landkreis Lüneburg zunimmt und großes Aggressionspotential birgt.“ Dass es sich bei den von ihm als „linke Gewalttaten im Landkreis“ betitelten Gesetzesverstößen um jene Aktionen handelt, mit denen die Bürger/-innen gegen die Castor-Transporte protestieren, erwähnt er nicht.

Eckhard Pols (Bundestagsabgeordneter der CDU aus Lüneburg) unterstützt in einem Leserbrief vom 30. Juni seinen jungkonservativen Parteikollegen mit einem „Beweis“, dass „Brandanschläge auf Autos und andere Gewalttaten auf das Konto linksextremer Kräfte gingen.“ Die LZ garniert diesen Leserbrief mit einem Foto, welches ein brennendes Auto zeigt. (LZ)

Insbesondere im Wahlkampf in Berlin nutzten die Rechtsparteien die begangenen Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge, um die Gefährlichkeit eines sogenannten Linksextremismus zu belegen. Nach einer offiziellen Statistik der Berliner Polizei wurde in den Jahren 2008 bis 2011 in etwa ¼ aller Fälle ein solcher Hintergrund lediglich vermutet. Aufgeklärt wurde der Fall eines Fotografen, der zunächst die

Autos anzündete, diese fotografierte und dann seine Fotos anschließend an Zeitungen verkaufte, die ihrerseits bei der Veröffentlichung dieser Fotos vor „linken Gewalttätern“ warnte. Aufgeklärt wurde auch der Fall eines arbeitslosen Mannes, der in der Zeit vom Juni bis August 2011 alleine 102 Fahrzeuge anzündete. Ein „linksradikaler“ Hintergrund wurde von der Polizei erst nach Abschluss der Ermittlungen ausgeschlossen. (VVN-BdA)

Juli

Mit der Neugestaltung der Benutzungsordnung für Schulräume untersagt die Stadt Lüneburg generell in ihren Räumlichkeiten „das Tragen oder Mitführen entsprechender Symbole und Kleidungsstücke, deren Herstellung, Vertrieb oder Zielgruppe nach allgemein anerkannter Ansicht im ... linksradikalen Feld anzusiedeln ist.“ (VVN-BdA)

10. August

Es wird bekannt, dass die Stadt Lüneburg eine Neo-nazi-Aktivistin in einem Kindergarten beschäftigt. Birkhild Teißen aus Langenheide war zunächst in Ochtmissen und ab den 1. August in der Kindertagesstätte Marienplatz tätig. Sie stammt aus der Familie Berg aus Toppenstedt. Ihr Vater, Uwe Berg, betreibt eines der größten Nazi-Antiquariate der Bundesrepublik. Die Familie war in der verbotenen „Wiking-Jugend“ und ist heute im völkischen „Sturm-vogel“ aktiv, und unterhält enge Verbindungen zur Nazisekte „Artgemeinschaft“. Auf ihrem Grundstück in Langenheide, einem Ortsteil von Lübtheen, fanden Lager der HDJ statt. Bei Birkhild Teißens Ehemann Andreas Teißen handelt es sich um den vorbestraften Kreisvorsitzenden der NPD in Westmecklenburg und Wahlkreismitarbeiter des NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs. Andreas

Teißen war von 1992 bis zum Verbot 1994 „Unterführer“ in der „Wiking-Jugend“, gehörte der HDJ an und er leitete mit Manfred Börm den sog. „Ordnungsdienst“ der NPD.

Nachdem sich Journalisten/-innen bei der Stadt Lüneburg über die Beschäftigung Teißens im städtischen Kindergarten erkundigt hatten, wurde sie am 10.8. umgehend beurlaubt.

Frau Teißen erklärte daraufhin schriftlich, nicht Mitglied in einer Vereinigung zu sein, die dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet wird. Die Stadtverwaltung gab bekannt, keine Möglichkeit zu sehen, um arbeitsrechtliche Schritte einzuleiten. Zurzeit sei die Erzieherin erkrankt. (antifa/VVN-BdA)



9. September

Christian Berisha gibt einen „Leitfaden für NPD-Kommunalpolitiker und Mandatsträger bei der öffentlichen politischen Arbeit“ heraus. Darin empfiehlt er, nicht „zu radikal“ aufzutreten, um „bürgerliche Wähler“ nicht zu verschrecken. „Verständliches Deutsch sprechen, ... Fremdwörter vermeiden, ... Rechtschreibung beachten.“ Außerdem soll die „Szene-Sprache“ in der Öffentlichkeit vermieden werden wie „BRD-System“ oder „Systempresse“. Ein „radikaler Klartext“ soll nur vor „eigener gefestigter Anhängerschaft“ geäußert, „Szeneklamotten“ nur bei „geschlossenen Veranstaltungen“ mit Gleichgesinnten getragen werden. (antifa)

1. Oktober

Der Lüneburger Bundestagsabgeordnete Eckhard Pols (CDU) spricht vor dem Plenum des Bundestags und verlangt die Entziehung öffentlicher Zuschüsse für die Jugendorganisation „SJD - Die Falken“: „Derartige Organisationen berufen sich auf Antifaschismus, um so ihre eigene Ideologie zu rechtfertigen, welche sich in Wirklichkeit gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet.“ Nach Ansicht des Abgeordneten formulieren „Die Falken“ eine radikale Kritik an den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland, was den Entzug öffentlicher Mittel aus dem „Präventions-Förderprogramm gegen Extremismus“ rechtfertige. Die Rechtsaußen-Zeitung „Junge Freiheit“ berichtet erfreut, ausführlich und mit Abbildung des Konterfeis des Abgeordneten Pols über diesen Vorstoß gegen die „Linksradikalinskis“ von den Falken.



(Eckhard Pols, rechts; www.pols-cdu.de)

Allgemein ist bekannt, dass es sich bei der „SJD - Die Falken“ um einen anerkannt demokratischen und freiheitlichen Jugendverband handelt. Die Vorläufer der SJD - Die Falken traten schon im Kaiserreich für eine demokratische Grundordnung ein. „Zweck des Verbandes ist es, die demokratische Erziehung und Bildung junger Menschen auf sozialistischer Grundlage zu fördern.“ (Satzung von 1904) Die Falken setzen sich heute international für Frieden, soziale Gerechtigkeit und für Kinderrechte ein.

Selbst der Bundesregierung liegen „keine verdachtsbegründende Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der Falken vor.“ (Bundesregierung auf Anfrage von SPD-Bundestagsabgeordneten Robert Schwanitz) Die Kreisboten berichten am 10.10.: „Das deckt sich mit der Auskunft des Niedersächsischen Landesamts für Verfassungsschutz: ‚Die Falken sind kein Objekt der Beobachtung für den Verfassungsschutz ... Wir stufen die Falken nicht als linksextrem ein.‘“ (VVN-BdA)

14. November

Lüneburger Neonazis bei "Heldengedenken" in Hützel-Steinbeck: Am sogenannten Volkstrauertag versammeln sich am Vormittag 10-15 Neonazis aus den Landkreisen Soltau-Fallingb., Lüneburg und Rotenburg/Wümme auf dem Friedhof von Hützel-Steinbeck (Nähe Bispingen). „Deutsche Ansprachen“ werden gehalten u.a. von Jessica Keding (NPD, „Düütsche Deerns“) und Matthias Behrens (NPD, „Snevern Jungs“). Für den Unterbezirk der NPD-Lüneburg legt Manfred Börm aus Handorf einen der drei „deutschen“ Kränze nieder. (antifa)

15. Dezember

Einen Einblick in das Innenleben der örtlichen NPD gewährt ein Prozess vor dem Lüneburger Amtsgericht: Gegen den „Stützpunktleiter“ der „Jungen Nationaldemokraten“, Lasse Krüger, sowie gegen vier weitere „junge Nationale“ verhandelt das Amtsgericht wegen schwerer Körperverletzung bzw. unterlassener Hilfeleistung. Lasse K. habe seinen „Parteifreund“ Daniel H. schwer zusammen geschlagen, die vier weiteren hätten zugesehen und nicht eingegriffen, um die Tat zu verhindern. Zwar erklärten die Angeklagten, dass es sich bei dieser Schlägerei um eine robuste Eintreibung von Schulden gehandelt habe,

aber in Wirklichkeit muss als Ursache „eine politische Abrechnung mit einem Abtrünnigen“ angenommen werden. Daniel H. nämlich wurde innerhalb der NPD-Strukturen zum neuen politischen Shootingstar aufgebaut, sein Foto erschien auf der Internetseite der NPD, nun aber wollte er sich anscheinend von der NPD lösen und in das „Aussteigerprogramm“ einsteigen. Er galt als „Verräter“.
(LZ)

15. Dezember

Unter der Überschrift „Auflösen ist das letzte Mittel. Gericht gibt Klage von Rechtsextremisten nach

Blockade statt“ berichtet die Landeszeitung über ein Urteil des Lüneburger Verwaltungsgerichts. Der Klage des Neonazis Christian Sternberg wird statt gegeben: Die Auflösung eines von ihm für den 11. April 2009 angemeldeten Aufmarsches durch die Polizei sei unrechtmäßig gewesen. Die Lüneburger Richter entschieden, dass auch angesichts der damaligen Blockade der Aufmarsch-Route durch Lüneburger Bürger/-innen die Neonazis auf jeden Fall ein Recht auf Fortsetzung ihre neofaschistischen Aktion gehabt hätten und die Polizei ihnen eine alternative Route für ihre Propaganda hätte anbieten müssen. (LZ)



2011

21. Februar

In dem vom Hauptangeklagten Lasse Krüger (Brutaler Angriff auf Daniel H.; siehe 15.12.2010) abgetrennten Gerichtsverfahren gegen die vier weiteren Neonazis Franziska König (Lüneburg), Cornelia Päper (Tostedt), Felix Quade (Neetze) und Dennis Schreiber (Lüneburg) wegen unterlassener Hilfeleistung sprach das Gericht Geldstrafen und die Ableistung von Arbeitsstunden aus. Einer Person wurde vom Gericht keine Beteiligung an der unterlassenen Hilfeleistung nachgewiesen. (LZ/antifa)

5. März

Von dem Prozess wegen schweren Raubes und Körperverletzung gegen Lasse Krüger vor dem Landgericht Lüneburg wird berichtet: Er soll im Juni 2010 in seiner Wohnung Daniel H. eine Viertelstunde lang geschlagen und getreten haben. „Dabei soll er auch zu einer mit Schrauben gespickten Holzlatte gegriffen haben. Dem Opfer habe er Portemonnaie und Handy abgenommen. K. soll in Rage geraten sein, weil H. aus der NPD habe austreten wollen.“ Ebenfalls angeklagt ist Thomas L. (32) wegen schweren Raubes, schwerer Körperverletzung und Hehlerei. (LZ)

19. März

Edzard Schmidt-Jorzig, von 1996 bis 1998 Bundesjustizminister unter Helmut Kohl, spricht in der Kronendiele. Eingeladen wurde der FDP-Politiker (ehemals Schüler des Lüneburger Johanneums) vom AHSC Lüneburg („Alte-Herren-Senioren-Convent“), einer farbentragenden elitären Studentenvereinigung zu deren 90. Stiftungsfest. Schmidt-Jorzig echauffiert sich über die Verletzung akademischer Standesrituale durch Bundesverteidigungsministers Karl Theodor zu Guttenberg („Plagiats-Affäre“). Der Rücktritt von seinem Amt „sei eine Frage der Ehre“ gewesen. (LZ)



24. März

Unter der reißerischen Überschrift „Neue Asylwelle schwappt auf Lüneburg zu“ berichtet die LZ über eine Pressekonferenz zur Jahresbilanz des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg. „Sehr ernst nimmt Dr. Herwig van Nieuwland (Präsident des OVG LG) die bereits 2010 registrierte Zunahme an Asylverfahren, ... Dabei sind die Entwicklungen in der arabischen Welt und in Nordafrika noch gar nicht berücksichtigt. Von dort ist eine starke Zunahme zu erwarten. „Es wird neue Flüchtlingstragödien geben - Menschen, die nichts mehr haben und die versuchen, ... das europäische Festland zu erreichen. ... In Deutschland kommt man nur noch rein, wenn man mit dem Fallschirm abspringt oder über Nord- oder Ostsee angeschwommen kommt.“ (LZ)

6. April

„Urteil gegen rechte Schläger“ titelt die Landeszeitung. Zwei Jahre Haft und eine Therapie gegen seinen Alkoholmissbrauch sprach das Landgericht gegen Lasse Krüger wegen schwerer Körperverletzung aus, „sein Kumpan Thomas L. muss wegen schwerer räuberischer Erpressung und schwerer Körperverletzung für zwei Jahre in Haft. Er ist einschlägig vorbestraft, eine Bewährung kommt nicht in Frage. ... Bei L. sei die Sozialprognose ungünstig, bei (NPD-Kader) Lasse Krüger soll sie dagegen ‚erzieherisch‘ wirken.“ Tatsächlich sollen Lasse Krüger und auch Felix Quade fortan der Neonazi-Szene den Rücken gekehrt haben (LZ)

13. April

Die Landeszeitung berichtet unter der Überschrift „Das Netzwerk der Heide-Neonazis“ über den aktuellen Verfassungsschutzbericht für Niedersachsen: „Ein Anlaufpunkt der Szene war das inzwischen geschlossene Klamottengeschäft ‚Hatecore‘. Doch als Versandhandel besteht das Unternehmen weiter, als eines von insgesamt zehn im Land, die sich speziell an den rechten Rand richten. ... Die NPD betreibt Nachwuchswerbung, sie will sich laut einem Strategiepapier auf ‚verzweifelte und entrechtete sowie hoffnungslose und perspektivlose Jugendliche‘ konzentrieren. ... Berisha ... hat als Provokation mit ein paar Jung-Neonazis am 8. Mai 2010 Transparente entrollt ... Zudem hat Berisha für die NPD ein ‚Mandatsträgertreffen‘ organisiert, bei dem unter anderem ‚Kenntnisse im Umgang mit Journalisten‘ vermittelt wurden. Im vergangenen Jahr hat die NPD die Fusion mit der Deutschen

Volkunion (DVU) beschäftigt Die niedersächsische DVU wehrte sich gegen den Zusammenschluss. Der Landesvorsitzende Hans-Gerd Wiechmann aus Betzendorf, der in den vergangenen Jahren durch verschiedene ultra-rechte Organisationen irrlieherte und vor fünf Jahren in Lüneburg zur Kommunalwahl antrat, war einer der Gegner“ (LZ)

16. April 2011

Am Landestreffen der niedersächsischen Jugendorganisation der NPD in Bremerhaven nehmen aus dem Landkreis Lüneburg Jan Krüger, Holger Niemann, Christopher Lange teil. (antifa)

23. April

Bei einem antifaschistischen Stadtrundgang anlässlich des 66. Jahrestages der Befreiung (8. Mai 1945) wird auf einen Zeitungsladen in der Grapengießstraße hingewiesen, in dem diverse Nazizeitungen verkauft werden („Deutsche Stimme“, „National Zeitung“, „Junge Freiheit“). Nachdem auch die Polizei erfahren hatte, dass in diesem Geschäft seit über zwei Jahren Nazizeitungen verkauft werden, haben sie den Besitzer angesprochen und vorsorglich gewarnt. Daraufhin wurden sämtliche rechte Zeitschriften aus dem offenen Verkauf genommen. Unter dem Ladentisch sind sie allerdings weiterhin zu haben. (antifa)

30. April

An einem Naziaufmarsch in Bremen-Neustadt nehmen auch vier NPD-Aktivisten aus dem Landkreis Lüneburg teil: Christian Berisha, Manfred Börm, Jan Krüger und Holger Niemann. Leider mussten sie dort auf Tarnbekleidung, Springerstiefel und Bomberjacken verzichten und mit Getränken sah es auch nicht „berauschend“ aus. Mitarbeiter der Brauerei Beck's, die im Demonstrationsgebiet liegt, solidarisierten sich mit den Gegendemonstranten. Sie hielten Schilder hoch, auf denen zu lesen war: „Kein Bier für Nazis!“.(antifa/wikinews)

1. Mai

Das extrem rechte „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“ veranstaltet sein diesjähriges „Frühlingsfest“ im niedersächsischen Wriedel (Landkreis Uelzen). In „Wischhof's Gasthaus“ im Ortsteil Schatensen trafen sich dazu knapp 100 Personen. Ein Sammelurium aus Altnazis, sog. „Vertriebenen“, verschiedenen Rechten sowie deren Kinder aus der Lüneburger Region.



Aufmarsch in Bremen. Von oben nach unten: Christian Berisha (mit Sonnenbrille), Manfred Börm, Jan Krüger (ganz links), Holger Niemann (ganz links mit Brille)

Bei dem „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“ handelt es um eine eindeutig neofaschistische Organisation, um den langjährigen NPD-Funktionär Klaus-Dieter Hoffmann aus Bad Bevensen. Das FHWO vertritt geschichts- und gebietsrevisionistische Positionen und ist seit seiner Gründung in neofaschistischen Strukturen verankert.

Als Vereinszweck benennt das FHWO die Unterstützung von Deutschen und deren Organisationen in den ehemaligen deutschen Gebieten in Polen. Neben Sachspenden werden „finanzielle Zuschüsse an Kleinstrentner, ehemalige Wehrmachtssoldaten, aber auch zur Pflege der deutschen Kulturarbeit gezahlt“. Für seinen Verein wirbt Klaus-Dieter Hoffmann in den diversen Zeitschriften der extremen Rechten, so z.B. in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, im „Schlesier“ oder der „Nation und Europa“.

Für „Kulturangelegenheiten“ zeichnet für das FHWO Hans-Joachim Leesen verantwortlich. Dieser ist u.a. Autor des „Ostpfeifenblattes“ und der extrem rechten Wochenzeitung „Jungen Freiheit“ und unterhält verschiedenste Verbindungen in die gesamte extreme Rechte. (antifa)

Mai

Die „Koordination antifaschistischer Gruppen aus der Lüneburger Heide“, warnt vor verstärktem Auftreten von Neonazis bei Anti-Atomaktionen: „In letzter Zeit ist zu beobachten, dass Neonazis versuchen, sich an den populären Protesten zu beteiligen. Sie nahmen Neonazis aus Schneverdingen an den dortigen Anti-Atom-Mahnwachen teil. Am 18. Mai 2011 tauchte dort eine Gruppe von acht bis neun Nazis auf. Am 23. Mai 2011 versuchten dieselben Neonazis im nahegelegenen Soltau die dortige Mahnwache zu unterwandern. Am selben Tag trat auch in Hannover eine größere Nazigruppe auf der Mahnwache in der Landeshauptstadt auf.“ (antifa)

22. Mai

Christian Berisha, Abgeordneter der UWL im Lüneburger Kreistag, wird auf dem Landesparteitag der NPD in Northeim zum Vorsitzenden der NPD-Niedersachsen gewählt. „Der 44-Jährige will den Rechten zwischen Elbe und Harz einen stärkeren Einfluss auf die Bundestagspartei erstreiten: ‚Wir sollten eine entscheidende Rolle spielen.‘ ... Beobachter werten die Wahl Berishas als weiteres Indiz dafür, dass sich die NPD der nach außen hin scheinbar unorganisierten und gewaltbereiten Kameradschaftsszene zuwendet. Berisha bestreitet dies. Er

selber tritt wortgewandt und freundlich auf, andererseits pflegt er gute Kontakte zu den Kameradschaften in Schneverdingen und Celle.“ (LZ)

28. Mai

Schwere Vorwürfe werden gegen den Leiter der „Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde des Landes Niedersachsen, Außenstelle Lüneburg“ erhoben, eine Anzeige wurde erstattet. Nach Angaben des niedersächsischen Flüchtlingsrats soll der Vater einer Flüchtlingsfamilie, die vor islamischen Fundamentalisten nach Deutschland geflohen war, wegen mangelnder Zusammenarbeit mit der Behörde heftig beschimpft worden sein als ‚Schwein, Arschloch und Betrüger‘, die Familie führe ein ‚Affentheater‘ auf. Und: ‚Ihr Idioten, euch mache ich platt.‘

4. Juni

Unter der Überschrift „Skinheads feiern „Geburtsfest“ in Ebstorf. Polizei sah keinen Grund einzuschreiten“ berichtet die Landeszeitung: „Statt der angemeldeten Geburtstagsfeier rückten am Wochenende rund hundert Skinheads an: Im Schützenhaus Ebstorf versammelten sie sich bei Live-Musik, die Polizei ordnet das Geschehen als ‚rechts motiviert‘ ein. Allerdings habe es keine strafbaren Handlungen und damit keine Handhabe für ein Einschreiten gegeben, berichtet die Polizei. Ihr Bericht enthält einen Trost: ‚Die Veranstaltung erzielte keine Öffentlichkeit.‘“ (LZ)

Was die LZ nicht mitteilt: „Das Publikum entsprach dem äußeren Erscheinungsbild der Skinheads. Wie die Bands pflegen sie auch äußerlich diese Subkultur. Dennoch sind die Bands und ein Großteil des Publikums der extrem-rechten Szene zuzurechnen. Um was für ein Konzert es sich in Ebstorf handelte, war auch in der Umgebung deutlich zu hören: In den Umbaupausen wurde ausschließlich die neonazistische Band „Skrewdriver“ gespielt. Sämtliche Bands unterhalten enge Kontakte zu neonazistischen Organisationen und traten mit anderen neonazistischen RechtsRock-Gruppen auf.“(antifa)

16. Juni

Als Rahmenprogramm eines Jugendkongresses "Gegen Extremismus. Für Toleranz und Vielfalt", den das Gymnasium Oedeme und die Samtgemeinde Gellersen am 30.06. in Heiligenthal veranstalten, wird eine Wanderausstellung des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“ mit dem Titel "Es betrifft Dich! Demokratie schützen. Gegen Extremismus in Deutschland" eröffnet. Über die Ausstellung

heißt es auf der Internetseite des Verfassungsschutzes: „Mit Informationstafeln, Multimedia- und anderen interaktiven Elementen sowie in Vitrinen ausgestellten Tat- und Propagandamitteln wird umfassend über die Gefahren aller Extremismusformen in Deutschland aufgeklärt. Außerdem werden Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes dargestellt. ... Die Ausstellung wird von zwei Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz betreut.“



Werbeplakat zur Verfassungsschutz-Ausstellung: Brennende Autos gelten als Symbol eines „Linksextremismus“ (siehe Seite 67)

Die Schüler/-innen des Gymnasiums Oedeme haben an den Aufgaben des Verfassungsschutzes ebenso wenig Interesse wie an der „Extremismus“-Zielsetzung des Kongresses und beschäftigen sich ausschließlich mit der Geschichte Lüneburgs zwischen 1933 und 1945 sowie schwerpunktmäßig mit dem aktuellen Rassismus und Neofaschismus.

18. Juni

Wie in den vergangenen Jahren beteiligt sich der „Bleckeder Freundeskreis Literatur in der Region“ an der Aktion „Eine Rose gegen das Vergessen“ der „Vereinigung Deutsche Literaturlandschaften“ (s. 14.6.2008). Es wird an die „Lebenswerke“ von Magdalene Stange-Freerks (Friedhof Deutsch-Evern), Ernst von Salomon (Friedhof Heiligenthal), sowie Robert Müller-Sternberg und Heinz Ischreyt (beide Zentralfriedhof Lüneburg) erinnert. (LZ)

12. Juli

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), zugleich Dienstvorgesetzter des „Landesamtes für Verfassungsschutz“, ruft auf zum verstärkten Kampf gegen den „Linksextremismus“. „Im ersten Quartal des Jahres 2011 sei die links motivierte Gewalt um fast 70 Prozent gestiegen, schreibt der Minister, ohne dafür Belege zu nennen. ... Ihm zufolge zeigten sogenannte Linksautonome 'keine Hemmschwelle mehr', sie kalkulierten auch offen den Tod von Betroffenen ein. ... die Bundesrepublik stehe 'an der Schwelle zum Linksterrorismus'." (jw)

19. Juli

Eckhard Pols, Lüneburger Bundestagsabgeordneter der CDU, reagiert in der Landeszeitung auf einen Leserbrief von Ulrich von Reck, der gefragt hatte, wie sich seine Unterstützung der Lieferung von „Leopard-Panzer“ nach Saudi-Arabien „mit seinem christlichen Gewissen vereinbaren“ lasse: „Wir haben als christlich liberale Koalition die Anträge der Opposition (die Lieferung zu untersagen) abgelehnt, um unsere Regierung insbesondere dabei zu unterstützen, im Zusammenhang mit Saudi-Arabien zu einem klaren Verhältnis zu kommen. ... Fakt ist, dass wir schlecht beraten wären, wenn wir uns als Deutschland aus dem Rüstungsgeschäft zurückzögen, denn dann könnten wir auch Fragen zu Menschenrechten nicht mehr in die Diskussion einbringen. Es ist auch in unserem deutschen Interesse, unsere technologischen Kernkompetenzen im Wehrtechnikbereich zu erhalten.“ (LZ)

3. August

Bei der Kommunalwahlen am 11.09. tritt u.a. auch Christian Berisha (UWL/Bündnis Rechte) an. Deshalb hat das „Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ 20 000 „Bierdeckel gegen Rechts“ produzieren lassen, die Lüneburger Kneipenbesucher/-innen auffordern, keine rechten Parteien zu wählen. Die LZ berichtet: „Damit Wähler extrem rechten Parteien keine Stimme geben, wollen die Initiatoren mit folgenden Botschaften überzeugen: dass alle Menschen gleich viel wert sind, es sich lohnt, sich gemeinsam für eine offene und tolerante Welt einzusetzen und dass sie Solidarität zeigen sollen mit denen, die sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung einsetzen. So steht es auf der Vorderseite des Bierdeckels. Bündnismitglied Michael Elsner ist überzeugt: ‚Wer den

Aussagen zustimmt, für den kann die einzige ernsthafte Konsequenz nur sein, den Nazis keine Stimme zu geben.“ (LZ)

Diese Aktion „Bierdeckel gegen Rechts“ löst eine Debatte auf der Internetseite der LZ aus. Christian Vogt: „ ... Vielmehr sollten die Bierdeckel-Aktivisten zur Aufklärung der Gefahren des fast schon etablierten Linksextremismus beitragen - das ist mehr als überfällig, in einer Zeit, in der es nicht mehr als anrühlich gilt, die Linke zu wählen.“(LZ)

19. August

„Die (Lüneburger) Polizei bemüht sich mit einem ‚Fest der Kulturen‘ am Sonntag, 28. August, um Integration. Mehrere Gruppen stellen sich vor und bieten auf dem Gelände der Polizei und im Park am Schifferwall Kulinarisches aus ihrer Heimat an. Zudem informiert die Polizei über ihre Arbeit, sie stellt Geräte aus, Hundeführer zeigen ihr Vorgehen, Beamte stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.“(LZ)

Die Lüneburger Polizei feiert ein „Fest der Kulturen“



30. August

In „Markt.de“, einem Internet-Forum für kostenlose Kleinanzeigen, bietet ein Händler aus Lüneburg-Rettmer an:

„Dunkelgrüner dicker Ledermantel der Wehrmacht/Gestapo

Biete hier ein sehr seltenes Exemplar aus Nachlassfundus an. Dunkelgrüner dicker Ledermantel der Wehrmacht/Gestapo. Innenfutter aus inprägnierten grünen Seidenstoff. Lederknöpfe mit Form von HK (i.e. „Hakenkreuz“), Schlagstockschnalle, Zick-Zack-Kragen, Halsschnalle, usw... 100% originales Exemplar. Laut Fachmann soll der Mantel vom Hersteller Heidenreich (1939) stammen. Die Grösse ist 54 Herstellung 1940“ (Schreibweise im Original)

September

Seit Jahrzehnten ist Klaus Hoffmann aus dem niedersächsischen Bad Bevensen in der extremen Rechten und in neonazistischen Strukturen aktiv.

Unlängst machte er sich im Kreis von alten Militär-Kameraden ein paar schöne Tage in Ostwestfalen (als Organisator einer „Bildungs- und Militärveranstaltung“).

Mit seiner „Kameradschaft ehemaliger Unteroffiziere, St u. Kp PzLehrBrig 9“ kam der langjährige NPD-Funktionär im September in Leopoldshöhe bei Bielefeld zusammen. Auf dem Programm der „Kameradschaft“ stand auch ein „Besuch der Bw in der GFM- Rommel-Kaserne in Augustdorf“. Bei der Bundeswehr wurde man schon erwartet. Für die Besichtigung von „Waffen und Gerät“ stand ein „StFw“, sprich: Stabsfeldwebel, zur Verfügung. Die „Kameradschaft“ unter Führung Hoffmanns durfte, nachdem sie zu einem „schmackhaftem Mittagessen“ eingeladen worden war und nach einer Vorstellung des „Standorts von 1935 bis heute“ mit Hilfe der Bundeswehr auch ein wenig Krieg spielen: Die „Kameraden“ erhielten laut eigenem Bericht „Erklärungen der Simulationsanlagen mit praktischen Übungen“. (antifa)

7. September

Zwar unterlässt es die Lüneburger Landeszeitung über eine von DGB, Einzelgewerkschaften und VVN-BdA organisierte Veranstaltung zum Antikriegstag (1. September) zu berichten, aber dafür wird ausführlich ein „Truppenbesuch“ des Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols bei den deutschen Soldaten in Afghanistan

vorgestellt: „Für die Einsatzkräfte und auch für die Angehörigen ist der Dienst eine harte Belastungsprobe“, weiß der Abgeordnete. 'Deshalb ist es wichtig, dass ihnen die Gesellschaft auch entsprechend viel Solidarität entgegenbringt.'" (LZ)

10. September

Die Landeszeitung berichtet über die Rückkehr von Soldaten einer Lüneburger Kompanie aus Afghanistan/Kundus:

„Sie sind zurück. Wohlbehalten und unverseht. Es gibt keine Toten und keine Verwundeten zu beklagen. Eine glückliche Fügung - keine Selbstverständlichkeit. Denn Afghanistan ist Kriegsgebiet. ... Dass Soldaten, wenn nötig, töten müssen und getötet werden können, werde von der Politik nur zu gerne verschwiegen. Umso mehr freut es die Soldaten, dass die Hanse- und Garnisonsstadt Lüneburg zu ihren Soldaten steht.“ (LZ)

30. September

Im ganzseitigen „Interview der Woche“ mit Hans-Werner Wargel (Präsident des "Niedersächsischen Verfassungsschutzes) gibt dieser Entwarnung: „Die Mitgliederzahl der NPD hat sich bundesweit in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. ... Die NPD in Niedersachsen befindet sich in einer Krise ... Mitgliederzahl ist in den letzten Jahren permanent zurückgegangen ... Programmatische Impulse gehen vom niedersächsischen Landesverband nicht aus ... Die Gründung der Stützpunkte der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, unter anderem in Lüneburg hat die Erwartungen nicht erfüllt ... fehlende Mobilisierungskraft ... nicht in der Lage, Aktionen in nennenswertem Umfang durchzuführen.“

Ein NPD-Verbotsverfahren unterstütze er nicht, weil es bedeute, „ dass sämtliche V-Leute aus der NPD abgezogen werden müssten. ... Dies würde ebenfalls bedeuten, zuverlässige Informationsquellen abzuschalten. Das hielte ich aufgrund der Verflechtung von NPD und neonazistischer Szene im Hinblick auf die Gefahr, die von Rechtsextremisten ausgeht, für nicht vertretbar.“ (LZ)

6. Oktober

Die Landeszeitung berichtet: Das „Landeskommando Niedersachsen“ und die „Kreisgruppe Lüneburg des „Reservistenverbandes der Bundeswehr“ laden zum „Gäste-Schießen“ auf der Standort-schießanlage in Wendisch Evern ein: „68 zivile Gäste aus der Region folgten der Einladung. ... Das

erste Mal auf einem Schießstand, das erste Mal mit einer fertiggeladenen und entsicherten Waffe, das erste Mal der scharfe Schuss.“ Auch zwei Darsteller/-innen der ARD-Serie „Rote Rosen“ durften einmal scharf schießen (Saskia Valencia alias Katja und Thorsten Nindel alias Philipp). (LZ)



Susanne Korbelt holte beim Gäste-Schießen in Wendisch Evern den ersten Platz in der Damenwertung. Foto: nh
6.10.11

Die Gäste schießen scharf

Reservistenverband hat eingeladen

15. Oktober

Nachdem in Berlin Brandanschläge auf Gleisanlagen verübt wurden, eröffnet LZ-Chefredakteur Christoph Steiner in seiner Wochenend-Kolumne die Suche nach den Tätern im Lüneburger Umland und erweitert zugleich das Feld terroristischer Taten um die „andauernden Graffiti-Schmierereien.“ (LZ)

17. Oktober

Die "Partei der Vernunft", die bei der Kommunalwahl in Lüneburg nur im Wahlkreis 3 angetreten war und 0,8 Prozent der Stimmen bekam, gründet am Wochenende vom 15.10. einen Regionalverband. Vorstand: Martin Okunnuga (Vorsitzender), Sebastian Durst und Jan-Krispin Buck (Stellvertreter), Christian Kloppich. Derzeit hat die Partei in Lüneburg neun Mitglieder. (antifa)



31. Oktober

Jens Kaidas, Stabsfeldwebel a. D. und ehemaliger Bürgermeister von Hohnstorf sowie (für eine Legislaturperiode) Abgeordneter der CDU im niedersächsischen Landtag, erzählt der Landeszeitung lustige Anekdoten über seine militärische Heimat, die Ausbildungskompanie 10/3 in Lüneburg: „Unseren Zugführer hatten wir ‚Kongo-Wolter‘ getauft, weil das so ein harter Hund war.“ (LZ)

8. November

Dr. Niklas Schörnig spricht auf Einladung der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ im Casino der Theodor-Körner-Kaserne in der Reihe „Lüneburger Gespräche“ über die Automatisierung des Krieges und erklärt im ganzseitigen LZ-„Interview der Woche“ die Vor- und Nachteile des Drohnen-Einsatzes bei Kriegshandlungen: „Das ist der Vorteil, den Drohnen bieten: eine zeitnahe, sehr präzise Aufklärung auf dem Gefechtsfeld, die zielgenaue Angriffe erleichtert. ... Wenn nur eine Hubschrauber-Drohne verloren geht ... müssen keine Beileidsbriefe an Hinterbliebene geschrieben werden. ... Technologisch hat Deutschland damit die technologisch leis-

tungsfähigsten Systeme im Bestand. ... Ein übergreifender Trend ist, dass Drohnen jeglicher Größe bewaffnet werden, um bei den Einsätzen flexibler agieren zu können. Umstritten ist, wie weit man mit der Automatisierung gehen will. ... Die Debatte, ob wir den Menschen wirklich komplett aus dem System herausnehmen wollen, muss auch in Deutschland geführt werden. (Es müsse immer die Frage geklärt werden:) Wen greifen wir eigentlich an und warum?“ (LZ)

16. November

Die Landeszeitung berichtet über Waffenarsenale von Neonazis, wie sie 1978 und 1981 im Zusammenhang mit dem Oktoberfest-Attentat im Landkreis entdeckt wurden. Bei den aktuellen Ermittlungen zum „NSU“ gibt es ebenfalls Verbindung, nämlich die Teilnahme eines Unterstützers des „Terror-Trios“ (Holger G.) an einer Demonstration gegen die „Wehrmachts-Ausstellung“ 1999, die von Braunschweig nach Lüneburg verlegt wurde. „Offen bleibt die Frage, warum Geheimdienste von allen Vorbereitungen [für das Attentat auf das Oktoberfest in München 1980] angeblich nichts wussten. Das erinnert an die aktuelle Ahnungslosigkeit von Verfassungsschützern.“(LZ)

20. November

„Am sog. Totensonntag wollten ca. 15 Nazis aus den Landkreisen Lüneburg und Soltau-Fallingb. eine „Heldengedenk“-Veranstaltung auf dem Lüneburger Zentralfriedhof durchführen. ... Eigentlich finden solche faschistischen Treffen immer zum sog. Volkstrauertag statt. Da aber am 13. November 2011 noch der Bundesparteitag der NPD in Neuruppin stattfand und die beiden Lüneburger Naziaktivisten Manfred Börm und Christian Berisha deshalb verhindert waren, musste ihr braunes Spektakel um eine Woche verschoben werden. Gegen 14:30 Uhr versammelten sich die ersten Nazis am Eingang zum Lüneburger Zentralfriedhof. Unter den knapp 15 Personen befanden sich Jessika Keding, Nils Engelbarts, Michael Feldmann und Benny Lemke aus Schneverdingen, die den Nazikameradschaften „Snevern Jungs“ bzw. „Düütsche Deerns“ angehören. Jessika Keding ist außerdem noch stellv. Vorsitzende des Unterbezirks der regionalen NPD. Aus Lüneburg selbst war u.a. Jan Krüger vor Ort. Manfred Börm war mit seiner Frau und mehreren Kindern gekommen. Bevor die Gruppe mit ihrer Veranstaltung beginnen konnte, mussten sie noch auf den Landesvorsitzenden der niedersächsischen NPD, Christian Berisha aus Hohnstorf, warten, der sich mit dem Nazi Holger Niemann aus

Neuhaus/Elbe verspätet hatte. Überrascht stellten die wartenden Nazis dann fest, dass ihre Veranstaltung nicht unentdeckt geblieben war. An den drei Schandmalen für die deutschen Soldaten der beiden Weltkriege auf dem Lüneburger Friedhof warteten schon einige Antifaschist_innen, um das Nazitreffen zu unterbinden. Als dann noch ein Pressefotograf vor dem Friedhof auftauchte und seiner Arbeit nachging, begannen die Nazis zu telefonieren und nach und nach verließen sie den Ort. Da an eine ungestörte Veranstaltung in Lüneburg nicht mehr zu denken war, fuhren die Nazis dann spontan nach Winsen/Luhe (Landkreis Harburg). Auf dem dortigen Friedhof warfen sie dann ihren Kranz ab und posierten für Erinnerungsfotos.“ (antifa)

29. November

Die Stadt Lüneburg hat 160 Pakete für Soldaten/-innen, die Weihnachten im Auslandseinsatz sein werden, gespendet. „Die Überraschungspakete aus der Heimat enthalten unter anderem einen

Schokoladen-Weihnachtsmann, ein Glas Nougatcreme, eine Flasche Rotwein, einen Becher mit Lüneburg-Motiv und ein persönliches Anschreiben von Oberbürgermeister Ulrich Mädge. Darin heißt es unter anderem: „Um Ihnen zu zeigen, dass wir in diesen Tagen ganz besonders an Sie denken, senden wir Ihnen einen kleinen Lüneburger Weihnachtsgruß. Mit Zutaten aus der Region rückt die Heimat über die Festtage hoffentlich ein kleines Stück näher. Unsere Gedanken sind bei Ihnen und Ihren Familien!.“

16. Dezember

Aus einer Anfrage der Fraktion der Partei „Die Linke“ an den niedersächsischen Innenminister Uwe Schönemann geht hervor, dass auch in Lüneburg mehrfach Waffen bei Neonazis gefunden wurden, meistens bei Aufmärschen (Schlagringe Schlagringe, Teleskopschlagstöcke) sowie bei einer Hausdurchsuchung in Hohnstorf bei Bienenbüttel eine Pistole. (LZ)



Heldengedenken im Lüneburger Landgericht

In einer breiten Wandnische im Obergeschoss des Landgerichts befindet sich eine brusthohe quadratische Säule aus rötlich-braunem Marmor, 1920 errichtet. An der linken und rechten Seite dieser Säule ist Eichenlaub aus dem Marmor herausgemeißelt.

Auf dem sich nach oben in drei Stufen verbreiternden Kapitell steht ein asketisch wirkender Bronzekopf. Auf der Vorderseite dieser Säule ist ein Eisernes Kreuz aus dem Marmor herausgehoben, und darunter in goldenen Lettern die Inschrift eingepreßt:

**„ZUM GEDÄCHTNIS AN UNSERE IM
GROSSEN KRIEG GEFALLENEN HELDEN“**

2012

6. Januar

Was im Jahre 2000 als Folge eines „Aufstands der Anständigen“ begann nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf, nämlich die Auflegung von Förderprogrammen zur Finanzierung von Projekten „gegen Neonazis, Rassismus und rechte Gewalt“, wurde im Jahr 2011 zum „Stillstand der Zuständigen“ und heißt nun „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Die Fördersumme für den Stadtbereich Lüneburg wurde in diesem Jahr abermals reduziert (von 40.000 Euro auf 30.000 Euro). (LZ)

13. Januar

Ein Beispiel für die „Radikalisierung der Mitte“ gibt Hans-Joachim Bress in einem Leserbrief an die LZ. Der Kritik an der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre („G8“) entgegnet er mit einem biologistischen Weltbild und dem Primat eines „Wertschöpfungsprozesses“: „Wer über die Verdichtung des Unterrichts stöhnt, sollte sich besser fragen, ob für ihn/sie das Gymnasium die richtige Schule ist. Sollen etwa die Leistungsfähigen nur deshalb ein Jahr länger die Schulbank drücken, damit auch die weniger Begabten das Abi in gleicher Zeit erreichen? ... Deren ("linke Ideologen") Motto 'länger gemeinsam lernen' ist doch nur Ausfluss geistigen Sozialneides. Hochbegabte haben das gleiche Recht auf optimale schulische Förderung nach ihren Möglichkeiten wie diejenigen, die von der Natur (den Eltern) weniger gut bedacht wurden. Wir dürfen die Spitze nicht daran hindern, ihr Potenzial voll zu entfalten und schnell in den Wertschöpfungsprozess einzutreten. Der biologisch bestimmte Gipfel der Leistungskurve wird andernfalls unnötigerweise überschritten, bevor ihn der junge Mensch kreativ und produktiv nutzen kann zum Vorteil aller.“ (LZ)

16. Januar

Bei einem Appell in der Kaserne erhält Hauptmann Sebastian Riemer eine „Gefechtsmedaille“ für seinen Einsatz in Afghanistan verliehen. „Die Medaille wurde im November 2010 vom damaligen Bundesminister der Verteidigung Karl Theodor zu Guttenberg initiiert. Mit dieser Auszeichnung sollen Soldaten gewürdigt werden, die während ihrer Einsätze in klassische Infanteriegefechte verwickelt wurden und so die Härte des Einsatzes am eigenen Leib erleben mussten. ... Was den jungen Offizier beson-

ders freut: ‚Die Soldaten, die mit mir im Gefecht standen, haben diese Medaille ebenfalls bekommen.‘“ (LZ)

19. Januar

Im Casino der „Theodor-Körner-Kaserne“ findet ein „Neujahrsempfang“ des „Aufklärungslehrbataillon 3 Lüneburg“ statt, dem laut LZ „ungewöhnlich viele Gäste aus Bundeswehr, Politik und Wirtschaft auf Einladung von Oberstleutnant Dr. Christian ... gefolgt waren. ... Die Bundeswehr werde auch in Zukunft ihren Auftrag erfüllen, machte der Oberstleutnant unmissverständlich deutlich.“ (LZ)

24. Januar

In der Landeszeitung erscheint unter der Überschrift „Grüße vom Hindukusch“ ein Artikel, in dem drei Lüneburger „Afghanistan-Kämpfer“ Werbung für diese Lokalzeitung machen: „Schöne Grüße aus dem derzeit sonnigen Afghanistan ... Wir möchten auf diesem Wege zeigen, dass die LZ auch 5000 km fern der Heimat in Afghanistan gelesen wird.“ (LZ)

Februar

Nach innerparteilichen Konflikten und Machtkämpfen tritt C. Berisha als Landesvorsitzender (seit Mai 2011) der niedersächsischen NPD zurück. Manfred Börm übernimmt kommissarisch das Amt. (antifa)

4. Februar

Die Durchführung eines von der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ angekündigten Infostandes in der Lüneburger Innenstadt wird von der Stadtverwaltung untersagt. Auch eine für den 25.2. angekündigte Aktion auf dem Marktplatz sowie eine Mitgliederversammlung zur Gründung einer Bezirks- und Kreisvereinigung dieser Partei findet auf Grund der zahlreichen Proteste nicht statt. (antifa)

Die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen informiert über diese neue Rechtspartei:

„Wo Freiheit drauf steht, ist nicht unbedingt Freiheit zu finden

„Die Freiheit“ gehört zu einer europaweiten Bewegung, die mit vermeintlicher Islamkritik rassistische und nationalistische Hetze verbreitet. Derlei Gemisch aus Menschenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien und Kampfrhetorik diente auch dem Attentäter von Oslo und Utoya als ideologische Rechtfertigung seiner Taten.

Die Partei "Die Freiheit" wurde erst im Jahr 2010 gegründet. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei René Stadtkewitz, der wegen seiner Kontakte zur europäischen extremen Rechten aus der Berliner CDU ausgeschlossen wurde. So lud er den niederländischen Rassisten Geert Wilders für einen Vortrag nach Berlin ein. Kontakte unterhält er auch zu anderen europäischen Rechtspopulisten wie etwa Heinz-Christian Strache von der österreichischen FPÖ und Filip Dewinter von dem belgischen "Vlaams Belang".

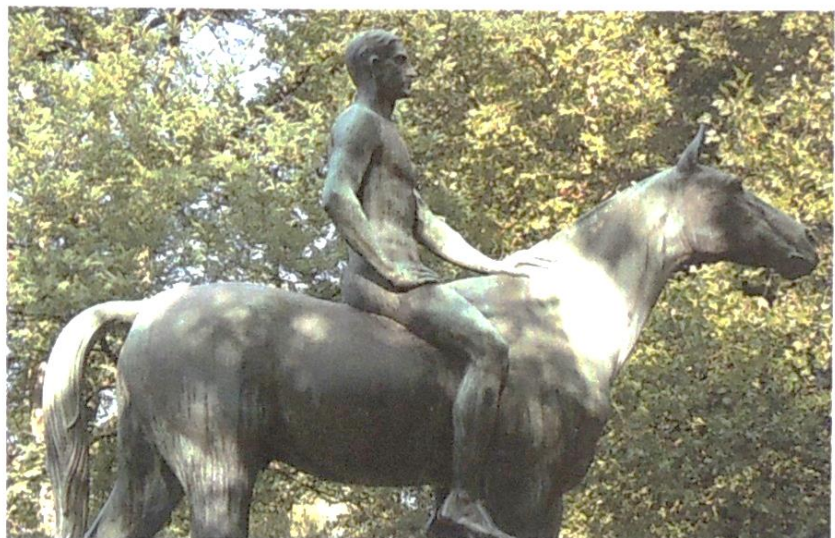
Oberflächlich gibt sich die Partei bürgerlich und liberal, doch schon beim zweiten Blick offenbart sich ihr rassistisches und sozialchauvinistisches Weltbild. "Die Freiheit" fordert in ihrem Thesenpapier zur Zuwanderungs- und Integrationspolitik einen Aufnahmestopp für "niedrig qualifizierte Zuwanderer und Wirtschaftsflüchtlinge". Sie zeichnet so deutlich mit am Zerrbild des "unproduktiven Menschen mit Migrationshintergrund" und arbeitet offensiv an einer weiteren Ausgrenzung von ohnehin schon diskriminierten Menschen in dieser Gesellschaft. Die nationalistische Grundphilosophie dieser rechtspopulistischen Variante ist kopiert und EU-weit anzutreffen: Soziale Probleme werden ethnisiert. Insgesamt zielt sie in allen Punkten - Sozialleistungen, Gleichberechtigung, Arbeitsrecht etc. - auf eine reaktionäre Politik, die mit vorgeblich "liberalen" Werten begründet wird, um so den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben.

Zusammen mit rassistischen Parteien wie Vlaams Belang, Lega Nord, FPÖ sowie in einer Reihe mit Pax Europa, der sog. Pro-Bewegung und anderen rechtspopulistischen Gruppen hetzen sie gegen Migrant_innen und fantasieren den Untergang des "christlichen Abendlandes" durch eine "schleichende Islamisierung" Europas herbei. Ihr Konstrukt eines exklusiv "christlichen Abendlandes" zielt mit xenophoben Argumenten darauf ab, über das Feindbild Islam Migrant_innen auszugrenzen. Dabei knüpfen sie programmatisch an Thilo Sarrazins rassistische und sozialdarwinistische Äußerungen an. Sozioökonomische und politische Aspekte werden als kaum zu überwindende kulturelle Modelle verschleiert und der Islam als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren. ...

Was als "Die Freiheit" bezeichnet wird, ist nur ein weiteres Zwangskorsett aus rassistischer Ausgrenzung und unsozialer Umverteilung von unten nach oben. "Freiheit" von rechts bedeutet repressive Kontrolle und Ausgrenzung - wir jedoch stehen für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Menschenfeindliche Einstellungen und Ausgrenzungen auf Grund der Herkunft, Religion, dem sozialen Status oder der Lebensweise von Menschen werden wir weiterhin bekämpfen."

23. Februar

Der Rat der Stadt Lüneburg beschließt, eine überdimensionierte Nazi-Skulptur weithin sichtbar in den öffentlichen Raum zu setzen, die bislang wenig beachtet im Bastions-Park rumstand. Es handelt sich um den sogenannten nackten Reiter, ein Reiterstandbild, welches sich die Offiziere der Lüneburger NS-Wehrmachtseinheit des „Kavallerie-Regiments 13“ im Jahr 1939 vor ihr Offizierskasino setzen ließen als Ausdruck der „neuen Zeit und militärischen Stärke“, einige Monate bevor sie Polen überfielen. Dieses Standbild gilt als typisches Beispiel von Nazi-Kunst: Der makellose Körper sollte das Ideal der Rasse und soldatischen Disziplin veranschaulichen in bewusster Abkehr von der Weimarer „entarteten Kunst“. 1956 wurde diese Skulptur in die Grünanlage Bastion/ Schifferwall versetzt. Da dieses Kriegerdenkmal reparaturbedürftig wurde und die Stadt Lüneburg ihn zu Repräsentationszwecken unbedingt erhalten wollte, boten sich einige wirtschaftlich gewichtige örtliche Verbände und Firmen an, für den Großteil der Kosten aufzukommen mit der Maßgabe, es „vor die Haustür“ des Hauptsponsors zu versetzen, was nun geschehen soll. (VVN-BdA)



24. Februar

Die Landeszeitung berichtet: In Uelzen wird ein Neonazi (28 Jahre) festgenommen. Im September 2009 waren bei ihm (mit Zweitwohnsitz in der Schweiz) acht CDs der Band „Amok“ gefunden worden, die er beim „Fest der Völker“ in Saalfeld verkaufen wollte. "Die Liedtexte haben fast durchgängig rassistischen und antisemitischen Charakter. Es wird darin zur Ermordung von Schwarzen und Juden aufgerufen, die Ermordung von Juden im Zweiten Weltkrieg wird geleugnet und die NS-Ideologie verherrlicht", erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Gera." Daher wurde er wegen Volksverhetzung verurteilt (März 2011). Die Geldstrafe betrug knapp 2400 Euro. Da der Neonazi nicht zahlte, erging Haftbefehl. Nun wurde er in Uelzen bei seiner Mutter festgenommen. Wenn er die Geldstrafe nicht bezahlt, muss er 180 Tage ins Gefängnis. (LZ)

25. Februar

Es gründet sich ein „Förderverein zum Erhalt des Denkmals des Dragoner Regiments 16“, der sich zum Ziel gesetzt hat, das Nazi-Kriegerdenkmal im Clamart-Park, den Dragoner, welches wegen Altersschwäche das Zeitige zu segnen droht, wieder zu altem Glanz zu verhelfen. 1939 wurde es von den Nationalsozialisten zu Ehren des Militärverbandes der „Dragoner“ eingeweiht, drei Monate vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen.

21. März

Die Lüneburger „Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD“ fordern zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ (1967 von den Vereinten Nationen initiiert) die Einrichtung der Stelle eines „Beauftragten gegen Rechtsextremismus“, der bestehende Organisationen vernetzt, Aufklärungsarbeit unter Jugendlichen und Erwachsenen leistet und mögliche Gefahren frühzeitig erkennt. Die regierenden Parteien weigern sich, dieser Forderung nachzukommen. (LZ)

O. Duddeck, Vorsitzender des „Vereins der Freunde und Förderer des Denkmals der Dragoner 16“, 2012 vor dem Reiterstandbild als Dragoner verkleidet. (www.henrichschulze.de)



23. März

Die Ausstellung „Versöhnender Schmerz. Deutsch-Russische Erinnerungen an den Exodus der Ostpreußen in Werken von Erhard Kalina und Elena Steinke“ wird im Ostpreußischen Landesmuseum eröffnet und eine Lesung von Erika Morgenstern aus ihrem Buch „Überleben war schwerer als Sterben. Ostpreußen 1944-1948“ angekündigt. (LZ)

3. April

Während der Stadt Lüneburg die Mittel des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ um ein Viertel auf 30.000 Euro gekürzt wurden, erhielten die Gemeinden Amelinghausen, Gellersen und Ilmenau bislang 60.000 Euro zugesprochen, die für 2012 auf 90.000 Euro erhöht werden. (LZ)

Dieses Förderprogramm, welches zunächst dem Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus dienen sollte (siehe: 6.1.2012), finanziert für 2012: eine Zirkus-Projektwoche für die GHS Embsen, einen Dioramenbau der Freiwilligen Feuerwehr Melbeck, vom Schützenverein das Vorhaben „Gemeinsam das Ziel erfassen – Integration von Kindern und Jugendlichen in den Bogensport“, und andere Projekte der Jugendarbeit.

5. April

Die Landeszeitung berichtet unter der Überschrift „Lüneburger Aufklärer berichten von ihren persönlichen Erfolgen im Afghanistan-Einsatz“: „Erfahrungen, die man dort sammelt, lenken den Blick auf das Wesentliche“, bestätigt Hauptmann Schwarzer (33) und Stabsgefreiter Thiele (27) bringt es auf den Punkt: ‚Man schätzt das Leben noch mehr.‘ Gerade jetzt vor den Osterfeiertagen denken die drei Soldaten des Aufklärungslehrbataillons 3 ‚Lüneburg‘ besonders intensiv zurück an ihre Einsatzzeit am Hindukusch. Denn morgen jährt sich zum zweiten Mal ein Ereignis, das für die Bundeswehr als ‚Schwarzer Karfreitag‘ in die Geschichte einging. Bei stundenlangen Gefechten mit den Taliban südwestlich von Kundus waren 2010 drei Soldaten einer Fallschirmjäger-Patrouille in einen offenbar von langer Hand geplanten Hinterhalt getötet und zum Teil schwer verwundet worden. ... ‚Ja, wir hatten auch Feindkontakt‘ (Feldwebel Mosebach) Einmal sei sein Trupp mit einer Rakete beschossen worden. ... Doch obwohl ... (sie) mehr als sechs Monate fern der Heimat und der Familie Gefahren und Entbehrungen hinnehmen mussten - Zweifel am Sinn ihres Einsatzes, der schließlich vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen wurde, haben sie nicht.“(LZ)

10. April

Anlässlich eines für den 17.4. geplanten Treffens des Lüneburger „Kulturstammtisches“, den 30 Lüneburger Kulturschaffende zur Vernetzung und als Interessenvertretung in ihrem Sinne nutzen, kritisieren die Künstler Dilli Dillmann und Prof. Dr. Kurt Bader den Ort der geplanten Zusammenkunft, das Ostpreußische Landesmuseum, und fordern eine Verlegung. Sie weisen darauf hin, dass dieses Museum eine „große Nähe zu rechten Organisationen und sogar personelle Kontakte zur NPD“ (habe). ... Dabei spielen die Landsmannschaft Ostpreußen, die Ostpreußische Kulturstiftung und deren Stiftungsrat mit ihrem Vorsitzenden von Gottberg sowie der Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum eine zentrale Rolle. „Diese vertreten ein völkisch und rassistisch geprägtes Kultur- und Politikverständnis, das aus Mitläufern und Tätern faschistischer Ideologie Opfer von Vertreibung macht“. Der Feuilletonchef der Landeszeitung behauptet in seinem Bericht, diese Kritik „sei nicht mit Belegen unterfüttert.“ (LZ)

23. März

Nachdem mehrfach in der örtlichen Presse eine Sonderausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum mit dem Titel „Versöhnender Schmerz. Deutsch-Russische Erinnerungen an den Exodus der Ostpreußen in Werken von Erhard Kalina und Elena Steinke“ beworben und diese auch auf den Kulturseiten der LZ mit Hinweis auf die Internetseite des Museums vorgestellt wurden, wendet sich zu diesem Thema die Lüneburger VVN-BdA mit einer kritischen Stellungnahme an die Landeszeitung, die aber nicht veröffentlicht wird:

„Die Selbstdarstellung des Ostpreußenmuseum (homepage vom 15.4.2012) und die Vorstellung der aktuellen Sonderausstellung (plus Begleitprogramm) mit dem Titel „Versöhnender Schmerz“ zeigt eine Konzeption, die hier kritisiert werden soll:

1. Mit der Übernahme und dem Gebrauch von bestimmten Stichwörtern und Kurzbeschreibungen, die üblicherweise eine völlig andere Konnotation und Bedeutung aufweisen, soll das Anliegen der Aussteller positiv aufgeladen werden. Deutlich wird dieses bereits in der Zweitüberschrift dieser Ausstellung, die erinnern soll „an den Exodus der Ostpreußen“. Mit dieser Begriffswahl, die eindeutig anknüpft an den biblischen Exodus (Auszug der Israelis aus Ägypten), eventuell noch Assoziationen an den Namen jenes Flüchtlingsschiffes hervorruft,

welches 1947 jüdische Immigranten nach Palästina brachte, wird das Anliegen, die „Vertreibung der Ostpreußen“, in einen Bezugsrahmen gesetzt, der eine begriffliche Zuordnung zur „Verfolgung der Juden“ intendiert und damit die Ostpreußen teilhaben lässt an einem „Verfolgungsschicksal“ der Juden über eine Verallgemeinerung in einer Schicksalhaftigkeit als gemeinsame Opfergruppe. Die historische Täter-Opfer-Perspektive wird hierbei geradezu auf den Kopf gestellt.

2. Das 20. Jahrhundert wird dargestellt als ein besonderes Jahrhundert, nämlich als „Jahrhundert der Vertreibung“ und als deren Kern die „Vertreibung der Millionen von Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus den deutschen Ostgebieten“ definiert. Folgt man dieser ominösen Jahrhundert-Einteilung, so wäre es doch wohl eher als Jahrhundert der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden zu beschreiben. Davon aber ist nicht die Rede.

3. Die „Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten“ wird in einer weiteren Veranstaltung des Museums integriert, bedeutungsschwer aufgeladen und aktualisiert als eine weltweite Vertreibungsgeschichte („arabische Welt, Syrien“). Vorgeschichte und Anlass werden dabei jeweils ausgeblendet.

4. Konsequenter Weise mündet diese Umdeutung der historischen Realitäten nicht in einer Darstellung der NS-Verbrechen, sondern im Vortrag über die „Unterdrückung der eigenen Bevölkerung durch das stalinistische Terrorregime“. Ein Hinweis auf ein „hitlerisches Terrorregime“ fehlt in der mehrseitigen Internet-Selbstdarstellung des Museums ebenso wie überhaupt die Bezeichnung „NS-Regime“, „Nationalsozialismus“ oder „deutscher Faschismus“ in den gesamten Bewerbungstexten nicht auftauchen. Der Kalte Krieg mit dem alten Feindbild und der „Schuld des Russen“ feiert hier im Museum Auferstehung.

Bundespräsident v. Weizsäcker formulierte am 8. Mai 1985 in seiner bekannten Rede: „Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Es bedarf noch tiefgreifender struktureller Veränderungen, bis diese Wahrheiten konzeptionell im Lüneburger Ostpreußenmuseum umgesetzt werden.“ (VVN-BdA)

17. April

Auf einem Treffen des „Lüneburger Kulturstammtisches“ (siehe: 10.4.2012) im Ostpreußischen Landesmuseum fordern die Beteiligten Dilli Dillmann und Kurt Bader ihre Künstlerkollegen/-innen auf, ihre Verantwortung als Künstler wahrzunehmen und mit ihnen das Museum solange zu boykottieren, bis der dominante Einfluss von Organisationen und Personen mit revanchistischen und antisemitischen Tendenzen auf dieses Museum beendet ist. Nach kurzer Diskussion stimmten 17 Teilnehmer für einen sofortigen Abbruch der Diskussion und den Übergang zur Tagesordnung. Lediglich neun Künstler zeigten in dieser Frage ein Problembewusstsein und wünschten wenigstens eine Fortsetzung des Gesprächs, zu dem es aber nicht kam. (VVN-BdA)

17. April

Das Ostpreußische Landesmuseum bietet in seiner Nachmittagsreihe durch die freiberufliche Mitarbeiterin Frau von Natzmer einen Vortrag an über Agnes Miegel (1879-1964). Diese Hitler-Verehrerin wird im Ausstellungsbereich des Museums „... in der Abteilung „Geistesleben“ aus der großen Zahl von Dichtern und Philosophen als einzige Frau neben Kant und Herder besonders herausgehoben. In einer Vitrine werden von ihr Erstdrucke, Postkarten und handgeschriebene Gedichte gezeigt. Der Betrachter gewinnt den Eindruck, dass diese Frau, die »vornehmlich durch ihre Balladen in die Literaturgeschichte einging« (Erläuterungstext), mit dem Jahr 1933 verstummte. Das Gegenteil ist richtig. In diesem Jahr fand sie mit ihrem Treuegelöbnis für Hitler ihr Lebensthema: Verherrlichung des »Führers« und seiner Raubkriege. In einer Hymne »An den Führer« sang sie: »Übermächtig füllt mich demütiger Dank, daß ich dieses erlebe, Dir noch dienen kann, dienen den Deutschen mit der Gabe, die Gott mit verliehen«. Und in ihrer Ansprache an »Deutschlands Jugend« in der Sammlung »Ostland« (1940) treibt sie das Volk zu Kriegsverbrechen an und schickt es dann in den Tod: »... wir stehen, wir Deutsche, Volk das zu Volk fand, folgend dem Ruf des Führers ... auf uns zu nehmen ... die Schrecken des Krieges: Feuer und Nacht und Not und grausames Sterben, wie es das Schicksal bestimmt...« Für diese Art von Dichtung wurde sie hoch geehrt, zum Beispiel 1940 mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt. Nach dem Kriege wurde sie zur Ikone der Vertriebenenverbände, war befreundet mit dem Ex-Reichsjugendführer Axmann und dem Vertriebenenminister Oberländer und empfing weitere Preise. Frühere BDM-Führerinnen

betreuten sie in ihren letzten Lebensjahren.“(Hartwig Hohnsbein, Im Ostpreußischen Landesmuseum, in: Ossietzky 21/2003)

19. April

Die Landeszeitung kündigt an: „Die „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“ (e.V.) treffen sich am 21.04. ab 9 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum. Gegen 10 Uhr begrüßen die Jagdhornbläser der Jägerschaft Lüneburg die Gäste, dann werden die besten Absolventen der Jägerprüfung 2011 geehrt. Um 11 Uhr beginnt die Mitgliederversammlung in der ‚Kronen-Diele‘. Dort referiert von 15 Uhr an Wilhelm von Gottberg über ‚Friedrich der Große in seiner Zeit‘.“(LZ)

27. April

Die Landeszeitung berichtet: „In den nächsten Wochen und Monaten bereiten sich 120 (Lüneburger) Soldaten auf einen möglichen Einsatz der EU-Battlegroup vor ... Die EU-Kampfgruppe ist eine für jeweils ein halbes Jahr aufgestellte Formation der Krisenreaktionskräfte der Europäischen Union in hoher Verfügbarkeit. Zielsetzung ist, dass der Verband innerhalb von 36 Stunden bis 72 Stunden verlegebereit ist - wo immer die EU ihren Einsatz auch für notwendig hält. Seit 2007 werden zwei Battlegroups pro Halbjahr einsatzbereit gehalten - erstmals sind auch Lüneburger dabei.“ (LZ)

23. April

Die Bundeswehr und die Stadt Lüneburg führen in den Tagen vom 23. bis 28. April eine Reihe von Militaristenveranstaltungen durch. In der Kaserne an der Bleckeder Landstraße wird vom 23. bis 27. April 2012 die Propagandaausstellung „Warum Soldaten!?“ gezeigt.

Ein „Rückkehrerappell“ folgt am 27. April auf dem Lüneburger Marktplatz. Als „Rückkehrer“ sind 500 Soldaten des in der Lüneburger Theodor-Körner-Kaserne stationierten Aufklärungslehrbataillon 3 gemeint. Angehörige dieser Truppe sind u.a. im Kampfeinsatz in Afghanistan, Bosnien und vor Somalia. Dafür richtet die Bundeswehr gemeinsam mit der Polizei eine „Operationszentrale“ (OPZ) ein. Von dort wird der Einsatz der Polizei und Feldjäger beim „Rückkehrerappell“ geleitet. Der Marktplatz wird den ganzen Tag mit mehreren Kameras und u.a. von „einer Beweismittel- und Festnahmeeinheit“ (BFE) aus Oldenburg überwacht.

Rund 80 Menschen protestieren, wobei die Polizei dies zu unterbinden versucht. Es werden Trillerpfeifen und andere Gegenstände beschlagnahmt. Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Beleidigungen werden eingeleitet, weil mehrere Menschen angeblich "Mörder" gerufen haben. Einige Platzverweise werden ausgesprochen.



Viele hundert Zuschauer waren zu dem Rückkehrerappell auf den Marktplatz gekommen – unter ihnen auch der Bundestagsabgeordnete Eckhard Pols und Kultusminister Dr. Bernd Althusmann. Fotos: t&v



Einige „stille“ Protestler wollen eine Nachbildung von P. Picassos Anti-Kriegsbild „Gernika“ zeigen. Polizisten und „besorgte Lüneburger Bürger“ verhindern dies.

Am selben Nachmittag findet zusätzlich ein Empfang für die Soldaten im Rathaus statt und für den Folgetag lädt die Theodor-Körner-Kaserne zu einem „Tag der offenen Tür“ ein, wo das „Aufklärungslehrbataillon 3 Lüneburg“ stationiert ist. Es werden Waffen und Geräte gezeigt und vorgeführt, Führungen für Ehemalige angeboten, aber auch eine Show von Mottorrad-Stuntgirl Mai-Lin. Laut LZ kommen „viele Tausend Gäste“. (LZ)

In den Tagen um den Militaristenappell veröffentlicht die Presse einige Stellungnahmen:

"Ich freue mich, dass sie alle unversehrt zurückgekommen sind. Für eine Garnisonsstadt wie Lüneburg sollte ein Ritual wie dieses dazugehören. Wenn wir Truppenstandort sein wollen, sollten wir uns auch öffentlich dazu bekennen." (Eduard Kolle, Bürgermeister, SPD)

"Die Soldaten haben einen harten Einsatz hinter sich. Sie haben ein Recht darauf, dass man diesen Einsatz würdigt. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der Lüneburger zur Bundeswehr und zu diesem Standort steht - auch wenn sicher nicht alle Befürworter das auch durch ihre Teilnahme auf dem Marktplatz zeigen werden. Die Soldaten machen einen anstrengenden Job, das tun sie nicht freiwillig. Lüneburg ist Garnisonsstadt. Wenn wir die Tradition einer öffentlichen Anerkennung der Truppe nicht aufrechterhalten, wer soll es sonst tun?" (Gerhard Scharf, Mitglied der CDU-Ratsfraktion)

„Froh kann nur sein, dass sie (die „Rückkehrer“) dabei ohne sichtbare Blessuren davon - und wieder bei ihren Familien angekommen sind. Wie es aussieht in ihren Seelen nach dem Schrecklichen, was sie erleben mussten, können sie wohl nur selbst abmessen. Andere trugen schwere Verletzungen davon oder mussten gar ihre Leben lassen - ihrer zu gedenken, war wichtiger Bestandteil des Rückkehrer-Appells ... Die Protestierer zeigen keinen Respekt vor den Leistungen der Soldaten.“ (LZ-Chefredakteur Christoph Steiner)

„Kriegsgegner wollen nicht, dass junge Menschen durch Werbeveranstaltungen und pompöse Militärrituale mit Panzern, Polizei und Krokodilstränen zum Töten ausgebildet und zum Getötetwerden in ferne Länder geschickt werden. ... Krieg ist kein Mittel für die Völkerverständigung und Krisenlösungen in einer globalisierten Welt.“ (Leserin Siegfriede Rieß)

„Militärische und polizeiliche Macht- und Gewaltdemonstration - inklusive zwei Panzern - auf dem friedlichen Marktplatz inmitten von Lüneburg. Grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit ... wird durch Polizeigewalt - Ergreifen meines linken Armes von hinten und die Androhung eines Platzverweises, wenn ich noch einmal „Triller pfeife“ - unterbunden. ... Ich habe mich nicht zu einer körperlichen Reaktion provozieren lassen. ... Ich habe stolz meinen Button mit dem Zitat von Kurt Tucholsky – ‚Soldaten sind Mörder‘ - getragen.“ (Leser Dirk Albrecht)

„Sofern die Antifaschisten die Abschaffung der Bundeswehr fordern, stehen sie nicht auf dem Boden unserer Verfassung. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist die Bundeswehr verankert. Wir benötigen die Bundeswehr zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und für Spannungsfälle.“ (Leser Rolf Neumann) (LZ/VVN-BdA)

28. April

Der Roman "Rot macht tot" (siehe: 27.5.2006) von Ulrich Gärtner (pensionierter Mitarbeiter der Kriminalpolizei, zuletzt Leiter des "1. Fachkommissariat Polizeidirektion Lüneburg") erscheint bei "thono" als Hörbuch. Schauspieler Christian Reimer spricht den Text. (LZ)

3. Mai

Die Landeszeitung stellt den aktuellen „Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht“ vor. „Der Hohnstorfer Christian Berisha hat den Landesvorsitz [der NPD Niedersachsen] aufgrund eines internen Streits nach ein paar Monaten wieder niedergelegt. Ihm folgte kommissarisch der Handorfer Manfred Börm. ... Im Vorstand des Unterbezirks Lüneburg, der sich nun Heide-Wendland nennt, sitzt der Schneverdinger Matthias Behrens, der Chef der Snevern Jungs ... Vertreten ist auch Stefan Klingbeil aus Munster, für den Verfassungsschutz ein ‚Ausdruck der starken Stellung von Angehörigen der neonazistischen Kameradschaftsszene im Landesverband‘. Manfred Börm ... war lange Leiter des als gewaltbereit geltenden Ordnerdienstes der Bundes-NPD. Diesen Posten hat er abgegeben, aktuell leitet er die Landes-NPD. ... Die NPD finanzierte sich ... 2010 zu mehr als 39 Prozent aus staatlichen Mitteln.“ (LZ)

5. Mai

Die Stadt Lüneburg stellt dem „Ostpreußischen Landesmuseum“ ihren Huldigungssaal im Rathaus zur Verfügung anlässlich des 25. Jahrestages seit Eröffnung dieses Museums in der Ritterstraße. Ein Leserbrief erinnert an die Protestaktionen während der Eröffnung im Jahre 1987, an die Gründer dieses Museums, SS-Obersturmführer Freiherr Otto von Fircks und den Lüneburger Rechtsaußen Ludwig Loeffke, und an die Skandalgeschichte des Museums seither. „Solange die Vorwürfe im Raume stehen, dass an der Spitze des Stiftungsrates dieses Museums ein Mann steht (von Gottberg), der sich durch antisemitisch grundierte Sprüche und Rechtsaußen-Formulierungen hervortut ... sollte die Vermietung der Rathaus-Räumlichkeiten an diese Einrichtung nicht in Frage kommen.“ (VVN-BdA)

5. Mai

Jobst Müller kritisiert in einem Leserbrief an die Landeszeitung die Aussage von Bundespräsident Gauck zum Afghanistaneinsatz, wie sie vom Kommandeur des „Aufklärungslehrbataillon 3 ‚Lüneburg‘“ beim „Rückkehrer-Appell“ (siehe: 23.4.) zitiert wurde. „Nur um kleineres Übel nicht in Kauf zu nehmen, dann kein größeres verhindern zu wollen, das ist unmoralisch!“: „... Demnach sind 1,28 Milliarden Militärausgaben, Zehntausende tote Zivilisten, drei Millionen Flüchtlinge und 2600 gefallene alliierte Soldaten mit unzähligen Verletzten und allein 922 traumatisierten Bundeswehrkämpfern, auch Guantanamo und Leichenschändungen das kleinere Übel? ... Somit sind Nachwuchswerbungen und Public Relations des Karrierezentrums mit ‚Tagen der offenen Tür‘ ebenso nötig wie die schon bei Shakespeare und den alten Römern bekannte Verbindung von Totengedenken, Begrüßung der Überlebenden mit neuem Marschbefehl und Konfliktherden.“ (LZ)

10. Mai

Prof. Dr. Michael Wolffsohn („Universität der Bundeswehr München, Lehrstuhl für Neuere Geschichte“, Träger des Bundesverdienstkreuzes) spricht auf Einladung des „Club von Lüneburg“ in der Industrie- und Handelskammer Am Sande zum Thema „Bundeswehr ohne Wehrpflicht“. Er beginnt seinen Vortrag mit der Eingangsthese: „Militär heißt letztlich sterben“ und fragt nach der Motivation junger Menschen, sich in diesem Berufsfeld freiwillig zu engagieren. „Das Risiko für Freiwillige müsse mit attraktiven Versprechen verbunden sein: Macht, Geld oder Ansehen. Genau daran hapere es bei der Bundeswehr.“ Da seine (des Soldaten) Möglichkeiten doch bereits bei der Mitbestimmung scheitern, fordert Wolffsohn: „Wer sterben darf, muss mitreden können.“ Wolffsohn fordert eine verstärkte Aktivierung höherer Bildungsgrade für die Bundeswehr. (LZ)

13. Mai

Der Landesparteitag der niedersächsischen NPD findet in Schreyahn (Landkreis Lüchow-Dannenberg) statt. Die Partei stellt dort ihre Landesliste zur Landtagswahl auf.

22. Mai

General a.D. Wolfgang Schneiderhahn (Generalinspekteur der Bundeswehr von Juni 2002 bis zu seiner als „Bauernopfer“ interpretierten Entlassung im Zuge der „Kundus-Affäre“ im November 2009)

spricht auf Einladung der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik. Sektion Lüneburg“ und des „Landesverband Niedersachsen der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.“ im Gasthaus Rüter's in Salzhausen über „Innere Führung“ und die Notwendigkeit, neue Bevölkerungsgruppen für einen Kriegseinsatz als Soldat in der Bundeswehr anzusprechen: Es gehe „... darum, 'alle Gesellschaft moralisch für den Gedanken des Wehrhaften zu gewinnen. ... Wir müssen uns nicht nur gegenüber Frauen öffnen, sondern auch anderen Gruppen, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund oder Homosexuellen. ... Auch der Soldat als allein-erziehender Vater muss berücksichtigt werden.“ (LZ)

1. Juni

Erneut findet im Raum Lüneburg eine Kunstausstellung unter dem Titel „Jedem das Seine“ statt (siehe: 20.9.2008), dieses Mal veranstaltet vom „Kulturraum Bardowick e. V.“ in der „Galerie Kultur am Markt“. Nachdem die Veranstalter/-innen von Antifaschisten über den historischen Hintergrund ihres Mottos aufgeklärt wurden, ändern sie den Titel in „aRT-viELfaLT“ und geben dies in der LZ vom 11.6. bekannt. (VVN-BdA)

14. Juni

In einer Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht Lüneburg bietet die Stadt Birkhild Teißen die Möglichkeit, in die Tagespflege zu wechseln, weil Eltern gegen die Weiterbeschäftigung der Erzieherin in der Kindertagesstätte Am Marienplatz demonstrieren. Unter anderem war ihre gesamte Familie sehr engagiert in der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ und ihr Mann ist ein langjähriger NPD-Funktionär. B. Teißen lehnt dieses Angebot ab. (LZ)

16. Juni

Der „Bleckeder Freundeskreis Literatur in der Region“ beteiligt sich an der Aktion „Eine Rose gegen das Vergessen“ der „Vereinigung Deutsche Literaturlandschaften“. (siehe: 14.6.2008) (LZ)

16. Juni

Auf dem in Eschede (Landkreis Celle) stattfindenden „Landeskongress“ der „Jungen Nationaldemokraten“ (Jugendorganisation der NPD) wird Jan Krüger aus Bardowick zum neuen Stützpunktleiter der Lüneburger JN-Gruppe ernannt. (antifa)

6. Juli

Ein Leserbrief von Hans-Jürgen Brennecke zum Thema „institutioneller Rassismus“ wird (gekürzt und verändert) in der Landeszeitung veröffentlicht:

Diskriminierung von Flüchtlingen 6.7.12

„CDU und FDP wird institutioneller Rassismus vorgeworfen“ und „Ein Verstoß gegen die Menschenwürde?“, LZ vom 21. Juni

Das war eine interessante Kombination auf der Seite 17, der eine Artikel bestätigte die Vorwürfe, die im anderen erhoben wurden.

Definition: institutioneller Rassismus verweigert nicht nur bestimmten Gruppen Vorteile und Leistungen, die allen anderen zugänglich sind, sondern

diskriminiert und vertreibt sie. Als deutschstämmige Menschen, genannt „Spätaussiedler“, nach 1990 zu Millionen aus dem Osten kamen, auch wenn sie vor Jahrhunderten ausgewandert waren und nicht die deutsche Sprache konnten, erhielten sie einige Starthilfe, gut so.

Anderen Flüchtlingen wird in Deutschland jede Starthilfe verwehrt. Im Gegenteil werden sie noch zusätzlich diskriminiert. Zum Beispiel müssen sie in

Lagern hausen, dürfen nicht arbeiten und erhalten in Niedersachsen Gutscheine zum Überleben. Zweck: Es handelt sich um „Menschen, deren 'Nichtausreise' nicht gefördert werden soll.“ (Landkreisverwaltung Lüneburg 30.5.2012) Übersetzung: Alles Mittel zur Vertreibung. Das ist institutioneller Rassismus, von CDU und FDP im Bund und in Niedersachsen befürwortet und betrieben, erstaunlicherweise auch von der Verwaltung Landkreis

Lüneburg. Die gesetzliche Höhe der Leistungen ist seit 20 Jahren nicht angepasst worden, obwohl das jährlich zu prüfen ist. Das Landessozialgericht in NRW hält die Beträge für zu niedrig. Dazu der Bundesverfassungsgerichts-Vizepräsident P. Kirchhof am 20.6.2012: „Die Menschenwürde gilt für alle Menschen. Ein wenig hungern, dann gehen die schon wieder, das kann ja wohl nicht sein.“

Hans-Jürgen Brennecke
Reppenstedt

10. Juli

Landrat Nahrstedt unterzeichnet für den Landkreis Lüneburg eine in der LZ veröffentlichte Todesanzeige für den verstorbenen Herbert Bartsch, Mitglied des Kreistages von 1994 bis 1996. Bartsch war Abgeordneter der NPD- Tarnorganisation UWL, mit der die CDU 1996 im Kreistag die stimmstärkste Gemeinschaft bildete. Er agitierte seinerzeit besonders stark gegen die Einrichtung einer Unterkunft für Asylbewerber im Meisterweg in Scharnebeck. Die Todesanzeige beschreibt die Verdienste des H. Bartsch: „Der Verstorbene hat sich im Kreistag für die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Lüneburg eingesetzt.“ (LZ)

11. Juli

Die Landeszeitung veröffentlicht einen Kommentar von Joachim Zießler zur Genehmigung der Exporte von „Leopard-Kampfpanzern“ nach Indonesien: „Wann immer Deutschland als Waffenhändler auftritt, kommt es zum Aufschrei der Empörung. Ein Reflex, der als Echo auf die unselige, zweimalige Kriegstreiberei Deutschlands im zwanzigsten Jahrhundert zwar gerechtfertigt ist, als Leitlinie für deutsche Außenpolitik aber nicht mehr taugt. Der kalte Krieg ist vorbei und damit die Ära, in der man schlicht pazifistisch gegen den Krieg sein konnte, um sich die bessere Gesinnung zu attestieren.“ (LZ)

14. Juli

Die niedersächsische NPD führt landesweit Kundgebungen im Rahmen der bundesweiten „Deutschlandfahrt“ unter dem Motto „Raus-aus-dem-Euro-

Kampagne“ durch. Am 14. Juli findet eine solche in Lüneburg im Clamartpark statt. Eine zehnminütige Kundgebung ging im Lärm der Gegendemonstranten/-innen (300 Personen) unter, die Zufahrt für das Lautsprecherfahrzeug wurde blockiert und die Nazis (14 Personen, Redner: Manfred Börm, Jens Pühse) mussten fluchtartig den Ort verlassen. Selbst die beiden Lüneburger NPD-Freunde Wolfgang Prax und Teja Lechel verließen vorzeitig den Ort der Blamage. Die Nazis fuhren anschließend nach Handorf, wo sie sich bei Manfred Börm versammelten. (antifa)

9. August

In einem halbseitigen Artikel berichtet die Landeszeitung über ihren freien Mitarbeiter Otto Dittmer, ein Jubilar, der das Alter von 90 Jahre erreicht hat. Ausführlich werden seine Verdienste als Bürgermeister von Melbeck (1970 bis 1976) und als CDU-Fraktionsvorsitzender der Samtgemeinde Ilmenau vorgestellt. Ein großformatiges Foto zeigt den fröhlichen Rentner.

Dittmers Tätigkeit als Finanzverwalter einer europaweit agierenden Nazi-Organisation, dem „Kameradenwerk Korps Steiner“, ein Zusammenschluss alter Nazis der Waffen-SS und benannt nach dem Führer der „SS-Division Wiking“ und dem „III. SS-Panzerkorps“, Felix Steiner, wird nicht erwähnt. Für seine Altnazigruppe organisierte Dittmer Wochentreffen im Lüneburger Raum und vertrieb nicht nur Propagandamaterial, sondern besorgte die für die Herstellung erforderlichen Geldmittel. Selbst

den Druck dieser Nazischriften, wie etwa jene über die SS-Verbände unter dem Titel „Einsatz in Europa – Europäische Freiwillige im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite“, organisierte Dittmer selbst.



Die

LZ-Geschäfts- und Verlagsführung (Chr. von Stern, J. Wiesemann), von der örtlichen VVN-BdA bereits im Jahr 2002 auf diese Umtriebe ihres Mitarbeiters hingewiesen und um eine Stellungnahme gebeten, distanzierte sich nicht von der politischen Vergangenheit und gegenwärtigen Tätigkeit ihres Mitarbeiters, sondern betonte lediglich, Dittmer bei der Verbreitung seiner Nazi-Schriften nicht zu unterstützen. (VVN-BdA)

13. August

Am Laden der Sozialistischen Jugend – Die Falken in der Lauensteinstraße wird eine Fensterscheibe mit einem Gullideckel zerstört. Bei zwei alternativen Wohnprojekten kam es zu Bedrohungen durch jüngere Neonazis und rechte Jugendliche. (falken/antifa)

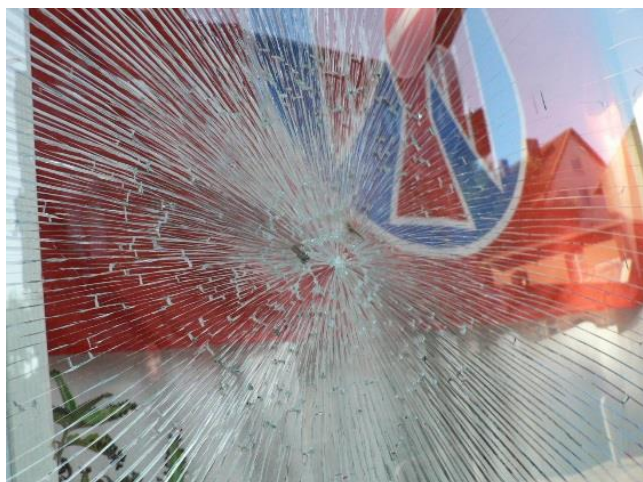
29. August

Am Abend des 29. August 2012 wird der Lüneburger Antifaschist Olaf Meyer von zwei Nazis hinterücks angegriffen und mit einem Messer verletzt. Nachdem er das Gewerkschaftshaus in der Heiligengeiststraße verlässt, treten zwei Personen von hinten an ihn heran und sprechen ihn mit seinem Namen an. Als er sich daraufhin umdreht, sticht eine der Personen mit einem Messer auf ihn ein. Durch eine schnelle Armbewegung kann der Messerstich abgewehrt werden und es kommt nur zu einer Schnittwunde am Unterarm. Die Verletzung muss später im Krankenhaus versorgt werden. Offensichtlich verfolgten die beiden Neonazis den Antifaschisten vorher eine Zeit lang und lauerten ihm anschließend auf. Circa zwanzig Minuten zuvor bemerkte Olaf Meyer an einer Kreuzung einen PKW aus dem Landkreis Ludwigslust mit ca. 4 Neonazis. Diese erkannten und zeigten auf ihn. Es muss davon ausgegangen werden, dass ihn mindestens zwei dieser Neonazis bis zum Gewerkschaftshaus verfolgten und ihn dann dort angriffen. (antifa/LZ/Der Kreisbote)

1. September

Nachdem am 9.8. die Beförderung von Oberst Klein (Verantwortlicher des Massakers von Kundus) in der Landeszeitung völlig kritiklos geschildert wurde („ganz normale Beförderung“) und am 27.8. daraufhin Rainer Petroll in einem LZ-Leserbrief einige kritische Anmerkungen machte, äußert sich Jürgen Hempel ebenfalls in einem Leserbrief:

„Oberst Klein hatte zwei Varianten: Entweder, wie geschehen, den Luftangriff oder Bodentruppen von deutschen Soldaten. Die Entscheidung, die er traf, war ganz richtig! Und ganz im Sinne deutscher Eltern!“ (LZ)



7. September

Der „nackte Nazi-Reiter“, ein NS-Kriegerdenkmal, wird in der Johannes-Gutenberg-Straße neu aufgestellt und eingeweiht. (siehe: 23.2.2012) Es handelt sich um ein Reiterstandbild, welches sich die Offiziere der Lüneburger NS-Wehrmachtseinheit des Kavallerie-Regiments 13 im Jahre 1939 vor ihr Offizierskasino setzen ließen als Ausdruck der „neuen NS-Zeit und militärischen Stärke“, einige Monate bevor sie Polen überfielen. Seitdem begrüßt diese Nazi-Kunst alle Lüneburg-Besucher/-innen, die über die Autobahn-Abfahrt „Innenstadt“ in die Stadt gelangen, an der Gutenberg-/Bockelmannstraße. (LZ)



15. September

Fünf Mitglieder der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) wollen sich am „bundesweiten Aktionstag“ der neofaschistischen NPD im Rahmen der „Raus-aus-dem-Euro-Kampagne“ beteiligen. Die Verteilaktion der Nachwuchs nazis endete im Tumult und muss nach wenigen Minuten beendet werden. Gegen diese Verteilung protestieren mehrere couragierte Passanten/-innen, die lautstark die Annahme der NPD-Flyer verweigern und die Nazis auffordern zu verschwinden. Die Nazis schubsen einige Menschen weg, beleidigen und bedrohen sie. In dieser Situation kommt es zu einigen Rangeleien, wobei die Nazis

auf die Protestierenden einschlagen. In diesem Tumult gelingt es, die Nazis nach und nach zurückzudrängen. Sie werden später von der Polizei zu ihren Fahrzeugen gebracht und verlassen dann die Stadt. (antifa)

11. Oktober

Die Landeszeitung berichtet: Das Arbeitsgericht Lüneburg hat entschieden, dass die Lüneburger Stadtverwaltung Birkhild Teißen in gleicher Funktion als Erzieherin weiterbeschäftigen muss. „Auf die politische Gesinnung ihres Ehemannes kam es bei der Entscheidung aus rechtlichen Gründen nicht an.“ (LZ)

Auf einer Veranstaltung des „Bündnis für Demokratie – Netzwerk gegen Rechtsextremismus“ einige Zeit später, die von zahlreichen Eltern der Kindertagesstätte Am Marienplatz besucht wird, wird vorgetragen, in welcher Form nicht lediglich der Neonazi-Ehemann, sondern ebenso Frau Teißen und die gesamte Familie in die Aktivitäten der neofaschistischen Organisationen eingebunden sind und dieses an zahlreichen Beispielen belegt. (VVN-BdA)

Daraufhin organisieren die betroffenen Eltern der Initiative „Eltern gegen Rechts“ einen Warnstreik in der Kindertagesstätte Marienplatz. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes in Berufung zu gehen. Eltern von 36 Kindern haben außerdem schriftlich angekündigt, im Falle der Rückkehr der Erzieherin ihre Kinder aus der Einrichtung zu nehmen. Die Landeszeitung berichtet am 31.10.: „Der Warnstreik sollte der Erzieherin vermitteln, dass man kein Vertrauen mehr in sie habe. Vertrauen sei jedoch die Basis für die Arbeit in einer Kita, in der es um Wertevermittlung und Gleichbehandlung aller Kinder gehe. Beteuerungen der Frau, dass sie keine Beziehung zur NPD habe, glaube ein Großteil der Elternschaft nicht.“ (LZ)

20. Oktober

In einem halbseitigen Artikel informiert die Landeszeitung über einen „Tag des Gedenkens“ des Aufklärungsbataillons 3, der in der Theodor-Körner-Kaserne stattfand. Es handelt sich „um eine Traditionsveranstaltung, die vor allem auch dazu dient, der verstorbenen Kameraden zu gedenken.“ Der Kommandeur dieser Militäreinheit, Dr. Christian Freuding, begrüßte über 200 Gäste im Kasino der Kaserne zum Vortrag über die Bundeswehr und deren Stellung in der deutschen Politik. Sein Resümee: „Deutschland wird auch künftig als einwoh

nerstärkstes Land Europas, als stärkste Volkswirtschaft und als drittstärkste Exportnation der Welt seine Bündnisverpflichtungen erfüllen." (LZ)

22. Oktober

Auf Anregung des Lüneburger Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols (CDU) und unter Mitwirkung des niedersächsischen Kultusministers B. Althusmann (CDU) aus Lüneburg besucht Erika Steinbach, die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen Deutschlands“ und ebenfalls Bundestagsabgeordnete (CDU), das Ostpreußische Landesmuseum. Geführt werden sie von Museumsleiter Dr. Joachim Mähnert. Steinbach würdigt „die großartige Aufbauleistung der Landsmannschaft und deren Anteil am Aufbau des Museums“, woraus sich wohl der Anspruch auf eine politische Dominanz innerhalb des Museums ableiten soll. (LZ)

25. Oktober

An der Scheune von Karl-Christian Schenk in Häcklingen ist ein Hakenkreuz im Mauerwerk erkennbar. Er gibt an, das Gebäude sei 1939 errichtet worden und die Alliierten hätten die „Vorstände abgeschlagen“ („... für mich ist das Hakenkreuz damit entfernt.“). Eine Passantin wurde erstmals 2004 darauf aufmerksam. Sie fordert mindestens eine Abdeckung des Hakenkreuzes. Uwe Plath, Häcklings Ortsvorsteher und Historiker, ermuntert zu einer aktiven Auseinandersetzung, auch mit Schulklassen. Die Polizeidirektion Lüneburg prüft, ob rechtliche Schritte gegen das Nazi-Emblem eingeleitet werden müssen, denn als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation sei es in der Öffentlichkeit grundsätzlich verboten. (antifa/VVN-BdA)

26. Oktober

In einem „Interview der Woche“ der Landeszeitung kommt Erika Steinbach ganzseitig zu Wort. Sie weist darauf hin, dass der von ihr geleitete „Bund der Vertriebenen Deutschlands“ bereits 1950 mit der „Charta der Heimatvertriebenen“ auf eine Rache der Deutschen an den Polen, Bürgern der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten verzichtet hätte, dass die Vertreibung als auch die entschädigungslose Enteignung völkerrechtswidrig sei und jeder Deutsche die Möglichkeit habe, den Klageweg zu beschreiten, um an eine Entschädigung zu gelangen.

Diesem Interview folgte eine kleine Leserbriefdebatte in der Landeszeitung:

Ronny Kabus, bis zu seiner Entlassung durch den Vertriebenenfunktionär von Gottberg Museumsleiter des Ostpreußenmuseums, moniert (am 29.10.) die Einflussnahme der Vertriebenenvereine auf das Museum und zitiert deren Anspruch „Unser Museum muss auch ein Mahnmal ... für die legitime Forderung nach Rückgabe des uns geraubten prussisch-preußischen Landes an uns (sein)“. Außerdem kritisiert er, dass sich Erika Steinbach nicht von Wilhelm von Gottberg distanzieren, der „in seiner Hauspostille ‚Ostpreußenblatt/Preußische Allgemeine Zeitung‘ über den Holocaust als ‚Mythos‘, ‚Dogma‘ oder ‚jüdische Wahrheit‘ fabulierte.“

Am 8.11. reagiert W. von Gottberg auf Kabus' Leserbrief mit dem Hinweis, dass er zwar kurz und mehr unbeabsichtigt „von einem Dogma, bzw. der jüdischen Wahrheit“ gesprochen habe, aber: „Gleichwohl gehe ich wegen dieses Fehlers nicht zeitlebens in Sack und Asche.“

Dilli Dillmann begegnet dieser Einlassung am 15.11. mit dem Hinweis: „Das von von Gottberg erwähnte Zitat war ein 16-zeiliges, das aus meiner Sicht nicht irgendwie zufällig in einen Text rutscht, sondern das eine ganze Weltanschauung beinhaltet. ... Und der wieder gewählte Vorsitzende des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung will uns nun weismachen, er übe keinen Einfluss mehr auf das Ostpreußische Landesmuseum aus.“(LZ)

Ende Oktober/Anfang November

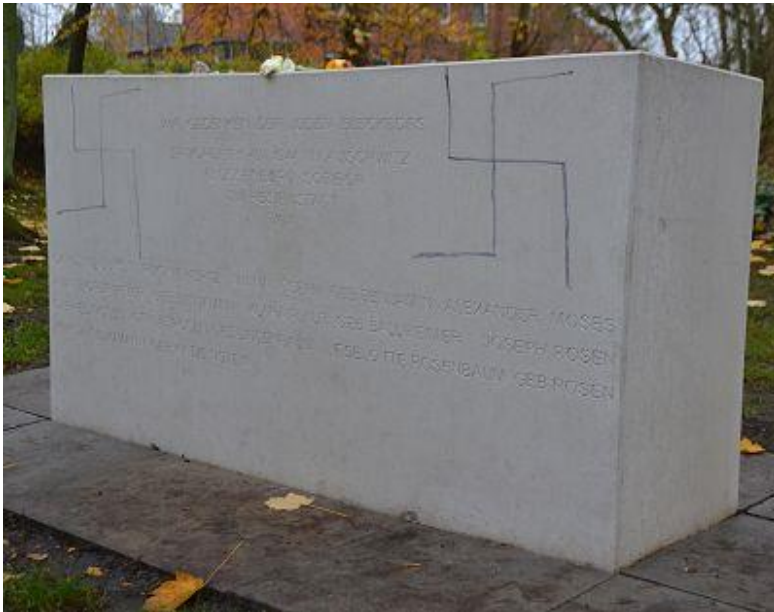
Der von seinem Amt zurückgetretene Stützpunktleiter der „Jungen Nationaldemokraten“, Jan Krüger, der auch die NPD verlassen hat, besucht das neofaschistische Projekt „Casa Pound“ in Italien. (antifa)

10. November

Am Abend kommt es in der Bastionstraße zu einem versuchten Angriff auf eine Antifaschistin. Jan Krüger (Bardowick) und Toni Camin (Adendorf) hielten sich hinter den dortigen Papier- und Altglascontainer auf. Als die Antifaschistin dort vorbei ging, entdeckten die beiden, dass sie einen Antifa-Button trug und traten auf sie zu. Sie nahm diese Situation als sehr bedrohlich wahr und flüchtete. Die beiden Nazis setzen ihr noch nach, konnten sie aber glücklicherweise nicht einholen. In den Monaten zuvor kam es zu diversen Sachbeschädigungen und kleineren Brandstiftungen in der benachbarten Fromestraße. Dabei wurde immer vermutet, dass es sich dabei um Aktivitäten von Neonazis handelte.

Mitte November

Kurz vor dem diesjährigen Volkstrauertag wird das Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden in Bleckede mit Hakenkreuzen beschmiert. Das Mahnmal im Schlosspark erinnert an 11 Jüdinnen und Juden aus Bleckede, die in den Jahren von 1940 bis 1945 in Auschwitz, Sobibor, Terezín (Theresienstadt) und Riga ermordet wurden. Das Mahnmal wurde erst am 3. Juli 2011 eingeweiht. (antifa)



Mitte November

In Lüneburg tauchen Aufkleber der sog. „Identitären Bewegung“ auf. Um Jan Krüger bildet sich eine kleine Gruppe dieser neuen Erscheinungsform der extremen Rechten. Es wird auch eine Facebookseite ins Netz gestellt. (antifa)

17. November

Bei einem „Heldengedenken“ der regionalen NPD im Dorf Langeloh in der Nähe von Schneverdingen (Heidekeis) kommen 25 Neonazis zusammen. Redner auf dem Friedhof ist Manfred Börm aus Handorf, der zurzeit kommissarischer Landesvorsitzender der niedersächsischen NPD ist. Im Anschluss an die Veranstaltung findet noch eine „Saalveranstaltung“ mit Wolfgang Juchem (bis 1988 als Offizier beim „Militärischen Abschirmdienst“ (MAD) tätig) statt. Dieser hält einen geschichtsrevisionistischen Vortrag, in dem er die Kriegsschuld der Deutschen leugnet. (antifa)

Unter dem Titel „Das „Heldengedenken der Nazis“ veröffentlicht die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen eine Expertise zum Thema:

„Im Nationalsozialismus wurde der "Volkstrauertag" instrumentalisiert und in "Heldengedenktag" umbenannt. Auch heute mobilisieren Nazis bundesweit zu Veranstaltungen anlässlich des "Heldengedenktags" und bekennen sich damit offen zum Nationalsozialismus und all seinen Verbrechen. Der historische Nationalsozialismus ist für Nazis bis heute Maßstab ihrer politischen Theorie und Praxis. Blickt Mensch auf Naziaktivitäten aus den letzten Jahren, so zeigt sich, dass kaum ein Thema so präsent und attraktiv für die extreme Rechte ist, wie die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Mit der Wortwahl "Heldengedenken", greifen die Nazis ganz bewusst auf einen nationalsozialistischen Begriff zurück. Zu ähnlichen Anlässen, wie zum Beispiel den Protesten gegen die Wehrmachtausstellung oder den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen konnten Neonazis stets mehrere Tausend Anhänger_innen mobilisieren - organisationsübergreifend und teilweise europaweit. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus schafft insofern einen für die rechte Szene wichtigen Brückenschlag zwischen Alt- und Neonazis. Die deutschen Soldaten werden von extrem rechter Seite als Verkörperung

des idealen nationalsozialistischen Menschenbildes angesehen. Dazu gehören militaristische, patriarchale und antiemanzipatorische Elemente, wie das soldatische Gemeinschaftsgefühl, das Kämpfen für das Vaterland, der Untertanengeist oder die Selbstaufopferung für das Wohl der "Volksgemeinschaft" bis hin zur bewussten Inkaufnahme des eigenen Todes. Mit dem Versuch, die Angehörigen der SS und Wehrmacht als "Helden" darzustellen, soll ein positiver Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt werden. Es geht den Nazis auch darum, die Verbrechen des 3. Reiches zu relativieren und sich dadurch indirekt positiv auf die Shoah und den Vernichtungskrieg der Deutschen zu beziehen, sowie darum, auf diese Weise Antisemitismus, Rassismus, patriarchale Unterdrückung und eine totalitäre Gesellschaftsordnung auch in der Gegenwart zu propagieren.“ (antifa)

18. November

Acht Neonazis und rechte Jugendliche aus Bleckede und Neetze führen ein faschistisches "Heldengedenken" in Bleckede durch. Aufgerufen zu

dieser Verehrung ihrer Nazivorbilder hatte der örtliche Nachwuchsnazis Jacob Pohl auf Facebook. Seine Teilnahme zugesagt hatte auch der Lüneburger JN-Symphatisant Christopher Lange, ohne dann aber in Bleckede zu erscheinen. Es wurde ein kleiner Kranz mit schwarzer Schleife am „Ehrenmal“ abgelegt, eine Schweigeminute abgehalten und Jacob Pohl und Dominik Grothe sagten einige „deutsche Worte“ auf. (antifa)



(Bleckede, 18.11.2012)

18. November

Die zentrale Gedenkfeier des „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Lüneburg“ findet mit 300 Teilnehmern auf dem Zentralfriedhof statt. Neben dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Eberhard Manzke, Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Landrat Manfred Nahrstedt spricht der Zeitzeuge Jakob Bröckel, „... der selbst im Krieg war und danach zwölf Jahre in russischer Gefangenschaft.“(LZ)

23. November

Mit Oberst Dr. Winfried Heinemann vom „Militär-geschichtlichen Forschungsamt Potsdam“ führt die Landeszeitung ein ganzseitiges „Interview der Woche“. Heinemann erklärt:

„Ein Auftrag ist lediglich der Befehl, um etwas Bestimmtes zu erreichen. Der Sinn des Dienstes (innerhalb der Bundeswehr) liegt tiefer: der Bundes-

republik Deutschland treu zu dienen und Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. ... Die Geschichte der Bundeswehr ... bietet ... genug Anknüpfungspunkte für eine Tradition. Wenn die Soldaten ihre Vorbilder aber auch in anderen Epochen der deutschen Geschichte suchen, ist das in meinen Augen auch nicht unanständig.“(LZ)

6. Dezember

Die niedersächsische NPD kündigt eine Wahlkampf-tour durch Niedersachsen an. In der Zeit vom 7. bis 19. Januar 2013 wollen die Nazis mit einem Kleinlaster mehrere Städte ansteuern: Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg, Stade, Lüneburg. Außerdem die Regionen, in denen sie über eine vermeintliche „kommunale Verankerung“ verfügen. Als Ziel geben sie eine „massenmediale Vernehmung“ an. (antifa)